PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 31. August 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

2. September 1976 Jg. 4 Nr. 35 50 Pfennig

Lohnpolitik der Bourgeoisie:

Bundesbank stellt die Weichen für die nächste Regierung

Während bürgerliche Parteien und Bourgeoispresse den Eindruck zu erwecken suchen, am 3. Oktober könne „der Wähler" grundlegende Entscheidungen treffen bis hin zur Wahl zwischen „Freiheit oder Sozialismus", ist die Bundesbank dabei, in aller Stille die Weichen für die Politik des Staatsapparates im kommenden Jahr zu stellen.

Der Vertreter der Bundesbank im „Arbeitskreis Steuerschätzung" hat erklärt, daß die Bank mit den von der Bundesregierung unterstellten Daten über die Entwicklung der Inflationsrate und der Lohnsumme für 1977 nicht übereinstimme. Die Bundesregierung war bei der Schätzung des Steueraufkommens in 1977 von einer Inflationsrate zwischen 4 und 5 Prozent ausgegangen und von einer Steigerung der Lohnsumme um 10,5 %.

Auf 10,5 % war freilich nicht die Steigerung der Tariflöhne geschätzt. Vielmehr gehen die erwarteten Überstunden, der erhoffte Rückgang von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in die geschätzte Steigerung der nominellen Lohnsumme für 1977 ein. Die Schätzung der Bundesregierung ging offenbar davon aus, daß auch bei einem erhofften Aufschwung die Löhne real auf dem gegenwärtigen gedrückten Niveau gehalten werden können.

Mit dieser Zielsetzung ist die Bundesbank nicht einverstanden. Die Preisvorgaben der Bundesregierung seien „nicht ehrgeizig genug". Im Interesse der Stabilitätspolitik müßten die Preise weiter gedrückt werden, auf eine Steigerungsrate „mit einer Drei vor dem Komma". Dabei ist vor allem an den Preis der Ware Arbeitskraft gedacht. Der Bundesbankvizepräsident Emminger hat erst kürzlich geäußert, die von Arbeitsminister Arendt zum Zwecke des Betrugs vorgetragenen Beispielrechnungen über die Sanierung der Rentenversicherung mit durchschnittlichen Lohnsteigerungen von 9 bis 10 Prozent könnte von der Bundesbank „nicht ohne Widerspruch hingenommen werden".

Wenn Sprecher der Bundesbank solche Äußerungen tun, dann denken sie nicht daran, es beim „Widerspruch" zu belassen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" übersetzt dann auch: „Die Bundesbank hat also wissen lassen, daß sie eine Expansion, die zu Lasten der Preisstabilität gehen könnte, nicht finanzieren werde."

Auf Finanzierung durch die Banken ist der Staatsapparat angewiesen. Und die Bundesbank ist keineswegs willenloses Werkzeug des Staatsapparates, mit dem eine Regierung ihre Politik nach Gutdünken finanzieren könnte. Sie ist ausdrücklich unabhängig von der Regierung und tatsächlich ein Kontrollorgan des Finanzkapitals in seinem Staatsapparat, dessen finanzielle Ausstattung sie dosiert und dessen Kassengelder sie in der Hand hält. Wenn die Bundesbank als Organ des Finanzkapitals „Hüh" sagt, riskiert keine Regierung, „Hott" zu kommandieren.

So auch die Regierung des „entscheidungsstarken" Kanzlers Schmidt. Am 30.8. berichtete die „Frankfurter Allgemeine" über den Widerspruch der Bundesbanksprecher. Einen Tag später, am 31.8., berichteten alle größeren Bourgeoiszeitungen über den Rückzieher der Regierung. Bei den Daten der Bundesregierung handle es sich nur um „vorläufige gesamtwirtschaftliche Annahmen", nicht um die „politischen Zielvorstellungen" der Regierung, erklärten jetzt die Regierungssprecher. Weitere „stabilitätspolitische Fortschritte" könnten angestrebt werden. Und: „Das wird geschehen", versichert die Regierung dem Finanzkapital. Jenseits aller Wahlkampfversicherungen ist das die förmliche Verpflichtung auf eine Politik des Lohnraubs gegen die arbeitenden Massen.

Um ihre Pläne tatsächlich durchzusetzen, wollen die bürgerlichen Parteien nach den Wahlen auf ihre Stimmen verweisen. Aber die Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen werfen nicht zusammen mit den Wahlzetteln ihre Interessen in die Urne. Das ist ganz sicher. Das zeigt auch die Richtlinie der Bundesbank. Der Klassenkampf ist unvermeidlich. Das Bewußtsein darüber wächst unter den Arbeitern und Angestellten.



Frankfurt. Das Komitee gegen den § 218 führt eine Aktion gegen den Strafparagrafen und die Spitzeldienste der Pro-Familia-Beratungsstelle durch (siehe Bericht Seite 9)

Scheinheiligkeit

Vor wenigen Jahren noch erklärten die führenden Sozialdemokraten überall, daß sie den Kampf für ein einheitliches Dienstrecht und Streikrecht für den öffentlichen Dienst unterstützten.

Dann kam die Sozialdemokratie an die Regierung und wurde tätig. Willy Brandt war kaum im Kanzlersessel, da berief er eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder ein, brachte den bekannten „Radikalenerlaß" dort zur Verabschiedung und leitete damit eine Welle politischer Unterdrückung ein. Das ist bekannt.

Weniger bekannt ist, daß auf Grundlage von Beschlüssen der Regierung die Beschäftigten im öffentlichen Dienst jetzt in vier verschiedene Gruppen gespalten werden sollen. Zusätzlich zu den Beamten, Angestellten und Arbeitern gibt es jetzt praktisch Sklaven.

Dazu hat es keiner direkten gesetzlichen Maßnahme bedurft. Es wurde die Tatsache der Arbeitslosigkeit mit dem Haushaltssicherungsgesetz ausgenutzt.

Per Haushaltssicherungsgesetz werden Planstellen für Putzkräfte nicht besetzt oder auch durch Kündigung „freigemacht". Dann begibt sich ein Geldmensch auf den Arbeitsmarkt, heuert für einen Stundenlohn von oft unter fünf Mark Kräfte. Durchweg Frauen, meist ausländische Arbeiterinnen. Diese vermietet er als Kolonne an eine Klinik oder auch Schulverwaltung. Nicht selten umgeht der Geldmensch sogar die Zahlungen für die Sozialversicherungen.

Horst Auschill ist der größte „Reinigungsunternehmer" Hessens. Die bürgerliche Presse schreibt ihm 4000 bis 7000 Arbeitskräfte zu, die er kolonnenweise vermietet.

Sie werden zu Auschillschen Spezialtarifen beschäftigt. An den Kliniken, wo sie sich abrackern, haben sie keine Rechte aus dem Personalvertretungsgesetz, denn sie sind ja formell bei diesem Kapitalisten beschäftigt. Die Profite, die da gemacht werden, sind riesig. Die Belegschaften im öffentlichen Dienst aber werden gespalten.

Damit Auschill seinen Profit machen kann, muß zuerst rationalisiert worden sein. Startsignal für die Rationalisierung war das Haushaltssicherungsgesetz. Konkret werden die Maßnahmen von den Ländern und Bezirksparlamenten beschlossen. In Hessen hat da meist die SPD die Mehrheit.

Horst Auschill ist nicht nur als Ausbeuter tätig. Er ist auch Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD". Der südhessischen SPD steht er als Schatzmeister zur Verfügung. So nützt der Erwerbstüchtige der Partei, und die Partei nützt ihm. Mag sein, daß so jeder „Sparbeschluß" von SPD-Parlamenten auf Umwegen der Arbeiterbewegung wieder „zugute" kommt, indem ein Scherflein in die Parteikassa fließt und vielleicht zur Finanzierung von Heidemarie Wieczorek-Zeul, die auch aus Hessen Süd kommt, verwendet wird.

Als diese Ausbeutermethoden auf dem jüngsten Gewerkschaftstag der ÖTV zur Sprache kamen, wer mußte sich da aufplustern?

„Ich bitte mit Nachdruck darum, uns solche Fälle mit Roß und Reiter zu nennen ... Bitte unterstützt uns mit Material. Mauert auch als Personalräte nicht ..."

Heinz Kluncker, was soll das? Die Enthüllungen, die hier „gesucht" werden, lassen sich doch aus jeder Gesprächsrunde führender Sozialdemokraten bequem und umfassend zusammenstellen! Den Nobelpreis für Scheinheiligkeit gibt es noch nicht. Anwärter schon.

Regierungs-„Hilfe" für die Landwirtschaft

Die Bauern werden den Banken ausgeliefert

Die Bundesregierung hat eine „Finanzhilfe für die Landwirtschaft" beschlossen. Soweit die Bauern diese „Hilfe" überhaupt in Anspruch nehmen können, wird es sie noch weiter in die Fänge des Bankkapitals treiben. Es handelt sich dabei um Zinssubventionen, die nur ausgezahlt werden, wenn Bankkredite aufgenommen werden.

Die Bundesregierung rechnet damit, daß 55 000, das sind rund 6 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe, infolge der Trockenheit Ernteertragsverluste von mehr als 30 Prozent erleiden werden. Der Einkommensverlust dieser Bauern beträgt jedoch durchschnittlich 70 Prozent, denn von dem Ernteertrag muß der Bauer nicht nur sein Einkommen für den Lebensunterhalt, sondern auch die Käufe für Produktion und Ernte im nächsten Jahr bestreiten. (Stuttgarter Zeitung, 26. August)

Daran kann man leicht ermessen, daß auch Bauern, die weniger als 30 Prozent Ertragsverluste haben, ihren Hof nach diesem Jahr aufgeben müssen und daß sich der Ruin der kleinen und mittleren Bauern beschleunigen wird. Durchschnittlich 3 Prozent der Höfe mußten in den letzten 15 Jahren jährlich aufgegeben werden.

Wer nun von den 55 000 am meisten betroffenen Bauern einen Zinszuschuß bekommt, bestimmen die Banken. Denn nur wer Kredit bekommt, erhält den Zuschuß. Er beträgt 5 Prozent auf einen Dreijahreskredit, also insgesamt 15 Prozent auf die Kreditsumme. Er wird auf einen Schlag ausgezahlt. Insgesamt sollen die Zuschüsse 120 Millionen DM betragen. „Keinesfalls" sei „an einen generellen Schadenausgleich gedacht", schreibt die Regierung in ihrem „Bulletin". (27. August) Vielmehr ist es ein Programm, daß sicherstellt, das die Banken bei dem beschleunigten Ruin der Klein- und Mittelbauern die Kasse machen. Die erste Zinsrate kann der Bauer noch mit dem Zuschuß bezahlen, die zweite und dritte schon nicht mehr. „Im übrigen verspricht man sich bereits bei der Kreditvergabe der Banken Aufschlüsse über die wirtschaftliche Lage der Antragsteller", so äußerte sich Regierungssprecher Grünewald gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" (26. August) und stellte damit klar, daß die Durchführung praktisch unmittelbar in den Händen der Banken liegt.

Die Verschuldung der Bauern

Die Verschuldung der Bauern betrug schon im letzten Jahr durchschnittlich 2 576 DM pro Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Je Hektar mußten im Durchschnitt 115 DM an das Bankkapital bezahlt werden. So haben die Banken in einem Jahr fast 2 Milliarden DM aus der Knochenschinderei der kleinen und mittleren Bauern und der Landarbeiter pressen können. (Nach Agrarbericht der Bundesregierung 1976, Seite 25, und Materialband, Seite 46) Die Hauptlast der Schulden tragen die kleinen und mittleren Bauern; wenn sie den Hof aufgeben müssen, dann ist er meist schon ganz im Eigentum der Banken. Ruin und Enteignung der kleinen und mittleren Bauern ist die normale Entwicklung im Kapitalismus. Und die verheerenden Folgen der Trockenheit sind allein auf diese Tatsache zurückzuführen. Ein Bauer aus der Eifel schreibt dazu:

„Ich bin aus einem kleinen Dorf in der Schnee-Eifel. Die Schnee-Eifel ist, wie man in Atlanten nachprüfen kann, eines der regenreichsten Gebiete in Westdeutschland (jährliche Niederschläge im Schnitt 1 500 Millimeter).

In diesem Dorf ist in den letzten Jahren die Flurbereinigung durchgeführt worden, d.h. kleine Parzellen wurden zusammengelegt, großen Höfen wurde die Aussiedlung ermöglicht, die kleinen Bauern wurden durch Prämien gelockt, ihr Land langfristig zu verpachten, was einer Betriebsaufgabe gleichkommt.

Eines der schwierigsten Probleme in unserer Gegend für die Bauern sind die ,Venne', wie man die Sümpfe bei uns nennt. Viele Wiesen sind versumpft und können daher nicht mit Maschinen intensiv bearbeitet werden. Deshalb war eine der wichtigsten Maßnahmen der Flurbereinigung die Drainierung, das heißt die Trockenlegung der Sümpfe. Zu diesem Zweck wurden Rohre unterirdisch verlegt, die das aufsteigende Grundwasser auffangen und schnell abfließen lassen. Dieses Wasser wird aber nicht gesammelt, sondern zu einem Bach abgeführt, der selbst betoniert ist, so daß das Wasser rasch abfließt.

Daher kommt der Widerspruch, daß die Eifel von den Auswirkungen der Hitze mit am stärksten betroffen ist, obwohl sie äußerst regenreich ist. Die Wiesen und Weiden stehen braun in braun, das Getreide befindet sich in der Notreife, d.h. die Körner sind nur Schachtelkörner, die außenrum zwar eine Schale haben, innen aber hohl sind. Die Panik greift unter den Bauern um, viele machen Notverkäufe. So haben auch wir auf unserem Hof schon ein Drittel des Viehbestands verkauft – natürlich zu niedrigen Preisen. Selbst

Fortsetzung S. 2

Regierungs-„Hilfe“ für die Landwirtschaft

Die Bauern werden den Banken ausgeliefert

Fortsetzung

wenn wir nicht noch mehr verkaufen müssen, der Gewinn ist für zwei Jahre dahin. Besonders betroffen sind die Aussiedlungshöfe, die gewöhnlich große Schulden haben. Einige in unserer Gegend gehen mit Sicherheit bankrott, weil sie in diesem Jahr nicht die fälligen Kredite zurückzahlen können.

Wie Landwirtschaftsminister Ertl eine Preislawine ankündigt

Die Hausfrauen sollten „nicht jeden verlangten Preis bezahlen. Wenn dies beachtet würde, könne in den nächsten Monaten fest mit einer Abschwächung der Teuerungsrate für Lebensmittel (6,7 Prozent im ersten Halbjahr 1976) gerechnet werden“, sagte Landwirtschaftsminister Ertl. (Frankfurter Rundschau, 28. August) Das ist eine klare Ankündigung einer großen Preissteigerungswelle für Nahrungsmittel, und daß die Hausfrauen daran schuld sein sollen, ist damit auch gesagt. Fest steht, daß die Nahrungsmittelmonopole die Ernteausfälle für die Ausplünderung der Werktätigen über die Preise nutzen werden, genauso wie die Futtermittelkapitalisten schon den Bauern die Preise hochgeschraubt haben. Die Ernteausfälle betragen bei Getreide 11 Prozent, bei Obst etwa 25 Prozent, bei Gemüse 15 Prozent, bei Kartoffeln nochmal 40 Prozent gegenüber der Ernte des Vorjahres, die auch schon unterdurchschnittlich war. (Nach Angaben Ertls, Frankfurter Rundschau, 28. August)

Einige sagen nun, da ist die Natur schuld, da kann der Mensch gar nichts machen. Dem will ich mal folgendes entgegenhalten:

Vor der Flurbereinigung wurde im Dorf diskutiert, ob man einen Stausee errichten soll, natürlich vorwiegend zu touristischen Zwecken; aber wenn mal einer da ist, ist es ein Leichtes, ihn zur Bewässerung zu benutzen. Weil das jeden Bauern einiges Geld gekostet hätte, ohne daß der Nutzen ersichtlich war, haben es die Bauern abgelehnt. In diesem Fall sieht man, wie das Privateigentum Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte darstellt. Wenn man sich zusammenschließt, ist es ein Leichtes, die Natur zu bewältigen. Dies wird aber erst im Sozialismus zu erreichen sein, der das Privateigentum ersetzt zugunsten des Gemeineigentums.“

Ein Student der landwirtschaftlichen Hochschule Kiel – seine Eltern sind Bauern – schreibt:

Die Dürre verdeutlicht, daß der Imperialismus einer planvollen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im Weg steht

„Auf der schleswig-holsteinischen Geest sind die Felder jetzt schon im zweiten Jahr hintereinander ausgetrocknet. Mehr oder weniger stark treffen uns die Trockenperioden schon seit 10 Jahren. Die Ursache dafür, daß infolge der Trockenheit in den letzten zehn Jahren Dürrekatastrophen aufgetreten sind, während vorher fast immer genügend Wasser vorhanden war, kann nicht damit erklärt werden, daß die Sonne z.B. in diesem Jahr mehr scheint und weniger Regen fällt als beispielsweise vor zehn Jahren. Vielmehr ist es so, daß die Stauwerke, die früher im Abstand von etwa 500 Metern standen, vor zehn Jahren im Zuge der Flurbereinigung verschwunden sind und somit keine Möglichkeit besteht, den Grundwasserstand zu regulieren. Unsere Nachbarn und wir fordern schon seit Jahren, daß diese Stauwerke wieder errichtet werden. Andererseits verhindert Arbeitskräftemangel und Parzelleneigentum, das gerade während der Ernte alle Bauern an ihren eigenen Hof bindet, die Errichtung von Stauwerken in einer gemeinsamen Aktion, zumal die Vorschoter (größere Gräben) bei der Flurbereinigung viel zu breit angelegt wurden und die Errichtung von Stauwerken viel Geld verschlingt.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung fordert die Bauern auf, sich mit ihrer Unterstützung Bewässerungsanlagen zu kaufen, die insgesamt wesentlich teurer in der Anschaffung sind als Stauwerke.

Für eine Bewässerungsanlage muß ein Bauer mindestens 30 000 DM investieren. Da ein mörderischer Konkurrenzkampf die Bauern ohnehin immer stärker in die Arme der Banken treibt, verschaffen die Aufwendungen für Bewässerungsanlagen den Banken zusätzliche Gewinne. Von daher ist der Erwerb von teuren Bewässerungsanlagen ohnehin im Kapitalismus nur ein Mittel, den Kleinbauern das Fell über die Ohren zu ziehen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung versteht diese Strategie glänzend. Von 1960 bis 1975 stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von 22,9 auf 35,5 Hektar. Um mit „der Entwicklung Schritt zu halten, haben viele Klein- und Mittelbauern auf Kredit investiert. Heute können sie sich abrackern, um Schuldentilgung und Zinsen aufzubringen. Häufig genug stehen Ställe, die erst vor einigen Jahren errichtet wurden, leer und fallen zusammen. Von der Warte der Arbeiterklasse, der Bauern und der Gesellschaft ist diese Art der Investition planlose Vergeudung gesellschaftlicher Produktivkräfte. Den Banken dient diese Politik, den Bauern Hemd und Hose auszuziehen.

Die Landesregierung, die die Investitionstätigkeit der Bauern (insbesondere Aufstockungsinvestitionen) unterstützt, schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie unterstützt Industrie und Banken bei der Ausplünderung der Banken und der Ausbeutung einheimischer Arbeiter und besitzt gleichzeitig ein Instrument zur Verschärfung der Konkurrenz der Kleinbauern untereinander und zur Konzentration des Bodens in den Händen immer weniger Großbauern.

Unter diesen Bedingungen gibt es für die Klein- und Mittelbauern keine gesicherte Existenz. Die planlose Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft führt auf der anderen Seite zur Vergeudung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und damit zur Verteuerung der Lebensmittel. Eine Landwirtschaft, die den ruinösen Wettbewerb unterbindet und eine planvolle Entwicklung der Landwirtschaft und damit dem Volk billige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel sichert, gibt es nur im Sozialismus.“

Anstrengende Zeiten für die bürgerlichen Politiker

Die Schmidt, Kohl, Barzel und so weiter haben lange Urlaube hinter sich. Der Wahlkampf ist eine Zeit, in der sie sich wirklich anstrengen müssen. Sie müssen die Leute betrügen und die Leute lassen sich immer weniger betrü-

Barzel die Unterstützung für das Programm der imperialistischen Bourgeoisie zu gewinnen. Mit Sprechchören traten wir dem entgegen: „Nieder mit dem Lohnsystem! Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Weg mit dem

essiert, sich zu organisieren. Die Unterstützung, die diese Aktion gefunden hat, hat gezeigt, daß die Massen von den Kommunisten erwarten, daß sie der Reaktion entgegentreten und den Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse

sie das Geld für die Zinsen nehmen, ist der Schmidt gefragt worden. Sofort hatten wir SPD-Ordner im Nacken, bereit, um uns zu greifen und rauszuschmeißen. Auch Polizei zog hinter uns auf. Viele Menschen waren gekom-

Anstrengende Zeiten für die bürgerlichen Politiker

Die Schmidt, Kohl, Barzel und so weiter haben lange Urlaube hinter sich. Der Wahlkampf ist eine Zeit, in der sie sich wirklich anstrengen müssen. Sie müssen die Leute betrügen und die Leute lassen sich immer weniger betrügen. Das kostet die bürgerlichen Politiker Nerven. Das ganze nennen sie „heiße Phase“ des Wahlkampfes. Dabei müssen sie wohl oder übel unter die Massen gehen. Sie stoßen auf Widerstand und werden von den Kommunisten angegriffen. Das zeigen die Korrespondenzen aus Kiel und Verden/Aller.

Kiel. Mit einer Großkundgebung mit Rainer Barzel auf dem Vineta Platz in Kiel Gaarden wollte die CDU am Montag, den 23.8., ihre „heiße Phase“ des Wahlkampfes eröffnen. Die Wahl des Kundgebungsortes (in Gaarden wohnen immer schon Arbeiter; 60 % SPD-Anteil bei den letzten Wahlen) ist Teil der CDU-Wahlkampfstrategie: Zu versuchen, die gesetzmäßigen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation, Aufblähung des Staatsapparates als Folge der Politik der SPD hinzustellen. Die wachsende Enttäuschung und Unzufriedenheit mit der Politik der SPD in großen Teilen der Arbeiterklasse wollen sie auf ihre Mühlen lenken.

Aber auch die mahlen nicht anders als die der SPD: Für das westdeutsche Finanzkapital, für das Ziel der imperialistischen Expansion auf den Weltmarkt, Kriegsvorbereitung und die Verschärfung der Reaktion.

Bereits in den Tagen vorher war deshalb die Empörung und Ablehnung unter den Arbeitern über das freche Vorhaben dieses Imperialistenknechts groß. Die Stelltafeln am Agitationszentrum in Gaarden am Wochenende vorher, wo wir die imperialistischen Ziele Barzels angriffen, aufforderten, der Werbung für diese entgegenzutreten und für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei eintraten, wurden besonders zahlreich gelesen. Am Abend der Kundgebung: Drei Hundertschaften Polizei, Sperrung aller Zufahrtstraßen, Einquartierung von Polizei und Zivilpolizei in den angrenzenden Häusern. Stadionscheinwerfer, falls ein Eingreifen notwendig sei, wie die Polizei erklärte. Das hat nichts genützt. Unter Transparenten „Nieder mit Imperialismus und Reaktion – Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei“ zogen wir geschlossen auf den Platz. Dort hatten sich ca. 200 CDU-Anhänger eingefunden. Nach und nach kamen über 500 Leute, die nahezu sämtlich gegen diese Kundgebung waren, darunter viele Jugendliche. Wie erwartet, versuchte Barzel die Unterstützung für das Programm der imperialistischen Bourgeoisie zu gewinnen. Mit Sprechchören traten wir dem entgegen: „Nieder mit dem Lohnsystem! Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Weg mit dem KPD-Verbot! Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!“ Rasch kam Barzel zum Ende seiner Rede. Es sollte das Deutschlandlied angestimmt werden. Wir sangen die Internationale. Anschließend hielt der Sekretär der Bezirksleitung eine Ansprache: Er griff das Programm der Finanzbourgeoisie an. Der Plan, die Massen für dieses Programm zu gewinnen, ist angesichts der sich entwickelnden Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes zum Scheitern verurteilt. Die Partei der Arbeiterklasse muß aufgebaut werden, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Er forderte auf, die Kandidatur des KBW, der sich den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, zu unterstützen. Die Rede stieß auf große Unterstützung. Außer den 200 CDU-Anhängern blieben fast alle Menschen auf dem Platz. Die Polizei wagte nicht einzugreifen. Noch einmal wurde die Internationale gesungen. Bis 22.30 Uhr blieben Diskussionstrauben auf dem Platz. Über 20 Unterschriften wurden für die Kandidatur des KBW gesammelt. Etwa 10 Jugendliche nahmen Kontakt auf zum KJB und waren interessiert, sich zu organisieren. Die Unterstützung, die diese Aktion gefunden hat, hat gezeigt, daß die Massen von den Kommunisten erwarten, daß sie der Reaktion entgegentreten und den Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse organisieren.

Verden/Aller. Am Dienstag, 31.8., hatte Bundeskanzler Schmidt und Bundesbauminister Ravens – aus seinem Urlaub am Brahmstädter See zurück – um 13 Uhr einen Auftritt in Verden in der Niedersachsenhalle. Ungefähr 3000 Menschen waren gekommen, besonders viele Schulklassen und auch viele ältere Leute. Wir zehn Genossen konnten uns in dieser Veranstaltung auf die Massen stützen. Schmidt ist aufgetreten, ausgeruht und braungebrannt und hat gesagt, daß diese Regierung wirklich große Leistungen vollbracht habe. Milliarden hätte sie aufgebracht für Niedersachsen, um in der Region die Wirtschaft zu fördern und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben ihm zugerufen, wer die Milliarden in die Finger gekriegt hätte und wo die sozialdemokratische Regierung diese Milliarden her hätte. Ein großzügiges Programm für die Flutgeschädigten hätten sie gerade im Bundestag verabschiedet. 300 Millionen Kredite. Was soll an den Krediten Hilfe sein? Wovon sollen die Bauern sie zurückzahlen und woher sollen sie das Geld für die Zinsen nehmen, ist der Schmidt gefragt worden. Sofort hatten wir SPD-Ordner im Nacken, bereit, um uns zu greifen und rauszuschmeißen. Auch Polizei zog hinter uns auf. Viele Menschen waren gekommen, um ausdrücklich die Forderung, „Kein Atommüllager im Lichtenmoor“ zu erheben. Die Parole wurde laut gerufen, so daß Schmidt direkt darauf eingehen mußte, so wie er sich während seiner ganzen Rede immer wieder auf Zwischenrufe und Forderungen beziehen mußte. Zum Atommüllager war seine Meinung, daß es sein muß, weil: „die Deutschen wollen nicht noch einmal in die Lage kommen, wie bei der Ölkrise“. Man wolle unabhängig seine Energie erzeugen. Über diese Antwort waren alle sehr empört, und als die Bürgerinitiativen ihr Transparent „Kein Atommüllager in Lichtenmoor“ aufrollten, ging begeistertes Klatschen durch den Saal. Die SPD-Ordner stürzten sich darauf, um es zu zerreißen. Daraufhin holten wir unser rotes Transparent aus der Tasche mit der gleichen Forderung. Wiederum begeistertes Klatschen im Saal und noch mehr, als die Bürgerinitiativen ihr in drei Teile zerrissenes Transparent wieder aufhängten. Die Forderung war also nicht zu verbannen aus der Veranstaltung und die Teilnehmer waren begeistert darüber.

Vor Beginn dieser Veranstaltung studierte Schmidt das Flugblatt des KBW auf dem Podium. Als er seine Rentendemagogie verbreitete, daß die Renten nämlich gestiegen und auch für die Zukunft gesichert seien, mußte er noch darauf eingehen, daß es in Verden einen Bundestagskandidaten gebe, der ihm bisher in Bonn nicht bekannt gewesen wäre und der eine ganz andere Meinung zur Sicherung der Renten habe. Er meinte damit den Genossen Werner Maier, Bundestagskandidat des KBW im Wahlkreis 29 Verden/Osterholz/Rotenburg. Welche andere Meinung der Genosse dazu hat, darauf wollte er nicht eingehen. Das hätte ihm auch nur geschadet. Anschließend haben wir in einer Rede vor der Niedersachsenhalle und in einer Debatte mit den Besuchern die Veranstaltung ausgewertet. Es hat sich gezeigt, auch der Oberdemagoge der SPD, Bundeskanzler Schmidt, kann an jeder Stelle gut getroffen werden. Denn alles was er, die ganze sozialdemokratische Partei und alle bürgerlichen Parteien vertreten, sind Unwahrheiten und Lügen, wogegen wir uns auf die wissenschaftliche Untersuchung der Verhältnisse stützen ausgehend vom Standpunkt der Arbeiterklasse und mit Hilfe des Marxismus-Leninismus. Wir haben 10 Broschüren „Kein Atommüllager in Lichtenmoor“ und 7 KVZ verkauft.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) hat in 8 Bundesländern und in 85 Wahlkreisen Wahlvorschläge für die Kandidatur zur Bundestagswahl eingereicht. 2000 Unterschriften für eine Landesliste (in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein weniger) und 200 gültige Unterschriften für einen Kreiswahlvorschlag verlangt der bürgerliche Staat für die Kandidatur zu seinem Parlament.

In Schleswig-Holstein wurden 2187, in Hamburg 2835 (zum Teil noch nicht als gültig von den Einwohnermeldebehörden bestätigt), in Bremen 757, in Niedersachsen 3902, in Nordrhein-Westfalen 3300, in Hessen 3100, in Rheinland-Pfalz 2058 und in Baden-Württemberg 3600 gültige Unterschriften für die Listen abgegeben. Von den gesammelten Unterschriften strichen die Bürgermeisterämter noch 20 bis 70 % als ungültig von den Listen. Am Freitag, dem 3.9. entscheiden Kreis- und Landeswahlausschüsse endgültig über die einzelnen Wahllisten.

In folgenden Wahlkreisen wurde die erforderliche Unterschriftenzahl von 200 überschritten:

Schleswig-Holstein: Nordfriesland, Steinburg, Kiel, Plön-Neumünster, Pinneberg

Hamburg: in 4 Wahlkreisen und Harburg

Bremen: 3 Wahlkreise

Niedersachsen: Emden, Wilhelmshaven, Oldenburg, Delmenhorst, Verden, Lüneburg, Osnabrück, Hannover I, Hannover II, Celle, Gifhorn, Holzminden, Hildesheim, Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg, Goslar, Northeim, Göttingen

Nordrhein-Westfalen: Köln: in allen 4 Wahlkreisen, Aachen, Bonn, Dortmund III, Essen I, Essen II, Düsseldorf II, Bochum, Bochum-Witten, Münster, Neuss, Mönchengladbach, Krefeld

Hessen: Frankfurt (3 Wahlkreise), Darmstadt, Bergstraße, Gießen, Wetzlar, Kassel, Wiesbaden, Groß-Gerau, Offenbach, Wetterau

Baden-Württemberg: Stuttgart (3 Wahlkreise), Ludwigsburg, Waiblingen, Reutlingen, Ravensburg, Konstanz, Freiburg, Offenburg, Pforzheim, Karlsruhe, Bruchsal, Mannheim I, Mannheim II, Heidelberg-Stadt, Heidelberg-Land-Sinsheim, Tauberbischofsheim, Emmendingen

Rheinland-Pfalz: Ludwigshafen, Trier, Worms, Kaiserslautern, Speyer, Mainz

---

Im Stile Bismarcks

Diese Woche wird das höchste griechische Gericht, der Areopag, über die Auslieferung des RAF-Mitgliedes Pohle an die Bundesrepublik entscheiden. Die westdeutsche Bourgeoisie und ihre Staatsdiener wollen ihn wieder in ihre Klauen bekommen und im Zuchthaus haben. Die Bundesregierung versucht die griechische Regierung zu erpressen, die bürgerliche Presse erinnert daran, daß Griechenland in die EG aufgenommen werden wolle und von westdeutschen Waffenlieferungen abhängig sei. Regierungssprecher Bölling wies scheinheilig Berichte der griechischen Presse zurück, Bundeskanzler Schmidt habe einen „sehr wütenden und harten Brief im Stile Bismarcks“ an Ministerpräsident Karamanlis geschrieben. Er erklärte, eine Abschiebung Pohles in ein Land seiner Wahl würde „in der Bundesrepublik auf völliges Unverständnis“ stoßen. – (nach Mannheimer Morgen 31.8.)

Vorrang für die Streitkräfte bei der Bundesbahn

Die Bundesregierung trifft immer weitere Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung. Mit verschiedenen Rechtsverordnungen bereitet sie die Anwendung der 1968 beschlossenen Notstandsgesetze vor. Nach Verordnungen im Rahmen der Ernährungs- und Wirtschaftssicherstellungsgesetze hat sie eine weitere Verordnung über „Verkehrsleistungen der Eisenbahnen für die Streitkräfte“ erlassen. Danach müssen die Eisenbahnen nach § 1 „Verkehrsleistungen ... bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“ erbringen, nicht nur im erklärten „Spannungs- oder Verteidigungsfall“, sondern auch „zur Erhöhung ihrer Einsatzbereitschaft mit Zustimmung des Bundesministers für Verkehr“, (...) „wenn und soweit die Streitkräfte dies fordern“. Weiter heißt es: „Verkehrsleistung im Sinne des § 1 haben die Eisenbahnen mit betrieblichem Vorrang abzuwickeln, wenn und soweit die Streitkräfte dies fordern.“ „Verkehrsleistungen an Sonn- und Feiertagen“ können die Streitkräfte nach § 4 fordern. – (Bundesgesetzblatt Nr. 100, 17.8.76)

sters für Verkehr“, (...) „wenn und soweit die Streitkräfte dies fordern“. Weiter heißt es: „Verkehrsleistung im Sinne des § 1 haben die Eisenbahnen mit betrieblichem Vorrang abzuwickeln, wenn und soweit die Streitkräfte dies fordern.“ „Verkehrsleistungen an Sonn- und Feiertagen“ können die Streitkräfte nach § 4 fordern. – (Bundesgesetzblatt Nr. 100, 17.8.76)

Feldpostverordnung und Verordnung zur Einschränkung des Postverkehrs

„Als Vorsorge für den Spannungs- oder Verteidigungsfall“ beschloß die 16. Plenarsitzung des Verwaltungsrats der Bundespost drei Verordnungen, eine zur Einschränkung des privaten Postverkehrs, eine zur Ausweitung des dienstlichen Postverkehrs für „verteidigungswichtige Aufgaben“ und eine dritte zur Einrichtung einer Feldpost, für die „bereits im Frieden Vorkehrungen“ getroffen werden müssten. (Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen 2/76, Seite 12)

Wachsende Defizite Ungarns im Handel mit den USA

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres importierte Ungarn für 130 Millionen Dollar aus den USA, in Preisen gerechnet doppelt so viel Waren wie es dorthin exportierte. Die ungarischen Handelsdefizite gegenüber den USA werden immer größer. Ende des Jahres werden sie auf 80 Millionen Dollar angewachsen sein. Der US-Imperialismus versucht auf diesem Weg ökonomische Abhängigkeiten zu schaffen und in den Machtbereich des Sozialimperialismus einzudringen. Die ungarische Presse spricht davon, daß die Handelsbeziehungen mit den USA „in ein dynamisches Stadium eingetreten“ seien. Die ungarische Revisionistenclique erwartet neue Dollarkredite und hat jetzt eine ungarisch-amerikanische Sektion der ungarischen Handelskammer geschaffen.

Sozialimperialisten verstärken Mittelmeerflotte

Immer schärfer wird die Rivalität der beiden Supermächte um die Vorherrschaft im Mittelmeer. So passierten vergangene Woche der Lenkraketenzerstörer Smelny und der Hubschraubträger Leningrad die Dardanellen. Die Mittelmeerflotte der Supermacht Sowjetunion beträgt damit mittlerweile über 70 Schiffseinheiten. Zuletzt hatte am 18. Juli der Flugzeugträger Kiew, von dem aus auch senkrecht startende Kampfflugzeuge eingesetzt werden können, die Dardanellen durchfahren. Die Zahl der sozialimperialistischen Schiffseinheiten im Mittelmeer hat sich damit seit Beginn des Monats Juni um rund 50 % erhöht.

„Unabhängige Bantustans“ – Täuschungs- und Spaltungspolitik des Vorster-Regimes

Die afrikanischen Arbeiter in Soweto, einem Konzentrationslager für eine Million Afrikaner am Rande Johannesburgs, sind am 23. August in einen dreitägigen Generalstreik gegen das Siedlerregime getreten. „Am Montag hatten etwa 80 Prozent der Beschäftigten gestreikt“, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 25. August. Nach der algerischen Zeitung „El Moudjahid“ vom gleichen Tag mußten 300 Firmen geschlossen werden. Nur ein Bruchteil des Bus- und Eisenbahnverkehrs zwischen Soweto und Johannesburg funktionierte. Wieder griffen die Massen verschiedene Institutionen des Unterdrückerregimes an und zerstörten sie.

„Der Polizeichef und der Chef der ‚Justiz‘ der Rassistenregierung hat die afrikanischen Arbeiter aufgefordert, ... zur Arbeit zu gehen.“ „Infolge der Erhebung der afrikanischen Volksmassen in Soweto hat er seine Truppen angewiesen, den Aufstand in einem Blutbad zu ertränken.“ (El Moudjahid, 25. August)

Das Kolonialregime reagiert auf die gerechten Forderungen und Kämpfe der afrikanischen Massen mit blutiger Unterdrückung. Militär und Polizei, gepanzerte Fahrzeuge, Hubrschrauber und schwere Waffen sind im Einsatz. Hunderte Demonstranten wurden seit Juni hingemetzelt, Tausende verhaftet und ohne Gerichtsverfahren gefangengehalten. Aber das Volk von Azania demonstriert seinen revolutionären Mut. Furchtlos kämpft es weiter. Mit Steinen, Flaschen und Stöcken greift es die Polizeistationen und andere Institutionen des Unterdrückerstaates an und setzt sie in Brand.

Das Vorster-Regime versucht, Zulu und Bantustanführer als Spalter einzusetzen

Gleichzeitig versucht das Siedlerregime Schlägertrupps von Afrikanern zu bilden und schürt Widersprüche, um die Massen zu spalten. So soll es ihm gelungen sein, 1 500 Zulu gegen die demonstrierenden Massen zu hetzen. Während die Polizei sonst auf jeden bewaffneten Afrikaner schießt, konnten diese ungehindert mit Messern und Speeren in Aktion treten. Aber angesichts einer Million in Soweto lebender Afrikaner war ihre Zahl gering, und außerdem mußte die bürgerliche Presse zugeben, daß auch von ihnen die Polizei Vorsters angegriffen wurde und sie mehrere Zulu erschoß.

Der Bantustan-Führer der KwaZulu, Buthelezi, ergriff die Gelegenheit, sich als nationaler Führer zu propagieren. Am 27. August rief er die Zulu auf, sich mit den anderen Afrikanern zusammenzuschließen.

„Ein Kampf Schwarze gegen Schwarze schade der Sache der farbigen Bevölkerung in Südafrika und ‚kann nur das Rad der Geschichte zurückdrehen und unseren Kampf um Erfüllung hinauszögern‘.“ (Frankfurter Rundschau, 28. August)

Um die Kämpfe der Massen abzustumpfen, propagiert er Verhandlungen mit dem Vorster-Regime und sich selber als Unterhändler.

Sieben der neun Bantustan-Führer hatten sich schon am 21. August gegen die Politik der Apartheid geäußert und erklärt, „sie betrachteten sich als ‚Teil der Befreiungsbewegung‘ “. (Neue Zürcher Zeitung, 24. August) Noch vor wenigen Wochen reiste eine Delegation dieser Bantustan-Führer durch die imperialistischen Länder, u.a. auch in die BRD, um für die Politik der „getrennten Entwicklung“ des Rassistenregimes zu werben.

Diese Erklärungen drücken die Stärke der Massenbewegung aus! Durch diese sehen sie sich gezwungen, sich stärker vom Siedlerregime zu distanzieren, aber nur, um gleichzeitig zu versuchen, den Kampf der Massen von Azania für die Zerschlagung des Regimes der europäischen Siedler zurückzuzerren, abzustumpfen und auf Reformen innerhalb des Kolonialregimes und unter Aufrechterhaltung der Herrschaft des Imperialismus umzulenken.

Die „getrennte Entwicklung“ soll die Einheit des Volkes von Azania verhindern

Hauptmittel in der Politik des „Spaltens und Herrschens“ zur Verteidigung der Herrschaft der weißen Siedler und des Imperialismus ist die „getrennte Entwicklung“, wie die Rassisten neuerdings die Apartheid bezeichnen. Mit einem Interview macht „Die Welt“ (9. und 28. April) dafür Propaganda. Conrad Petrus Mulder, der oberste Zuchthausvorsitzende und Scharfrichter Südafrikas, Innen- und Informationsminister des Regimes, lügt da:

„Die getrennte Entwicklung (die Apartheid, wenn Sie auf einem überholten Wort bestehen) versucht das Nationalbewußtsein der schwarzen Nationen Südafrikas wiederzuerwecken. Ihre nationalen Gebiete (die Heimatländer) haben den Kern dieses politischen Prozesses gebildet.“ „Zur Zeit gibt es acht solcher Heimatländer. Bis auf eines sind sie autonome Staaten mit ihrem eigenen schwarzen Premierminister, ihrem schwarzen Kabinett und einer überwältigend schwarzen Beamtenschaft.“

„Wir wollen nicht die Eigenart einer Gruppe vernichten. Unsere ganze Politik beruht auf dem Schutz des Nationalcharakters jeder Nation, ... in der Anerkennung ihrer Menschenwürde.“ „Die Politik der ‚getrennten Entwicklung‘ hat das Ziel, jeder Volksgruppe die größte Chance zu geben, aber in ihrem eigenen Gebiet, um Rassenkonflikte zu vermeiden.“ (Die Welt, 9. und 28. April 1976)

In Wirklichkeit geht es bei dieser Politik seit jeher darum, die afrikanischen Massen von ihrem Land zu vertreiben, sie zu unterdrücken und auszubeuten. Der „Native Trust and Land Act“ von 1936 legte für die 14 Millionen Afrikaner als Reservate 13,7 Prozent des schlechtesten Landes fest. Tatsächlich sind es aber nur 11,98 Prozent. Die „Heimatländer“ sind in Hunderte Gebietsfetzen zersplittert. 1968 nennt das Regime selber 276 separate Gebiete. Der Boden war nach einem Bericht einer Regierungskommission bereits 1954 zu 30 Prozent schwer und zu 44 Prozent beträchtlich durch Erosion geschädigt. Die Landwirtschaft sichert den Bauern nicht das nackte Überleben. Industrie gibt es so gut wie keine. Zur wirtschaftlichen Entwicklung wurde 1959 die Bantu-Investment Corporation (BIC) gegründet. Sie ist jedoch nichts anderes als ein Instrument zur Ausplünderung auch der Bantustans. 87 bis 80 Prozent des investierten Kapitals der BIC vernutzt Wanderarbeit, d.h. ist als Grenzindustrie außerhalb im weißen Gebiet angelegt.

Die Bantustans sind nichts anderes als Reservoirs billiger schwarzer Arbeitskraft und Ablageplätze für Frauen, Kinder und Alte, um den Kapitalisten Kosten zu ersparen. Daran wollen die Rassisten auch nichts ändern.

„Es ist wahr, daß die Schwarzen für uns arbeiten“, sagte Vorster im südafrikanischen Rassistenparlament. „Sie werden weiterhin für uns arbeiten viele Generationen lang, trotz unseres Plans, sie vollständig auszugliedern. (...) Der springende Punkt der Angelegenheit ist der: Wir brauchen sie, weil sie für uns arbeiten, ... aber die Tatsache, daß sie für uns arbeiten, berechtigt sie niemals dazu, politische Rechte fordern zu können. Nicht heute und nicht in Zukunft.“

„Das erste Heimatland, die Transkei, wird im Oktober 1976 voll unabhängig sein, und ich möchte hier betonen, daß die Transkei ein souveräner Staat im wahrsten Sinne des Wortes sein wird“,

behauptet Mulder in der „Welt“ vom 9. April. Tatsächlich hat die Transkei nirgends etwas selbständig zu entscheiden, jedes Gesetz bedarf der Zustimmung des südafrikanischen Rassistenpräsidenten.

Allen Maßnahmen des Siedlerregimes bezüglich Polizei, Außenpolitik, Post- und Nachrichtenwesen, Eisenbahnen, Währungs- und Bankwesen, Häfen, Flugverkehr ist die Transkei unumschränkt unterworfen.

Es handelt sich also nach wie vor um die Fortsetzung und Aufrechterhaltung der Herrschaft der Imperialisten und Kolonialisten, die ein fadenscheiniger Mantel verdecken soll. Die Reservate ändern ihren Namen. Darüber soll dadurch hinweggetäuscht werden, daß an die Spitze dieser Bantustans Afrikaner gestellt werden, die zu diesem Handlangerdienst gegen das eigene Volk bereit sind und für sich eine Pfründe erwarten können; es handelt sich vor allem um Stammeshäuptlinge. Es handelt sich um ein Manöver der Imperialisten und Kolonialherren: Die diplomatische Anerkennung der Bantustans durch einige imperialistische Staaten soll diesen den Schein der Souveränität verleihen, um so dem Rassistenregime aus seiner weltweiten Isolation zu helfen und die Völker der Welt zu täuschen. Genauso stark wie das Volk von Azania gegen diese Bantustan-Politik kämpft, genauso wenig werden sich die Völker der Welt davon täuschen lassen. – (hl)



Soweto. Die Polizei des Siedlerregimes geht gegen die afrikanischen Massen vor.

Der Siemens-Konzern – ein imperialistisches Monopol

„Dauerhafte Durchdringung des Weltmarktes“

Gegenwärtig führen die Siemens-Kapitalisten in ihrem Konzern große Umwälzungen durch. Im Geschäftsjahr 1974/75 haben sie 14 000 Arbeiter und Angestellte entlassen, über 30 000 waren von Kurzarbeit betroffen. Rationalisierung und Entlassungen werden weiter betrieben.

Im Augsburger Werk werden jetzt jeden Monat 49 Arbeiter entlassen. 49, weil laut Gesetz ab 50 die „genehmigungspflichtige Massenentlassung“ beginnt. Die Augsburger Produktion wird verlagert nach Süditalien. In Bruchsal, wo sich Siemens die Arbeiter aus rund vierzig umliegenden Ortschaften zusammenholt, soll die Hälfte der Belegschaft bis Ende 1977 entlassen werden. Ein Teil der Produktion wird offensichtlich nach Curitiba in Brasilien verlagert, wo eine neue Telefonfabrik für 1 500 Arbeiter hingestellt wurde. Nach Aufkauf einer US-Firma wurde die Produktion von Röntgengeräten von Erlangen nach New York verlagert. Ende 1974 richtete Siemens in Malaga/Spanien eine Produktionsstätte für Bauelemente ein, die zuvor in München produziert worden waren.

Das ist längst keine vollständige Liste, aber sie zeigt die Absichten der Siemens-Kapitalisten. Tatsache ist, daß seit 1965/66 der Inlandsumsatz des Konzerns verdoppelt worden ist (plus 102 Prozent), der Auslandsumsatz verdreifacht worden ist (plus 204 Prozent). Mit 9,2 Milliarden DM hat der Auslandsumsatz den Inlandsumsatz nahezu erreicht. Seit drei Jahren ist der Umsatz im Inland nur noch durch Preissteigerungen erhöht worden; die Produktion stagniert. Die Siemens-Kapitalisten drängen auf den Weltmarkt.

„Die dauerhafte Durchdringung des Weltmarktes ist durch Exporte allein nicht möglich“, verkündet der Geschäftsbericht. „Zur Sicherung unseres internationalen Geschäftes ist die Verankerung durch eigene Fertigungsstätten in den Auslandsmärkten unerläßlich.“ Schneller noch als der Export aus der BRD und der gesamte Auslandsumsatz ist die Produktion in den 51 Fabriken im Ausland gestiegen. Seit 1967/68 hat sie sich um 189 Prozent erhöht gegenüber nur 103 Prozent im Inland – gerechnet in jeweiligen Preisen. Ihr Anteil ist nunmehr 27 Prozent.

130 Ländervertretungen – 130 Polypenarme

Auch dort, wo Siemens nicht durch eigene Fertigungsstätten „verankert“ ist, ist der Konzern zumindest „vertreten“. In 130 Länder, vom Sultan in Oman bis zum Siedlerregime in Zimbabwe. 1965/66 wurden 84 Prozent des Auslandsumsatzes über eigene Vertriebsgesellschaften abgewickelt, 1971/72 waren es schon 90 Prozent. Die Auslandsniederlassungen haben im selben Jahr ihrerseits rund 18 Prozent ihrer Produktion wieder exportiert. So entsteht ein dichtes Netz von Warenexport und Kapitalexport, das über die ganze Welt ausgebreitet wird. 240 Millionen DM Dividende haben sich die Besitzer der Siemens AG ausschütten lassen, und mindestens 105 Millionen DM davon haben sie als „Ertrag aus Beteiligungen“ aus dem Ausland geholt.

Siemens ist der größte westdeutsche Elektrokonzern und über 200 000 Arbeiter und Angestellte müssen ihre Arbeitskraft an ihn verkaufen. Er beherrscht weite Bereiche dieses Industriezweiges, und auf dem Weltmarkt sind nur einige US-Monopole größer. Teils konkurriert er mit ihnen aufs Erbittertste – wie in Brasilien mit Westinghouse um die Lieferung von Kernkraftwerken – teils bildet er Kartelle mit ihnen, um die Interessengebiete gegeneinander abzugrenzen und die Länder der Dritten Welt noch mehr auszusaugen.

Dazu gibt der Siemens-Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1974/75 Hinweise. Zwei Länder hat er hervorgehoben, in denen der Konzern „mit besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert“ gewesen sei.

Neben Portugal ist dies Argentinien. Es heißt: „Nach wie vor ist offen, ob und in welchem Umfang sich der argentinische Staat an unserer nachrichtentechnischen Gesellschaft beteiligen will.“ Diese Frage ist nun geklärt, Argentinien „will“ nicht. Ende März wurde die alte Regierung durch einen Militärputsch gestürzt, und die Regierung des General Videla hat am 14. August durch Gesetz die Unantastbarkeit der ausländischen Monopole garantieren müssen. An dieser Erpressung war Siemens direkt beteiligt.

Argentinien ist hoch verschuldet und braucht dringend neue Kredite, um alte zurückzuzahlen. Unter anderem verhandelt es mit der Deutschen Bank über einen Kredit von 75 Millionen Dollar. Im Aufsichtsrat der Deutschen Bank sitzt Dr. Peter von Siemens, und umgekehrt sitzen im Aufsichtsrat von Siemens zwei Vertreter der Deutschen Bank. So mußte der argentinische Wirtschaftsminister am 13. Juli eigens nach Bonn zu Minister Friderichs und Vertretern der Industrie und der Großbanken kommen, um insbesondere zu versichern, daß die Siemens-Niederlassung in Argentinien, die größte außerhalb Europas, nicht verstaatlicht wird und die anderen westdeutschen Kapitalanlagen ebenfalls unbehelligt bleiben. Man bekommt einen guten Begriff von der „Durchdringung des Weltmarktes“, wenn man sich die Vorgeschichte dieses Erpressungsmanövers ansieht.

Zusammen mit dem US-Monopol ITT beherrscht Siemens den gesamten Bereich der Nachrichtentechnik Argentiniens. So konnten sie 1968 der Regierung einen betrügerischen Vertrag über die Einrichtung von 730 000 Telefonanschlüssen aufzwingen. Um die argentinische Gerichtsbarkeit zu umgehen, ließen sie ihn gleich als Gesetz verabschieden. U.a. verlangten die beiden Monopole überhöhte Preise und ließen sich die Vorprodukte durch die staatliche Gesellschaft ENTel finanzieren. ENTel mußte bei ihren Muttergesellschaften in der BRD bzw. in den USA einkaufen und bezahlen. Beim Eintreffen der Güter im Hafen von Buenos Aires gingen sie unkontrolliert in die Hände von ITT und Siemens über. So wurde der Einfuhrzoll umgangen und ein Teil der Güter gleich wieder exportiert, wobei dann Steuerrückerstattung und Exportsubventionen kassiert wurden. Für Siemens faßt die argentinische Zeitung „Cronista Comercial“ vom 19. Juni 1974 einen Untersuchungsbericht des Parlaments zusammen: „Das Unternehmen erzielte aus seinen übrigen Geschäften aus Verkäufen einen Bruttogewinn in der Höhe von 32,5 Prozent, während die Gewinne aus seinen Verkäufen an ENTel 44,1 Prozent betrugen. (...) Durch interne Rundschreiben wurde angeordnet, bestimmte Belege zu vernichten, um die Untersuchung zu verhindern; in Büchern fehlten Seiten und Bögen. (...) Siemens hinterzog Steuern in Höhe von 20 Millionen neuen Pesos (rund 9,5 Millionen DM). Dabei ist die Steuerhinterziehung von Umsatzsteuern nicht mit einbezogen. (...) 78 Prozent der Exporte von Siemens Argentina wurden an angeschlossene Unternehmen verkauft. Die niedrigen Preise, die bei diesen Exporten in Rechnung gestellt wurden, ergaben Defizite, die durch die Export-Prämien des Staates ausgeglichen wurden.“ Bereits 1971 hatte die Gewerkschaft der Telefonarbeiter, FORERA, eine Untersuchung der imperialistischen Räubereien verlangt. Nur weitere Erpressungen und die Einschaltung der westdeutschen Regierung haben Siemens vorübergehend vor der Enteignung bewahrt.

Diese „Auslandstätigkeiten“ will Siemens weiter ausdehnen. Dazu hat der Konzern im vergangenen Jahr mehr als jemals zuvor im Ausland investiert, nämlich 394 Millionen DM. Das sind 30 Prozent aller seiner Investitionen.

Ausdehnung der Akkordarbeit für den Höchstprofit einiger Schmarotzer

Zur Förderung dieses Kapitalexports erläßt die Bundesregierung Steuerermäßigungen, versichert die Investitionen und erpreßt von den Ländern der Dritten Welt auch noch Garantien und Subventionen für die ausländischen Investitionen. Mit Hilfe des Staatsapparates sichern die Monopole ihre Expansion.

Neue Raubzüge gegen die Völker ist der eine Teil des Plans der Siemens-Kapitalisten. Der andere Teil hört sich in den Worten des Vorstandssprechers Plettner so an: „Bei den Inlandsinvestitionen war die Rationalisierung die entscheidende Triebfeder.“ Trotz 14 000 Entlassungen und Kurzarbeit wurde ein um 10 Prozent erhöhter Umsatz ausgepreßt.

Die Arbeiter im Werk Braunschweig zum Beispiel wissen zu berichten über die Rationalisierung durch eine neue Bohrstraße für die Herstellung von Druckerböcken. Früher waren dort 15 bis 20 Frauen beschäftigt, jetzt nur noch ein Facharbeiter und zwei Frauen, die beide gleich eine Lohngruppe tiefer gesetzt wurden. Von März 1972 bis April 1976 ist die Gesamtzahl der Arbeiter in der Fertigung von 3 209 auf 2 686 gesunken. Gleichzeitig ist die Zahl der Akkordlöhner von 1 418 auf 1 854 gestiegen. Mußten vor vier Jahren noch 44 Prozent im Akkord arbeiten, so jetzt 69 Prozent – und gleichzeitig wurden sie in den Lohngruppen tiefer gestuft.

Die ganze riesige Umwälzung des Siemens-Konzerns entspringt dem Streben einer Handvoll Finanzbourgeois nach Höchstprofit. Ganze 81 Aktienbesitzer besaßen 1973 32 Prozent des Aktienkapitals (bezogen auf den Inländerbesitz). Im Aufsichtsrat reichen sich diese Vertreter der Großbanken, der Chemie- und der Stahlindustrie die Hände. „Dieser verhältnismäßig kleine Kreis von Männern steuert einen verhältnismäßig großen Teil der Wirtschaft. Aber warum sollte man darin einen Mißstand sehen?“ sprach E. v. Siemens auf der Hauptversammlung 1965.

Es wird eine unermeßliche Wohltat und Befreiung sein, wenn die Arbeiterklasse diesen „verhältnismäßig kleinen Kreis von Männern“ zum Teufel gejagt hat. – (fb)

Ausschluß des GEW-Landesverbandes von Westberlin:

Eine windige Behördenintrige

Der Beschluß des Bundeshauptausschusses der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, die 13000 Mitglieder der GEW in Westberlin aus der Bundes-GEW auszuschließen, ist unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern bundesweit auf Widerstand gestoßen.

Eine politische Basis für diesen Beschluß hat der Hauptvorstand in der GEW nicht. Eine politische Basis für diesen Beschluß besteht in der Bourgeoisie im ganzen, in der Sozialdemokratischen Partei im besonderen und innerhalb der GEW in der Schulratsriege, die dort die gewerkschaftlichen Vertretungskörper vielerorts gefesselt hält.

Obwohl dieser Beschluß unter den Mitgliedern der Gewerkschaft GEW eine politische Basis nicht hat, wird es schwierig werden, ihn zu b e s e i t i g e n.

Der Westberliner Landesverband der GEW wurde durch den Bundeshauptausschuß ausgeschlossen, weil sich dieser Landesverband beharrlich weigerte, dem Bundesvorstand der GEW das Recht einzuräumen, Mitglieder ohne die Mitgliederebene zu befragen, vermittels der Unvereinbarkeit aus den bürgerlichen Wegen der Sozialdemokratie zu räumen.

Die politische Linie der Sozialdemokratie schließt die Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung ein. Die freiheitlich demokratische Grundordnung schließt, was weniger bekannt ist, die Gültigkeit der „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" ein. Diese Grundsätze schließen das Streikrecht für Beamte aus. Da die imperialistische Reform des staatlichen Schulwesens die Unterdrückung der Schüler durch die Unterdrückung der Lehrer organisieren muß und da die Bourgeoisie die Ausgaben für diese Unterdrückung bloß durch Antreiberei bei den Lehrern senken kann, erkennen in den letzten Jahren immer mehr Lehrer, daß sie das Streikrecht brauchen, weil sie lohnabhängig sind. Die Gewerkschaft GEW hatte in den letzten Jahren ein stürmisches Wachstum zu verzeichnen. Mit den höchsten Organisationsgrad in der GEW hat die Lehrerschaft in Westberlin. Die Gesamt-GEW zählt heute 136000 Mitglieder. In Westberlin sind es 13000. Diese 13000 haben ihre Erfahrungen mit der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes gegen den staatlichen Dienstherrn, sie sind nicht bereit, sich ihre Interessen ausgerechnet von Schulräten diktieren zu lassen. Dafür sollen sie jetzt ausgeschlossen werden.

Die wissenschaftlich feststellbare Tatsache, daß man die Gewerkschaften als elementare Organisation der Lohnabhängigen nicht auf die politische Ordnung ihrer Feinde und Ausbeuter, der herrschenden Kapitalistenklasse festlegen kann, ist in der GEW lang zu einer praktischen Frage geworden. Nachdem anfänglich in der Mitgliedschaft eine breite Strömung bestand, diese Satzungsreform hinter sich zu bringen und dann, die Ärmel hochgekrempelt an den weiteren Aufbau der Gewerkschaft zu gehen, sind diese Illusionen
der Gewerkschaft zu gehen, sind diese Illusionen
jetzt dahin. Der Aufbau der GEW ist nur im Kampf gegen den Dienstherrn möglich, eine Verschärfung der Widersprüche ist die Folge jedes Fortschritts. Dementsprechend stellt sich in der Arbeit der GEW heraus, daß jede Maßnahme zur Vertretung der Interessen der Mitglieder und zur Stärkung ihres Zusammenschlusses auf immer schärferen Widerstand von den führenden Sozialdemokraten stößt. Nicht selten verrichten diese sogar direkt Spitzeldienste und melden der Behörde, wer auf Grundlage des Radikalenerlasses nicht nur aus der GEW, sondern auch aus dem Schuldienst gefeuert werden muß.

Allerdings gelingt es den führenden Sozialdemokraten immer schlechter, die Lehrer an der Kette ihrer Fraktionsinteressen zu halten. In Hessen laufen Vorbereitungen hin auf Streik. Der Protest gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst ist allgemein. In der vergangenen Lohnbewegung gab es eine breite Fülle von Entschließungen der GEW-Schulgruppen, die den festen Willen zur Unterstützung von Kampfmaßnahmen bekunden. Es ist bloß eine Frage der Zeit, bis sich die gewerkschaftlich organisierten Lehrer nicht nur zu Kampfmaßnahmen für ihre besonderen gewerkschaftlichen Forderungen aufraffen, sondern die Einheit mit den drei anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, der ÖTV, der DPG und der GdED herzustellen trachten. Dieser Entwicklung, die sich in der gesamten Lehrerschaft abzeichnet, entgegenzutreten, ist aussichtslos. Die Entwicklung der imperialistischen Gesellschaft hat aus den beamteten und verantwortlich handelnden Lehrern Lohnabhängige gemacht, keine Macht der Welt kann verhüten, daß sie sich dementsprechend verhalten. Es sind jedoch Verzögerungen möglich und diese können Jahrzehnte ausmachen. Der Ausschluß des Landesverbandes Westberlin der GEW ist der Versuch der Sozialdemokratie, diese Entwicklung für eine geraume Zeit zurückzuwerfen.

Das Projekt, nicht ganz zehn Prozent der Mitglieder der GEW, noch dazu in einem Landesverband zusammengeschlossen, aus der Gewerkschaft zu entfernen, läßt darauf schließen, daß Erich Frister den Klassenkampf mit dem Feld der Behördenintrige, die er als bewährter Schulrat beherrschen mag, verwechselt. Es ist eine windige Vorstellung. W i e windig, das kann man aus dem bürgerlichen Presseecho entnehmen, das wir hier zusammengestellt haben:

Die bürgerliche Presse schreibt:

„Radikale drängen Berlins Lehrer ins Abseits", bedauert die „Welt" in der Überschrift. Offenbar spüren diese Reaktionäre schmerzlich, daß es nicht gelungen ist, die Revolutionäre in der GEW p o l i t i s c h zu isolieren. Die Hoffnung der Bourgeoisie drückt sich hingegen in der gleichen Zeitung in der Kommentarüberschrift „Die Chaoten spalten sich ab" aus. „Linksradikale Chaoten und ihre Sympathisanten mochten sich also nicht an die Kandare der Gewaltlosigkeit legen lassen (die Kandare ist ein G e w a l t i n s t r u m e n t zur Zähmung ungebärdiger Pferde, so nett hat noch selten ein Bourgeois die Sanftheit der Gewaltlosigkeit gekennzeichnet), obwohl – oder vielleicht auch weil – die strategische Rechnung der Volksfront in dieser Berliner Gewerkschaft nach dem Urteil des GEW-Chefs Frister längst aufgegangen ist. Es lohnt sich eben, einen Verein links von der Volksfront zu gründen." Hier wird gehofft, die Revolutionäre, die soeben der Sozialdemokratie eine schwere politische Niederlage beigefügt hatten, würden sich auf das verdrehte Unterfangen, einen extra Verein aufzumachen, einlassen.

Die „Süddeutsche Zeitung" bedauert die Ereignisse auch. „Zwar wird Anfang nächsten Jahres eine neue Berliner GEW gegründet, aber die Geschlossenheit der Interessenvertretung ist dahin. Ohnehin sind die Lehrer
Interessenvertretung ist dahin. Ohnehin sind die Lehrer
in mehrere Organisationen gespalten. Diese sinnlose, kräftezehrende Auseinandersetzung war schon deswegen unnötig, weil sich der Berliner Landesvorstand für eine ‚satzungsmäßige' Revision des Unvereinbarkeitsbeschlusses einzusetzen versprach. Doch die Linken wollten keinen Kompromiß."

Das ist ein klares Wort zu rechten Zeiten. Die Bourgeoisie empfiehlt dem windigen Erich die Flucht nach vorn. Ob die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" allerdings die Kräfteverhältnisse in den DGB-Gewerkschaften richtig einschätzt, ist eine Frage, die bloß die Entwicklung des Klassenkampfes entscheiden kann. Wir haben eingangs gesagt, dieser Beschluß des Bundeshauptausschusses der GEW hat keine Basis in der Mitgliedschaft der GEW. Indessen kann dieser Beschluß nur zusammen mit dem Bundeshauptausschuß zu Fall gebracht werden.

Nach unserer Meinung besteht jetzt die Chance, eine Bewegung einzuleiten, die tatsächlich auf die Beseitigung dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse hinzielt. Dazu ist es allerdings erforderlich, unverzüglich und unbeirrt auf die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW hinzusteuern.

Dagegen treten allerhand politische Opportunisten auf, und sagen, das ist nicht möglich; das würde auch nichts bringen, höchstens eine Bestätigung dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Die Anhänger der DKP, in Westberlin der SEW, stellen sich sowieso gegen die Interessen der organisierten Lehrer. Sie hoffen, dem Revisionismus freie Bahn zu schaffen, indem sie die Sozialdemokraten bei der Beseitigung der Revolutionäre unterstützen. Sie haben in Westberlin für die Übernahme der Bundessatzung gestimmt. Die Anhänger des Sozialistischen Büro reden herum, daß man protestieren müsse und wundern sich im übrigen über die Gemeinheit von Erich Frister, den sie mit Recht als nahen Verwandten auffassen. Besonders erhebend ist die taktische Richtung, die der Kommunistische Bund Nord in Hamburg angibt. Man müsse das Ereignis „scharf diskutieren". Die Gruppe Rote Fahne denkt daran, einen Extraverband in Westberlin auf die Beine zu kriegen. Das alles ist abgrundtief lächerlich und läuft darauf hinaus, den Kampf nicht auszutragen, sondern abzustumpfen.

Gegen das Argument, die Bundesvertreterversammlung wird nichts anderes als die weitere Geltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse beschließen, halten wir: Das ist naiv bis auf die Knochen. Wenn es gelingt, die gegenwärtig politisch zerklüftete Opposition gegen die Sozialdemokratie im Begehren und bis zum Begehren einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zusammenzufügen, so wird die Bourgeoisie und der Sozialdemokratenklüngel, der für die Kontrolle des DGB zuständig ist, dem windigen Erich keinen Dank wissen. Er wird dann untragbar. Auch mag es sein, daß die Bewegung andere Gewerkschaften des DGB erfaßt. Die Gewerkschaft im öffentlichen Dienst wird sie gewiß erfassen, da braucht es keine Prophetie.

Und vor allem, was ist denn die Alternative! Warten bis man mit der Säuberung dran ist? Oder die politischen Ziele aufgeben, für die man seit Jahr und Tag eintritt, und die unter den gewerkschaftlich organisierten Lehrern immer fester Fuß fassen. Freilich, wer bloß damit liebäugelt, letzten Endes doch noch bei der SPD einzutreten, für den mag das eine Alternative sein. Für die Revolutionäre ist es ebensowenig eine Alternative wie für die Masse der gewerkschaftlich organisierten Lehrer. Gelegentlich kommt es auch in noch wenig entwickelten Klassenkämpfen zu Punkten, wo sich rasch entscheidet und für große Massen kenntlich wird, wer ein Revolutionär ist, und wer bei aller roten Phrase von der Versöhnung mit der Bourgeoisie ausgeht. Wir denken also, daß die politische Spaltung in dieser Frage überwunden werden kann, wenn es auch anstrengend wird. Die Chance, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse schwer anzuschlagen und damit einen Haltepunkt der Sozialdemokraten zu zerbrechen, besteht; wer sie ausläßt, ist nicht nur kein Revolutionär, sondern nicht mal fortschrittlich. – (mf)



Demonstration von 3000 Lehrern in Wiesbaden am 3. Juni

Wie die Kräfteverhältnisse in Westberlin sind

Tatsache ist, auf der Landesvertreterversammlung haben nur knapp mehr als das erforderliche Viertel der Delegierten gegen die Übernahme der Bundessatzung gestimmt. Bedeutet das, daß auch nur ein Viertel der Delegierten oder gar der Mitgliedschaft sich gegen den Hauptvorstand stellt?

Folgende Resolution wurde nach der erfolgreichen Verhinderung der Übernahme der Bundessatzung von den GEW-Funktionären Kujava, Schauer, Hoff eingebracht:

> Betr.: Konsequenzen
>
> Durch das Abstimmungsverhalten einer Minderheit von Delegierten wird eine Satzungsänderung verhindert, durch die allein ein Verbleiben dieses Landesverbandes in der GEW (Bund) und damit im DGB gewährleistet wird. Die Nein-Sager haben einen maßgeblichen Teil an Verantwortung mitzutragen, daß es zur Spaltung dieser Organisation kommt.
>
> Die Vertreterversammlung erklärt ihren ausdrücklichen Willen, daß alles getan werden muß, um zu gewährleisten, daß es nicht zu sinnlosen, kräfteraubenden Auseinandersetzungen kommt, sondern möglichst schnell erreicht wird, daß die größte Zahl der Berliner Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler in einer Organistion in der GEW im DGB organisiert ist. Nur dadurch kann erreicht werden, daß die Verschlechterungen im Bereich Erziehung und Wissenschaft wirkungsvoll bekämpft werden können und den wachsenden reaktionären Tendenzen organisiert und damit erfolgreich Widerstand entgegengesetzt werden kann.
>
> Der geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß möglichst schnell eine Interessenvertretung der gewerkschaftlich organisierten Lehrer erfolgt, wie sie durch die Mehrheit dieser Vertreterversammlung repräsentiert wird.

Von dieser Resolution wurde durch die Vertreterversammlung mit überwältigender Mehrheit der erste Absatz zu Fall gebracht, wo der Minderheit ein „maßgeblicher Teil der Verantwortung" für eine Spaltung zugeschoben wird. Dadurch ändert die ganze Resolution ihre Stoßrichtung um 180 Grad, insbesondere wenn man weiß, daß die Mehrheit dieser Vertreterversammlung bei den Wahlen zur Bundesvertreterversammlung, die im Herbst 77 stattfinden soll, die Delegierte, Ulla Widmer Rockstroh, die meisten Stimmen erhielt, die sich für Ablehnung dieser Bundessatzung ausgesprochen hat.

In der Westberliner GEW finden im Laufe dieser Woche eine ganze Reihe von beschlußfähigen Versammlungen statt. Bis jetzt zeichnet sich ab, daß die Anhänger der SEW diesen Versammlungen fernbleiben, zumal, wenn sie Gefahr laufen, in die Minderheit zu kommen. Im Bezirk Kreuzberg fand eine Mandatsträgerversammlung statt, auf der von rund 40 Vertrauensleuten der GEW Kreuzberg eine Resolution verabschiedet wurde als Diskussionsgrundlage, in der es heißt, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in den neuen Verband übergetreten werden solle, und daß eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung angestrebt werden müsse, um den Ausschluß des Landesverbandes rückgängig zu machen.

Die Fachgruppe Gymnasien der GEW Frankfurt hat am 26.8.76 folgendes Telegramm an den GEW-Hauptvorstand beschlossen:

> „Die Fachgruppe Gymnasien des Bezirksverbandes Frankfurt der GEW protestiert schärfstens gegen den Ausschluß des Landesverbandes Berlin durch den Hauptvorstand. Wir fordern die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, die über den Verbleib des Landesverbandes Berlin in der GEW beraten und beschließen soll."

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Hamburg. In der Hamburger GEW wird der Widerstand gegen den vom Hauptvorstand verfügten Ausschluß der GEW Westberlin zielstrebig organisiert. Die Lehrer in Hamburg haben bereits üble Erfahrungen mit den Erpressungsmanövern der Staatsfraktion. Hier wurde die Bundessatzung nach mehreren vergeblichen Anläufen erst durch ein Betrugsmanöver der „linken" Sozialdemokraten um den ersten Vorsitzenden Lemke durchgesetzt. So überrascht es nicht, daß bereits einen Tag nach dem Hauptvorstandsbeschluß zwei Betriebsgruppen an Gymnasien Protesttelegramme mit der Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung nach Frankfurt schickten. In den Schulen trafen die Kollegen sich spontan in der Pause. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. In dieser Woche finden in allen Betriebsgruppen Sitzungen wegen der Wahlen zur Landesvertreterversammlung statt. Überall wird es um die Frage gehen: Wie kann die Spaltung der GEW durch die Staatsfraktion verhindert werden? Über diese Frage gab es am Montag, dem 30. August, auf der Arbeitsversammlung zum Hamburger Schulgesetzentwurf (zu Beginn 80 Teilnehmer) einen heftigen Streit. Von den Reformisten aller Schattierungen (SPD bis hin zum KB Nord) wurde ein großes Jammern angestimmt, daß es „so weit kommen mußte". Der Vorsitzende Lemke sagte: „Vom Hauptvorstandsbeschluß wird man nicht mehr runterkommen." Also: Ewigkeitswert hat, was die Staatsfraktion beschließt. Kollegen, die dem KB Nord nahestehen, vertraten exakt die gleiche Ansicht. Man müsse aus Solidarität mit den Berliner Kollegen die Sache überall „scharf diskutieren", auch Beschlüsse fassen, in Hamburg eine außerordentliche Landesvertreterversammlung durchführen, aber eine Bundesvertreterversammlung hätte keinen Zweck, da würde nur eine Bestätigung der Berliner Ausschlüsse herauskommen. In der Begründung seines Antrags auf Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung machte Kollege Diehl klar, daß es sich bei dem Putsch des Hauptvorstandes um einen gezielten, von langer Hand geplanten Schlag des staatlichen Dienstherrn gegen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Lehrer handelt. Diesem Spaltungsversuch der Schulratsfraktion müsse geschlossen entgegengetreten werden mit der Forderung: Sofortige Einberufung der Bundesvertreterversammlung! Nur mit diesem Mittel sei Fristers Spekulation auf die Ohnmacht und Lähmung der Kollegen wirksam zu durchkreuzen. Darauf fiel dem Vorsitzenden Lemke nur noch ein: „In den mittleren Etagen des GEW-Hauptvorstands wird es Hohngelächter geben." Die Reformisten konnten sich trotz massiver Verwirrungsmanöver nicht durchsetzen. Der Antrag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung fand eine Mehrheit von 23 zu 20 Stimmen, bei 9 Enthaltungen. In Hamburg werden zur Zeit Unterschriften für eine außerordentliche Landesvertreterversammlung, die noch im September stattfinden soll, gesammelt. Dort wird sich entscheiden, ob der Landesverband Hamburg eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung beantragt. – (v., Hamburg)

Bremen. Gegen die Auflösung des westberliner Landesverbandes der GEW hat die GEW-Betriebsgruppe des Schulzentrums protestiert und fordert die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufheben soll. In den nächsten Tagen findet eine Bezirksdelegiertenkonferenz und 2 Wochen darauf die Landesvertreterversammlung der GEW statt, auf der diese Forderungen ebenfalls erhoben werden.

Schon vor einer Woche hat die GEW Betriebsgruppe der Gesamtschule Bremen West ihre Solidarität mit den Berliner GEW-Kollegen erklärt und hatte sich gegen die Drohung des GEW Bundesvorstandes gewandt, den Berliner Landesverband auszuschließen. Die Kollegen der Gesamtschule haben dabei erinnert an den Schaden, den die Spaltung des Bremer GEW Landesverbandes durch den sozialdemokratischen Landesvorstand vor zwei Jahren in ihrem Kampf gegen den Dienstherrn bedeutet hat. Die Kollegen fordern die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zur Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Bremen Mitte West, wo der Beschluß der Gesamtschule ebenfalls zur Debatte stand, gelang es allerdings den Revisionisten, dem Beschluß seine Stoßrichtung zu nehmen. Gelungen ist ihnen das mit folgendem Manöver: Weil 1977 sowieso eine Bundesvertreterversammlung sei, sei eine außerordentliche Versammlung unnötig. Gefordert wurde lediglich, daß die Bundesvertreterversammlung die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufheben soll. Auch die Unterstützung der Berliner GEW-Kollegen ist unterblieben.

Stahl- und Metallarbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung

3 Fabriken – der gleiche Kampf!

Änderung der Schichtordnung, um so die Produktion bei verminderter Kapazitätsauslastung zu steigern, Einführung von Maschinen zwecks Überwachung der Arbeit der Arbeiter, Nichteinbau einer Absauganlage für ätzende Dämpfe – drei Beispiele für ein und dieselbe Sache: Profitmaximierung und Lohndrückerei. Die drei Korrespondenzen aus den Klöcknerfabriken in Osnabrück, aus der Thyssen-Henschel-Fabrik in Kassel (siehe Seite 6) und der Fritz Werner Fabrik in Westberlin zeigen, wie die Arbeiter verschiedener Konzerne und Betriebe dem gleichen Problem gegenüberstehen: Wie schließen wir uns gegenüber den Kapitalisten zusammen, verteidigen den Wert unserer Arbeitskraft und führen den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Lohndrückerei. Drei Beispiele für die Lage der Arbeiterklasse und ihre gemeinsamen Interessen im Kampf gegen Schichtarbeit und Akkordsystem, im Kampf um den Lohn und für die Beseitigung des Privateigentums durch die proletarische Revolution. Der einheitlichen Klassenlage und dem gemeinsamen Klasseninteresse der Arbeiter entspringt die Arbeiterbewegung. Sie entwickelt sich in allen Betrieben und Industriezweigen.

Klöckner-Osnabrück:

Umstellung von 4-Schicht- auf 3-Schichtbetrieb

Osnabrück. Im Stahlwerk Klöckner Osnabrück soll am 5. September der Vier-Schicht-Betrieb in einen Drei-Schicht-Betrieb umgestellt werden. Die Klöckner-Kapitalisten wollen eine volle Schichtbesetzung umbesetzen und einen Teil über einen Sozialplan entlassen. Der Sozialplan soll für alle Warmbetriebe in Osnabrück eingeführt werden. Über 45 Arbeiter sollen aus dem Stahlwerk raus.

Seit September letzten Jahres wird im Stahlwerk kurzgearbeitet. Die Klöckner-Herren haben die Kurzarbeit genutzt, um die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern. Die Produktion von Stahl (Tonne pro Stunde) ist von Monat zu Monat erhöht worden, was sich in der Entwicklung der Tonnenprämie von 5 Pfennig auf 13 Pfennig ausdrückt.

Betriebsversammlung Thyssen-Henschel *Seite 6*

Noch im Frühjahr haben die Stahlkapitalisten von einem Aufschwung in der Stahlproduktion geredet. Sie stagniert. Die Auftragslage im Werk Osnabrück ist noch gesunken. Durch das Drei-Schicht-System soll jetzt die Leistung Tonne pro Stunde weiter erhöht werden.

Nach den Planungen der Klöckner-Herren für die Produktion bei voller Kapazitätsauslastung müßten im Vier-Schicht-Betrieb ohne Kurzarbeit über 30000 Tonnen erschmolzen werden. Bei vier Schichten mit Kurzarbeit, wo von 92 Schichten im Monat 27 Schichten ausfallen, beträgt die durchschnittliche Produktion 19000 Tonnen im Monat. Die Arbeitszeit ist um rund 30 % gekürzt, danach müßte die Produktion noch 21000 Tonnen betragen (ausgehend von über 30000 bei voller Kapazitätsauslastung). Tatsächlich wurden im März 20410 Tonnen Stahl erschmolzen, sonst weniger. Es geht den Klöckner-Herren nicht um eine Aufhebung der Kurzarbeit, sondern darum, die Produktion bei verminderter Kapazitätsauslastung zu steigern. Durch die Einführung des Drei-Schicht-Systems werden die Klöckner-Herren die Produktion auf 21000 Tonnen ausrichten, um bei Bedarf dann durch Überschichten mehr zu erschmelzen.

Die Arbeiter im Stahlwerk haben genügend Erfahrung gemacht mit den Auswirkungen der Kapitalisten-Pläne: In einem Jahr Kurzarbeit wurde nicht nur ihre Arbeitskraft mehr ausgepreßt, sie haben noch obendrein eine Lohneinbuße von über 2000 DM gehabt. Bei der Umstellung auf das Drei-Schicht-System soll der Lohn weiter abgebaut werden. Die Klöckner-Herren zahlen nur einen Ausgleich von 63 Pfennig in der Stunde. Durch den Fortfall von stahltypischen Zulagen und acht zusätzlichen Stunden im Monat ergibt sich aber bei der Bruttoberechnung ein ungefährer Lohnabbau von rund 90 DM bei 10 DM Stundenverdienst. Dieser Lohnabbau trifft für die Arbeiter, die im Stahlwerk verbleiben und mehr ausgepreßt werden sollen, zu. Für die Arbeiter, die in anderen Abteilungen umbesetzt werden, wird der Lohnabbau noch größer sein. Der alte Lohn soll für sechs Monate weitergezahlt werden und dann Stück für Stück abgebaut werden.

Schon im Juli, als der Plan mit dem Drei-Schicht-System bekannt wurde, haben die Arbeiter diesen Plan auf allen Schichtversammlungen abgelehnt und die Beibehaltung der jetzigen Regelung gefordert. Sie waren dagegen, weil es einen Lohnabbau bedeutet und somit ihre soziale Lage sich verschlechtert, nicht aus Zustimmung zur Kurzarbeit und den vier Schichten. Es kann den Arbeitern nicht darum gehen, die vier Schichten beizubehalten. So haben alle Schichten der Reparaturschlosser die Schichtumstellung abgelehnt, weil Reparaturen meistens am Wochenende sind und sie dann immer Überstunden machen müßten.

Die Gesundheit der Arbeiter wird durch die Schichtarbeit ruiniert, während der Reichtum der Kapitalisten prächtig gedeiht. Auf der letzten Betriebsversammlung hatte ein Arbeiter festgestellt: „Die Schichtarbeit dient nur den Kapitalisten!" Durch den Sozialplan, mit 59 und älter Entlassung und die Verdienstsicherung ab 50 Jahre bei zehnjähriger Betriebszugehörigkeit, versuchen die Kapitalisten, die Kampffront der Arbeiter zu spalten. Gegen die Auswirkungen bei Einführung des Drei-Schicht-Systems hat die Betriebszelle gefordert: gegen Lohnabbau und Intensivierung der Arbeit! – (h., Betriebszelle Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte)

(ausgehend von über 30000 bei voller



Köln. Bei der Acla-Chemie in Köln/Mülheim gibt es schon lange Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und dem Kapitalisten. Dieser versuchte z.B., den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation im Betrieb zu verhindern. Einige Arbeiter hängten diese Wandzeitung gegen das KPD-Verbot an der Fabrikmauer auf. Im Betrieb wurde zur Unterstützung für die ZANU gesammelt. Mehrere haben Kleider gespendet für die Ausbildungslager der ZANU in Mozambique und spendeten Geld. Zwei Zimbabwe-Broschüren konnten verkauft werden.

der ZANU in Mozambique und spendeten Geld. Zwei Zimbabwe-Broschüren konnten verkauft werden.

Werkzeugmaschinenfabrik Fritz Werner Westberlin – Überwachung der Arbeiter in jeder Minute geplant

„Keine Einführung des Fertigungsleitstandes!"

Fritz Werner Westberlin ist ein Mittelbetrieb (900 Arbeiter und Angestellte) in der Metallindustrie. Produziert werden bei uns Werkzeugmaschinen. Erst in den sechziger Jahre wurde Fritz Werner von dem 66/67 gegründeten bundeseigenen DIAG-Konzern aufgekauft. Er besteht aus einer Verschmelzung von bekannten westdeutschen Werkzeugmaschinenfabriken (insgesamt 11) und hat Niederlassungen in Brasilien, Italien, Großbritannien und den USA. Die Kapitalisten von Fritz Werner verstanden es im Laufe der Zeit, aus immer weniger Arbeitern mehr herauszuholen.

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Umsatz in Mill. DM
1960	1740	32
1970	1480	65
1975	900	137

Dies genügt ihrer Gier nach Profit längst noch nicht.

Bei uns haben sie nun vor, eine der ausgeklügelsten Methoden der verstärkten Ausbeutung unserer Arbeitskraft durch Intensivierung der Arbeit einzuführen. Es handelt sich um eine computermäßige Überwachung der Produktion durch einen sogenannten Fertigungsteilstand.

Wie funktioniert nun so ein Leitstand? Er ist computergesteuert und steuert und überwacht zentral alle Arbeitsplätze der Produktion. Er ist über ein akustisch-optisches Meldesystem mit allen Arbeitsplätzen verbunden.

Genau in der gleichen Reihenfolge, wie die einzelnen Arbeiten im Betrieb gemacht werden, wandert im Leitstand eine Arbeitskarte mit der jeweiligen Auftragsnummer durch sogenannte Funktionsspalten wie: Vorbereitung, Transport, Bereitstellung, in Arbeit, Kontrolle. Mit dem Wechseln der Lochkarten von einer in die andere Funktionsspalte erteilt ein „Arbeitsverteiler" entsprechende Anweisungen. Zum Beispiel gibt er über Funk den E-Wagen-Fahrern Anweisung, zu welcher Maschine sie welche Teile hinfahren sollen. Wenn die einzelnen Arbeiten fertig sein sollten, d.h. wenn die von den Kapitalisten festgesetzte Zeit abgelaufen ist, leuchtet im Leitstand eine Lampe auf. Dieses wird dann den Meister, der den Leitstand überwacht, auf den Plan rufen. Er wird der betreffenden Abteilung, dem betreffenden Arbeiter sagen, daß er soeben die Zeit überschritten hat und daß dieses nicht nochmal vorkommen wird, denn auf seinen Arbeitsplatz würden ja etliche andere Arbeiter warten. Weiterhin ist es so, daß auch eine Lampe aufleuchtet, wenn man zu „schnell" arbeitet. Die Kapitalisten haben damit gleichzeitig Belege, den Akkord neu festzusetzen. Auch die Pausen, die man gemacht hat, um eine Zigarette zu rauchen, werden wegfallen. Die Möglichkeiten, mit den anderen Arbeitern zu reden, werden eingeschränkt, da die Anwesenheit an der Maschine durch eine Anwesenheitskontrollampe angezeigt wird.

Welche Vorteile versprechen sich die Kapitalisten?

Zunächst einmal haben sie die Möglichkeit, jederzeit einen Überblick über den Stand der Produktion zu bekommen. Das ist aber nicht das Wesentliche. Entscheidend ist, daß sie die Konkurrenz unter uns weiter schüren können, daß sie praktisch jederzeit den Akkord neu festsetzen können. Wenn z.B. Arbeiter, angetrieben durch die Meister, bloß nicht die Zeit überschreiten wollen, da sie ja sonst auffallen, einige Stücke zu „schnell" fertigen. Die Kapitalisten werden jauchzen und sagen: Seht ihr, Kollegen, es geht doch noch schneller. Der Akkord wird hochgesetzt.

Die Überwachung des einzelnen Arbeiters wird lückenlos. Jede Minute, die er nicht tätig ist, nicht schafft für den Profit des Kapitalisten, wird registriert.

Es heißt in Veröffentlichungen der Herstellerfirma, daß die Meister von allerlei Arbeiten wie Registrierung, Materialbeschaffung usw. befreit werden. Diese „Offiziere" des Kapitals können dann um so mehr eingesetzt werden für die Tätigkeit, für die sie da sind – Antreiben der Arbeiter.

Durch die Ausschaltung der „Stillstandzeiten" wird die Arbeit aller Arbeiter ungeheuer intensiviert. Durch Ausdehnung der Akkordarbeit im Zuge der Einführung des Leitstandes ist es möglich, die Arbeitsintensität stetig höher zu schrauben.

Das alles vermindert die Umlaufzeiten des Kapitals. Das Kapital, das vorgeschossen wird für den Ankauf von Stahl, Hilfsstoffen und Arbeitskräften für einen bestimmten Auftrag, schlägt schneller um, wenn der eigentliche Produktionsprozeß verkürzt wird (Ausschaltung der Stillstandzeiten, Intensivierung der Arbeit), die Maschinen schneller gefertigt und eher verkauft werden können. Das gewonnene Geldkapital kann schneller als vorher wieder investiert werden. Die Profitrate, die aufs Jahr berechnet, steigt, weil das Kapital öfter als vorher in einem Jahr umschlägt. Dadurch hofft die Fritz Werner- und DIAG-Geschäftsführung auf eine Profitrate, die höher ist als die der Konkurrenten.

Die Werte, die wir als Arbeiter schaffen, werden sich deutlich erhöhen. Firmen, die bisher den Leitstand einführten, sprechen von einer Produktivitätssteigerung von durchschnittlich 10 %! Unser Lohn wird sich nicht ändern.

Der Teil des Arbeitstages, in dem wir soviel Werte schaffen, wie sie unserem von den Kapitalisten bezahlten Lohn entsprechen, verkürzt sich. Der Teil des Arbeitstages, den wir unentgeltlich für die Kapitalisten arbeiten, verlängert sich. Die Mehrarbeit, also die unbezahlte Arbeit, erhöht sich. Die Kapitalisten von Fritz Werner und DIAG saugen verstärkt Mehrarbeit aus uns heraus. Die Ausbeutung wird verschärft und der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine gemacht.

Klar ist, daß ohne uns der ganze Leitstand, die ganze Fabrik ein Haufen totes Metall ist. Ohne die Arbeiterklasse ist die ganze Gesellschaft erledigt. Wir sind die produktive Klasse, die die ganze Gesellschaft auf ihren Schultern trägt. Uns gehört deshalb auch die Zukunft, die Leitung der Produktion und der Gesellschaft.

Gegen die 150 Entlassungen, die die Kapitalisten Ende 1975 auf Grund von Rationalisierungen vornahmen, hat es Protest unter der Belegschaft gegeben. Der Vertrauensleutekörper der IG Metall hatte eine außerordentliche Betriebsversammlung gefordert. Trotzdem ist es nicht gelungen, ein einheitliches Votum der Belegschaft gegen diese Rationalisierungsmaßnahmen herzustellen.

Der Geschäftsleitung ist es damals gelungen, und Teile des Betriebsrates standen ihr dabei Pate, die Rationalisierungen als einen Schritt hinzustellen, der für alle notwendig sei und dem Rest der Belegschaft sichere Arbeitsplätze schafft.

Inzwischen hat sich die Meinung der Belegschaft gewandelt.

Nach dem Erscheinen unserer letzten Betriebszeitung gab es rege Diskussionen im Betrieb über die geplante Einführung des Fertigungsleitstandes.

Viele Arbeiter sind der Auffassung, wenn sich die Geschäftsführung erlauben sollte, Kontrollampen an ihrem Arbeitsplatz zu installieren, diese Lampen keine 2 Stunden halten würden. Dies drückte am treffendsten die Haltung der Arbeiter zur geplanten Einführung des Fertigungsleitstandes aus. Es ist bekannt, daß die Einführung solch eines Leitstandes bei der „Deutschen Babcock AG" in Oberhausen aufgrund des Widerstandes der Belegschaft und des Betriebsrates bislang nicht durchgesetzt werden konnte.

Dies darf auch bei Fritz Wer[illegible] nicht geschehen. Wir müssen den K[illegible]mpf unter der Forderung führen:

Keine Einführung des Fertigungsleitstandes!

Darüberhinaus müssen wir für Gesetze eintreten, die der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten gewisse Schranken setzen und somit die Fähigkeiten der Arbeiter, den Klassenkampf zu führen, erhöhen.

Wir müssen eintreten für:

Verbot aller Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme! Verbot der Überstundenarbeit! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! – (h., Zelle Fritz Werner)

Meldungen

Die IG Metall hat den Vertrag über die tarifliche Absicherung der Sonderzahlungen gekündigt. Sie fordert eine stufenweise Sicherung von 100 Prozent eines Monatslohns.

Bei den Sonderzahlungen handelt es sich um eine einmalige Entschädigung für übers Jahr vorbehaltene Löhne. Entscheidend für die Lage der Metallarbeiter ist der Lohn auf den Normalarbeitstag. Was immer bei den Verhandlungen der IGM-Führung jetzt herauskommt: die Arbeiter werden es im Kampf um den Tariflohn nicht in Rechnung stellen können. Was immer die Kapitalisten im Dezember auszahlen müssen: es ist ein Übertrag von vorbehaltenen Löhnen des ganzen Jahres. Auf den Lohn auf den Normalarbeitstag kommt es an. Ihn versuchen die Kapitalisten täglich zu drücken. Auf die Verteidigung des Lohnes für den Normalarbeitstag spitzt die Lohnbewegung in der Metallindustrie. Sie kann sich nur im Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer entfalten, die mit dem letzten Tarifabschluß erneut die Interessen der Arbeiter den Profitinteressen der Kapitalisten unterworfen haben.

Opel Rüsselsheim / Der Betriebsrat des Rüsselsheimer Opel-Werks hat am Freitag, dem 27.8., den Antrag der Geschäftsleitung auf vier Sonderschichten am 4. und 11. September sowie am 2. und 9. Oktober abgelehnt. Begründet hat er seine Ablehnung damit, daß keine Einigung mit der Geschäftsleitung zustandegekommen sei sowie damit, daß derzeit in zunehmendem Maß Umsetzungen vorgenommen werden sowie für ausscheidende Arbeiter keine Ersatzleute mehr eingestellt werden. In der KVZ Nr. 34 wurde berichtet, daß zunehmend Kritik am sozialdemokratisch geführten Betriebsrat in der Belegschaft laut geworden ist und sich in Resolutionen mehrerer Versammlungen von Bereichsvertrauensleuten niedergeschlagen hat. Dies hat es dem Betriebsrat unmöglich gemacht, ohne weiteres seine Zustimmung zu geben. Seit März letzten Jahres war die regelmäßig erfolgt. Bei Opel Bochum lehnte der Betriebsrat ebenfalls die Sonderschichten ab.

Weg mit dem § 218! In einem Leserbrief, der in der Zeitung der IG Metall, „Metall", Nr. 17/1976, abgedruckt war, wurde die verstärkte Unterdrückung durch den neuen § 218 angegriffen: „Das neue Gesetz ist, genau besehen, nichts anderes als eine noch raffiniertere Kontrolle und Schikane in eigens dafür eingerichteten Beratungsstellen. Hat die Frau sich vorher ‚beraten' lassen, bekommt abschlägigen Bescheid, da sie keine Wohnungen, zu wenig Lohn ja ‚Normalzustand sind, dann mit jeder fertig werden muß' (Bundesverfassungsgericht), so muß sie, wenn sie nicht selbst bestraft wird, als Zeugin ohne Verweigerungsrecht alle Beteiligten ans Messer liefern. *P. Kloth, Köln*"

Veba-Konzern / Gewinn verdoppelt. Im ersten Halbjahr 1976 haben die Veba-Kapitalisten die Ausbeutung enorm gesteigert. Der Vorstand gab bekannt, daß der „Konzernüberschuß nach Steuern" im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1975 verdoppelt wurde, von 47 auf 96 Millionen DM. In einzelnen Konzernbereichen wurde die Belegschaft im letzten Jahr um bis zu einem Zehntel abgebaut. Die Aktionäre sind zufrieden. Sie erwarten eine Dividende von 15 %. In den letzten drei Jahren hat der Konzern 51 Firmen aufgekauft. Großaktionär bei Veba ist der Bund. Zum Veba-Konzern gehört die Gelsenberg-Gruppe, zu der Aral-Benzin gehört.

Ludwigshafen: Die Gewinne der BASF sind im ersten halben Jahr 1976 um 117 Prozent gestiegen. Die Belegschaft wurde um 2,2 Prozent abgebaut. Der Nettoumsatz der BASF ist in diesem Zeitraum um fast ein Fünftel auf fast 5 Milliarden gestiegen. In den ersten sechs Monaten 1976 wurden 80 Prozent des im ganzen Jahr 1975 ausgewiesenen Gewinns, 575 Millionen DM, erzielt.

Freiburg. Spendensammlung für die ZANU vor und in einem Druckbetrieb. Kurz bevor die Delegation der ZANU nach Freiburg kam, haben wir in einem Flugblatt vor Herder aufgerufen, den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterstützen. Diese Unterstützungskampagne fand große Aufmerksamkeit in der Belegschaft. Debatten wurden geführt über den Sinn der Unterstützung. In den Gesprächen zeigten wir auf, daß jede Mark, die für den Befreiungskampf in Zimbabwe gespendet wird, ein Schlag gegen den westdeutschen Imperialismus ist. In dem Flugblatt haben wir dazu aufgerufen, am Abend vor dem Betrieb zu spenden. Bei dieser Sammlung in und vor dem Betrieb kamen 175,10 DM zusammen. Sechs Zimbabwe-Broschüren (nationale befreiung 9) konnten verkauft werden. Jetzt bereitet sich der KVZ-Leserkreis darauf vor, das Anfang Oktober zur Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe stattfinden soll. – (Herder-Zelle, Freiburg)

Oldenburg. Vertrauensleute der Gewerkschaft Holz: Erklärung gegen politische Prozesse. Die Bourgeoisie hat mehrere Gegner der Fahrpreiserhöhung, die im Januar am Kampf gegen die Erhöhung teilnahmen, vor Gericht gezerrt. Weitere Prozesse werden gegen Gegner des § 218 geführt. Wir drucken hier die Erklärung der Vertrauensleute ab:

„Die Vertrauensleute der Firma Hüppe Sanitär sprechen im Namen der Belegschaft dem Gericht das Recht ab, seine Urteile in den Fahrpreis- und § 218-Prozessen im Namen des Volkes zu fällen. Die Mehrheit der Belegschaft hat sich gegen den § 218 ausgesprochen, weil er eine Bevormundung darstellt in der Frage, ob man ein Kind aufziehen will oder nicht. Diese Frage ist in den meisten Fällen schon durch den Geldbeutel entschieden. Der wird durch die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen nur noch knapper. Im wesentlichen wird aber die arbeitende Bevölkerung durch diese Maßnahmen getroffen. Wir verwahren uns dagegen, daß heute diejenigen verfolgt werden, die dagegen vorgegangen sind. Wir fordern Einstellung aller Prozesse und verlangen alle Rechte, die nötig sind, um Maßnahmen, die gegen unsere Interessen gerichtet sind, zu bekämpfen. Diese Rechte sind vor allem: Organisationsfreiheit, Meinungsfreiheit, Demonstrations- und uneingeschränktes Streikrecht!

Diese Erklärung wurde gerichtet an: Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Nordwestzeitung, Holzarbeiter-Zeitung. Weiterhin wurde diese Erklärung an den Vorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff Oldenburg und den Vertrauensleutekörper Hüppe-Hauptwerk mit der Aufforderung geschickt, sich dieser Erklärung anzuschließen."

35-Stunden-Woche! Antrag an den IG-Chemie- Gewerkschaftstag, der vom 19. bis 25. September stattfindet:

„*Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche*
Antragsteller: Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen

Hessen

Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie–Papier–Keramik möge beschließen:

Alle Gremien innerhalb der IG Chemie–Papier–Keramik und des DGB werden aufgefordert, sich für die Forderung 35-Stunden-Woche, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich einzusetzen und Aktivitäten zu deren Durchsetzung einzuleiten.

Begründung:

In den letzten Jahren ist festzustellen, daß die gesundheitliche Situation der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik sich ständig verschlechtert. So erreicht nur ein Drittel der Beschäftigten arbeitsfähig das Rentenalter (WOG Statistik), die Lebenserwartung ist gesunken.

Das liegt in der Hauptsache daran, daß die körperliche und nervliche Belastung durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit ständig zunimmt. Ein notwendiger Schritt dagegen ist die Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden."

Konstanz. Druckmittel: Entzug des Arbeitslosengeldes. Beim KVZ-Verkauf in der Innenstadt kam ich mit einem Kollegen ins Gespräch, der bei einem benachbarten Warenhaus die Schaufenster putzte. Er erzählte, daß er arbeitslos sei und daß ihn das Arbeitsamt gezwungen habe, diese Tätigkeit anzunehmen. Als Druckmittel dazu droht das Arbeitsamt mit dem Entzug der Arbeitslosenunterstützung. Der Kollege ist Facharbeiter in der Metallbranche.

Geld aus der Arbeitslosenversicherung für Ausbeutung junger Arbeiter im Akkord.

Köln. Bei Arbed F & G arbeiten seit kurzem Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahren für 530 DM brutto im Zweischichtwechsel im Draht-Feinzug und in der Seilerei. Dort wird im Akkord gearbeitet. Die Arbed F & G-Kapitalisten bekommen für jeden dieser Jugendlichen vom Arbeitsamt mindestens 60 Prozent des Lohns für ein halbes Jahr aus der Versicherungskasse. Dieses Geld kriegen sie auf einen Schlag bei der Einstellung, wie es im Arbeitsförderungsgesetz geregelt ist. Die Förderung kann laut Gesetz auf 100 Prozent aufgestockt werden, was auch der Fall sein wird. Außerdem gibt es für jeden Jugendlichen 1 200 DM „Eingliederungszulage" zwecks „Betreuung". Die Landesregierung unter Führung der SPD lobt das Ganze als Ergebnis ihres „Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit". (Nach: Ortsbeilage Köln)

Bochum: Herabstufung verhindert. Auf der letzten Betriebsversammlung der Firma Unitecta Oberflächenschutz haben die Staplerfahrer aus dem Fertiglager die Lohndrückerei der Geschäftsleitung angegriffen und gefordert, daß alle Fahrer in die Lohnstufe 8 eingestuft werden. Nachdem die Geschäftsleitung 1974 etwa 50 Prozent der Arbeiter im Lager entlassen hatte und seitdem den Umsatz beständig gesteigert hatte, waren die Arbeiter Anfang 1976 nicht mehr bereit, die Arbeitshetze weiter mitzumachen. Sie diskutierten über eine Lohnerhöhung. Die Kapitalisten sahen sich gezwungen, Neueinstellungen vorzunehmen, die aber in die Lohngruppe 6 mit 9,95 DM eingestuft wurden, obwohl sie die gleiche Arbeit wie die anderen mit Lohngruppe 8 (10,31 DM) machen mußten. Über diese Spaltung plante die Geschäftsleitung die Rückstufung im gesamten Lager. Nach der Betriebsversammlung mußte die Geschäftsleitung einen Rückzug machen und ab August allen den gleichen Lohn zahlen.

Betriebsversammlung Thyssen-Henschel

Die Maßnahmen der Kapitalisten wurden angegriffen

Kassel. Am 24. August fand bei Thyssen-Henschel die längst überfällige Betriebsversammlung statt. Bei Thyssen-Henschel arbeiten zur Zeit etwa 5600 Arbeiter und Angestellte. Produziert werden unter anderem: Panzer, Loks, Getriebe, Achsen, Kernkraftwerksteile. In der Schmiede werden LKW-Achskörper hergestellt.

Die Betriebsversammlung stand seitens des Vorstands ganz im Zeichen der offenen Propagierung der imperialistischen Expansion auf dem Weltmarkt. „Expansion sichert Arbeitsplätze", behauptete der Vorstandsvorsitzende Boesken und wies auf den sprunghaften Anstieg des Umsatzes hin. Er hob „die besonderen Verdienste" des SPD-Betriebsratsvorsitzenden Fischer hervor, die dieser sich in der Konkurrenzschlacht der imperialistischen Konzerne um die Anteile auf dem Weltmarkt erworben habe, als er sich für die Sicherung des Ägypten-Lokauftrages einsetzte. Worum es dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden bei dem Einsatz für die imperialistischen Konzerninteressen unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzsicherung ging, faßte er selber zusammen: „Man kann Arbeitskraft und Muskelkraft erkaufen, aber nicht die Zuwendung zum Betrieb."

Zuwendung zum Kurs der imperialistischen Expansion auf der Grundlage der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter – diese Politik ist mit den Interessen der Arbeiter unvereinbar. Die Maßnahmen der Kapitalisten wurden in den einzelnen Beiträgen der Arbeiter auf der Betriebsversammlung angegriffen.

Ein Arbeiter aus dem Getriebebau sagte: Umsatz sei die einzige Parole im Getriebebau. Es interessiert die Herren nicht, wenn die Arbeiter in der Getriebemontage verschmutzte Getriebeteile reinigen und dabei die ätzenden Dämpfe des Reinigungsmittels einatmen müssen. Er forderte: Eine Absauganlage muß her!

Ein weiterer Arbeiter aus dem Getriebebau ging nochmal auf die von der Geschäftsleitung propagierte Umsatzsteigerung ein, die laut Vorstand und Betriebsratsvorsitzenden ja Arbeitsplätze sichern solle. Er wies nach, daß gerade das Gegenteil der Fall sei. So wurden und werden in der Schmiede über 100 und im Getriebebau zirka 50 Arbeiter entlassen, um nur die wesentlichsten Entlassungen in der letzten Zeit zu nennen.

Im ersten Quartal 1976 haben die Kapitalisten den Umsatz gegenüber dem letzten Quartal 1975 um 50 Prozent gesteigert. Die Anzahl der Arbeiter wurde in der gleichen Zeit um 1,7 Prozent abgebaut, von 3728 auf 3659. Erreicht haben die Kapitalisten die Steigerung durch die vermehrte Auspressung der Arbeitskraft, wie die Überstunden von durchschnittlich 7,3 Prozent beweisen. Noch deutlicher beweist das der Krankenstand von 8,8 Prozent.

Der Arbeiter zog daraus den Schluß, daß die Henschel-Arbeiter nicht auf das Geschwätz der Kapitalisten und ihrer Helfer im Betriebsratsvorstand reinfallen dürfen und jetzt den Kampf um mehr Lohn und die Tarifrunde vorbereiten müssen. Durch Beifall wurde seine Rede unterbrochen, als er auf die drei Warnstreiks der Henschel-Arbeiter während der letzten Tarifauseinandersetzung hinwies und darlegte, daß die Arbeiter es sind, die alle Werte produzieren. (b., Kassel)

Für die PLO 800 DM gespendet

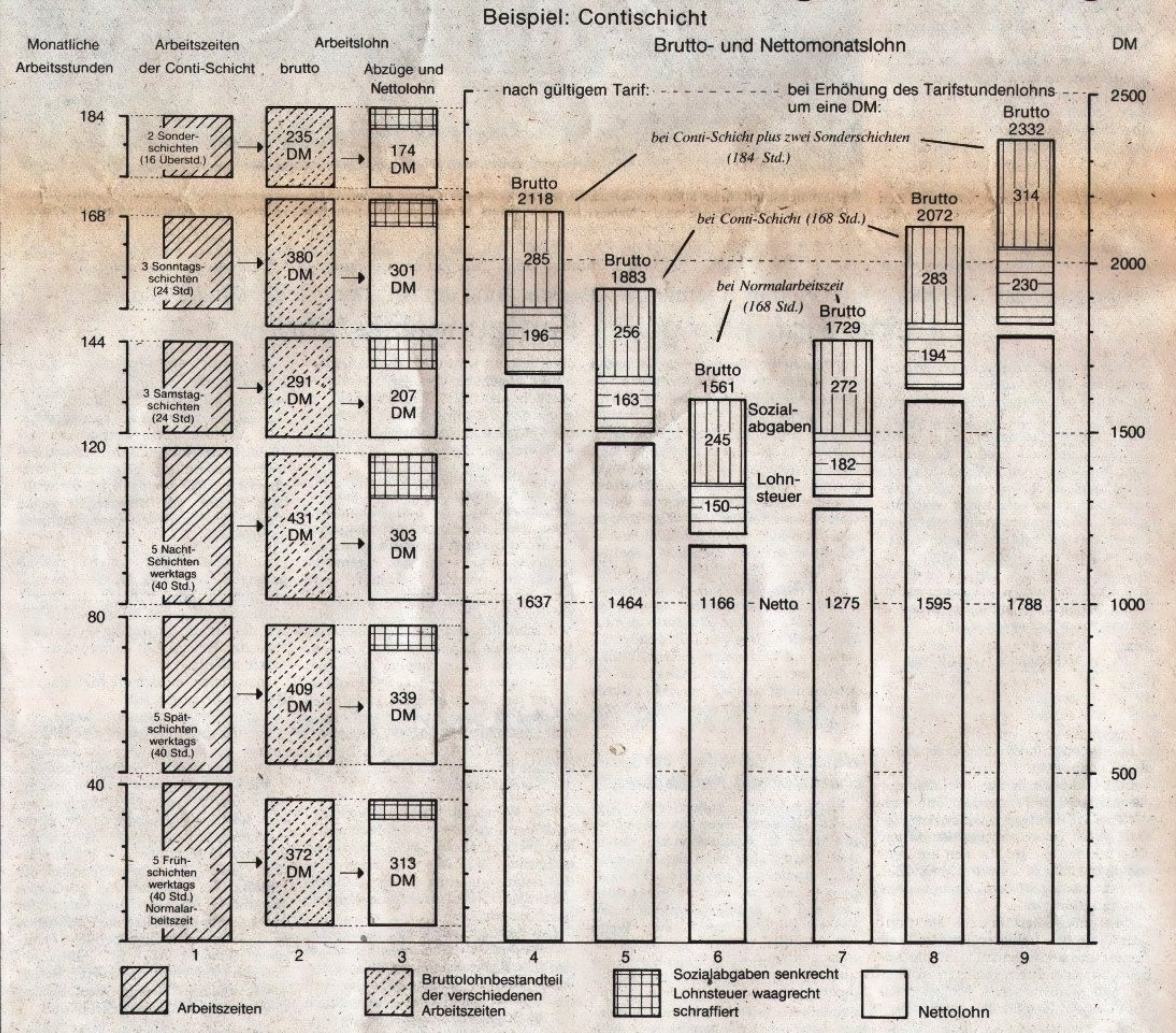
Darmstadt. Die IG Chemie-Jugendgruppe Merck hatte aufgrund eines „Direkt"-Fernsehfilms, der über die Nichtweiterbeschäftigung von Lehrlingen bei Merck berichtete, 1000 DM bekommen. Auf der vorletzten Jugendgruppensitzung wurde diskutiert, daß ein zentraler Herd der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Mächten und dem Streben der Völker nach Unabhängigkeit der Libanon ist. Um die Sache des palästinensischen Befreiungskampfes zu unterstützen, hat die Jugendgruppe beschlossen, 800 DM an die PLO zu spenden. Das Geld soll dem PLO-Vertreter in Bonn überreicht werden.

In der folgenden Sitzung wurde ein reaktionärer Artikel in der letzten „Gewerkschaftspost" (8/76) über den „Terror der PLO" diskutiert. In dem Artikel, der von dem Sozialattaché der israelischen Botschaft in der BRD stammt, heißt es: „Es ist nun leider eines der traurigsten Zeugnisse für den Stand internationaler Ethik, daß eine Verbrecherorganisation wie die PLO heute sogar Zugang zu manchen der höchsten internationalen Gremien (gemeint ist die UNO) genießt."

In der Diskussion wurde klar, daß die Gründung des Staates Israel auf der Vertreibung der Palästinenser beruht und ein imperialistischer Stützpunkt ist und daß es eine gerechte Sache ist, wenn die Palästinenser sich in der PLO zusammenschließen, um für ein unabhängiges demokratisches Palästina zu kämpfen.

Um weitere Informationen zu bekommen, wurde für die nächste Jugendgruppensitzung ein Vertreter der Generalunion der arabischen Studenten und ein Vertreter des Nahost-Komitees eingeladen. Weiter wurde ein Leserbrief an die „Gewerkschaftspost" beschlossen, der die Notwendigkeit der Solidarität mit dem Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus betont, und in dem die PLO als die Vertreterin des palästinensischen Volkes unterstützt wird. Diese Leserbrief wird der Vertrauenskörperleitung Merck vorgelegt. Die Jugendgruppe ist der Meinung, daß das ein richtiges Mittel ist, um den Kampf in der Gewerkschaft zu führen, damit auch diese sich in die weltweite Front gegen den Imperialismus einreiht. Die Gewerkschaftsführung wird aufgefordert, die Beziehung zu der gelben Gewerkschaft Histradut abzubrechen. – (Merck-Zelle)

Stahlindustrie: 1 DM Tariflohnerhöhung ist notwendig



Die obenstehende Graphik stellt dar, daß die Forderung von 1 DM pro Arbeitsstunde während der Normalarbeitszeit eher zu niedrig ist, als etwa zu hoch. Die 1. Säule stellt dar, zu welchen Zeiten ein Stahlarbeiter, der Conti-Schicht geht, seine Arbeitsleistung verrichten muß. Von unten nach oben gesehen. Lediglich 21,7 % der Arbeitszeit fallen in den normalen Arbeitstag. 21,7 % der Arbeitszeit müssen als Spätschicht geleistet werden. 21,7 % als Nachtschicht, 13 % als Nacht- und Schichtarbeit an Samstagen, 13 % endlich als Nacht- und Schichtarbeit an Sonntagen und 8,7 % als zwei Sonderschichten, also Überstunden.

Die Säule 2 zeigt den Bruttolohn, der aus diesen unter den verschiedenen Bedingungen geleisteten Arbeitszeiten erwächst. Man sieht, wie aus der geringen Bezahlung der unter Normalbedingungen geleisteten Arbeitszeit der Zwang zur Schichtarbeit und zu Sonderschichten entsteht. (In dem Beispiel wird ausgegangen von einem festgesetzten Stundenlohn von 8,18 DM, wie er z.B. von der Klöckner Hütte Bremen in der Lohngruppe 6 gezahlt wird. Dazu kommt eine Prämie von 1,11 DM pro Arbeitsstunde.)

In Säule 3 sieht man, wie diese schmutzige Eigenart des Lohngefüges durch die staatlich festgesetzte Besteuerung ergänzt wird. Der Nettolohnanteil, der aus den Sonderschichten und der Sonntagsarbeit erwächst, ist ganz erheblich, da hier „Steuervorteile" gelten. (Auf Zuschläge für Nachtschicht und Sonntagsarbeit wird keine Lohnsteuer erhoben.)

Im zweiten Abschnitt der Darstellung haben wir den kompletten Brutto- und Nettolohn, wie er dann ausgezahlt wird, dargestellt (4. Säule). Sodann bei der gleichen Tarifgruppe den Lohn, wenn keine Sonderschichten gemacht würden (5. Säule), und endlich bei der gleichen Lohngruppe wiederum den Brutto- und Nettolohn, wenn nur während Normalarbeitszeit gearbeitet worden wäre (6. Säule).

Der Stahlarbeiter, dessen Arbeit auch während des Normalarbeitstages lastend schwer ist, erhielte da noch ganze 1116 DM netto. Die nächste Säule beweist, was eine Forderung von 1 DM auf die Normalarbeitsstunde während des Normalarbeitstages tatsächlich bloß bedeutet (7. Säule). Sie würde nicht einmal ausreichen, um dem Arbeiter einen Einkommensausgleich zu erlauben, wenn er aus der Conti-Schicht heraus auf Normalarbeitszeit muß, was ja wegen Krankheit usw. der Fall sein kann. Die letzten beiden Säulen zeigen die Auswirkung einer Forderung von 1 DM auf Brutto- und Nettolohn im Falle der Conti-Schicht und im Ausgangsfall, d.h. mit zwei Zusatzschichten. Aus allem folgt, daß die Forderung nach 1 DM unbedingt notwendig und keinesfalls zu hoch ist.

Die Lehrer in Hessen fordern Urabstimmung und Streik

Frankfurt. Wir berichteten in der letzten KVZ über den Erlaß des hessischen Kultusministeriums, den Unterrichtsausfall an den Schulen durch Streichung von 18000 Anrechnungsstunden, Erhöhung der Pflichtstunden um bis zu zwei Wochenstunden und darüber hinausgehende Mehrarbeit für Lehrer auszugleichen. Gegen den Erlaß erhob sich sofort starker Protest. Inzwischen hat das Ministerium angeordnet: „Trotz der Notwendigkeit, im Rahmen der geltenden Bestimmungen alle erforderlichen und sachdienlichen Maßnahmen zur gleichmäßigen Unterrichtsversorgung zu ergreifen, werden ... die Punkte 1 bis 4 des Erlasses vom 9.8.1976 ausgesetzt."

Im Punkt 2 des Erlasses wurde z.B. verlangt: „Die Regelungen der Verordnung über die Pflichtstunden ... sind sofort voll anzuwenden." Auf die Erhöhung der Pflichtstundenzahl um zwei Stunden wurde in Punkt 4 hingewiesen.

Gleichzeitig hat Kultusminister Krollmann vor dem Landtag die Zwei-Drittel-Stellen verteidigt als Maßnahme, um „möglichst vielen Bewerbern eine Einstellungschance" zu verschaffen. Man könne ihm allerhöchstens „sozialdemokratische Gefühlsduselei" vorwerfen.

Als Gerechtigkeit für alle will der Sozialdemokrat Krollmann seinen Schlag gegen alle Lehrer verkaufen.

Allein im Bereich des Regierungspräsidiums Darmstadt sind 177 Lehrer für Grundschulen, 134 für Haupt- und Realschulen und 3 für Gymnasien nicht eingestellt worden. Gleichzeitig werden die Zwei-Drittel-Lehrer mit Arbeit überhäuft, so daß sie bei zirka 1000 DM netto Gehalt fast 90 % der Arbeit eines Vollehrers leisten müssen.

Kein einziger der im Erlaß genannten Punkte ist vom Tisch. Im Gegenteil: Sie sind alle rechtsgültig, teilweise nur ausgesetzt.

Die Kürzung der Anrechnungsstunden soll jetzt so durchgeführt werden, „daß die Kontinuität des Unterrichts gesichert bleibt". Die Lehrerkollegien selbst sollen also die Arbeitsverlängerung unter sich verteilen. Nur einigen wenigen Zwei-Drittel-Lehrern mit Mangelfächern wird eine volle Planstelle versprochen.

Die Lehrer nehmen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nicht hin und greifen die politische Unterdrückung an. Die Personalräte-Arbeitsgemeinschaft der Gymnasien und Gesamtschulen mit Sekundarstufe II in Frankfurt hat die Rücknahme der Änderungen der Paragrafen 80 und 81 des Beamtengesetz gefordert. Die GEW-Schulgruppe an der Falkschule fordert die Vorbereitung von Urabstimmung und Warnstreik gegen Zwei-Drittel-Stellen und Arbeitszeitverlängerung und verabschiedete eine Resolution für die sofortige Einstellung des Anhörungsverfahrens gegen den Lehrer Köhler, der wegen gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten aus der Schule geworfen werden soll.

Zahlreiche Beschlüsse, den Lehrerstreik von der GEW sofort zu organisieren, um dem Dienstherrn die geschlossene Kampfkraft entgegenzusetzen, werden gefaßt. Wir können hier nur die wichtigsten uns bekannten nennen: Vier von sieben in der letzten Woche tagenden GEW-Ortsverbänden von Offenbach-Land sowie die GEW-Kreismitgliederversammlung Hanau fordern den Streik. Der Kreisverband Groß-Gerau ruft zu einer Protestmitgliederversammlung am 6.9. auf. Am gleichen Tag findet in Frankfurt eine Lehrerversammlung statt, an der sich Delegationen aus umliegenden Kreisen beteiligen wollen.

Nach Zwischenmeldungen von der vom Landesvorstand durchgeführten „repräsentativen Umfrage" unter 4000 Mitgliedern sprechen sich von den 2500 bisher eingetroffenen Briefen etwa 70 % für Streik aus. Die Bedingungen sind günstig, durch Urabstimmung und Streik die Angriffe des Dienstherrn zurückzuschlagen. Der Hauptausschuß der GEW-Hessen tagt vor dem 10. September, um über einen Streikantrag an den GEW-Hauptvorstand zu beschließen. – (w., Frankfurt/M)

Stellungnahme des Personalrates der Universität (Kernbereich) Frankfurt gegen die unbeschränkte Meldepflicht von „Nebentätigkeiten"

Allen Bediensteten der Universität Frankfurt wird dieser Tage ein Formblatt vorgelegt, auf dem sie durch Unterschrift bestätigen sollen, daß sie „über die Neufassung der Bestimmung über die Ausübung von Nebentätigkeiten unterrichtet" worden sind. Einige Bedienstete sollen bereits unterschrieben haben. Allerdings ist zu vermuten, daß die Unterrichtung, die sie mit ihrer Unterschrift bestätigt haben, gar nicht oder nur sehr unzulänglich stattgefunden hat.

Der Personalrat macht alle Kollegen darauf aufmerksam, daß die neuen Bestimmungen über die Anzeigepflicht von Nebentätigkeiten einen weiteren einschneidenden Eingriff des Staates in die Rechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst bedeutet. Laut Änderung des § 80 des Hessischen Beamtengesetzes vom 26.3.76 ist nun jeder Beamte und Angestellte verpflichtet, „Art und Zeitaufwand einer von ihm ausgeübten Nebentätigkeit anzuzeigen, *unabhängig davon, ob sie der Genehmigung bedarf oder nicht*." Das Hessische Beamtengesetz gilt in diesem Punkt auch für die Angestellten, da § 11 BAT bestimmt, daß „für die Nebentätigkeit des Angestellten die für die Beamten des Arbeitgebers jeweils geltenden Bestimmungen sinngemäß Anwendung finden." Für Arbeiter gibt es eine solche Anbindung an das Hessische Beamtengesetz nicht.

Was allerdings unter einer Nebentätigkeit genau zu verstehen ist, ist nirgendwo bestimmt. Im § 80 des Hessischen Beamtengesetzes sind einige Nebentätigkeiten genannt, die nicht genehmigungspflichtig sind, jetzt aber anzeigepflichtig geworden sind: „1. Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Vertretungskörperschaft und einem sonstigen obersten Organ, deren Ausschüsse sowie den Kommissionen (Deputationen) einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. (...) 4. Die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden oder in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten."

Man muß außerdem davon ausgehen, daß auch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei unter den Begriff der Nebentätigkeit fällt, da im Oktober 1954 der Disziplinarhof einen Beamten bestraft hat, weil er als Postassistent unter der faschistischen Naziherrschaft nicht angegeben hatte, daß er 1919/20 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USDP) angehört hatte (vergleiche Leserbrief von Professor Varain (Gießen) in der „Frankfurter Rundschau" vom 14.8.76).

Die Meldepflicht auch von ehrenamtlichen Tätigkeiten zielt nach Ansicht des Personalrates nicht gegen die unverhältnismäßigen Nebeneinkünfte, die einige Hochschullehrer aus ihrer Gutachter- und Forschungstätigkeit für Wirtschaftsunternehmen ziehen. Denn diese „Nebentätigkeiten" waren immer schon melde- und genehmigungspflichtig. Statt jedoch die Forderung nach Offenlegung der Nebeneinkünfte von Hochschullehrern, die an vielen Universitäten erhoben wurde, zu entsprechen, wird jetzt in Hessen auch die Meldepflicht von ehrenamtlichen Nebentätigkeiten bestimmt. Diese kann nur als Maßnahme staatlicher Kontrolle gegenüber den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst aufgefaßt werden, um gewerkschaftliche und politische Aktivitäten zu überwachen und zu unterbinden: Diejenigen, die sich in Vertretungsorganen, Gewerkschaften und politischen Parteien aktiv gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einsetzen, sollen jetzt gezwungen werden, über diese Tätigkeiten Angaben zu machen. Diese Angaben werden vom Dienstherrn in Dossiers gesammelt und ergeben Anhaltspunkte zu weiteren Nachforschungen. Unvollständige Angaben können disziplinarisch bestraft werden.

Beispiele aus jüngster Zeit zeigen, daß eine Reihe von Kollegen, die konsequent für die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingetreten und deshalb mit dem Dienstherrn in Konflikt geraten sind, von diesem aus dem Staatsdienst entfernt wurden mit der stereotypen Begründung, sie ständen nicht mehr auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Die politische Bedeutung der Meldepflicht von ehrenamtlichen Nebentätigkeiten wird aber erst dadurch richtig klar, daß diese im Zusammenhang mit den staatlichen Anstrengungen gesehen wird, ein umfassendes Überwachungs- und Spitzelwesen gegenüber der gesamten arbeitenden Bevölkerung aufzubauen und auf eine rechtliche Grundlage zu stellen. In Niedersachsen wurde am 24. Juni 1976 ein Verfassungsschutzgesetz verabschiedet, das allen Behörden vorschreibt, dem Verfassungsschutz unaufgefordert „Amtshilfe" zu leisten. Weniger auffällig, doch mit derselben Zielrichtung wurde am 30. Juni 1976 in Hessen ein Erlaß des Innenministers herausgegeben, nach dem z.B. alle Institutsdirektoren verpflichtet sind, über besondere Vorkommnisse jeglicher Art, die durch Bedienstete oder Studenten verursacht werden, unverzüglich telefonisch oder fernschriftlich dem zuständigen Minister zu berichten.

Am 19. Juni 1976 hat die Belegschaft der Universität Frankfurt den Protest des Personalrats gegen die durch das Verpflichtungsgesetz vorgeschriebene umfassende Schweigepflicht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf der Personalversammlung mit überwiegender Mehrheit unterstützt.

Die Meldepflicht der Bediensteten bzw. der Dienststellen gegenüber dem Dienstherrn ist aber nur die Kehrseite der Schweigepflicht der Bediensteten gegenüber der Bevölkerung. Beamtengesetz, Verpflichtungsgesetz sowie der Innenministererlaß, die alle Teile des besonderen Dienstrechts sind, dem die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterworfen sind, bestimmen: Der Dienstherr hat das Recht, die staatlichen Bediensteten über deren politische und gewerkschaftliche Tätigkeit auszuforschen, die Bevölkerung hat aber kein Recht, von den Bediensteten über die Vorgänge im öffentlichen Dienst unterrichtet und informiert zu werden.

Anzeigepflicht gegenüber dem Dienstherrn sowie Verschwiegenheitspflicht gegenüber der Bevölkerung sind sowohl gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch gegen die übrige arbeitende Bevölkerung gerichtet. Sie dienen nicht der Demokratie, sondern schränken das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ein und dehnen die staatliche Kontrolle und Bespitzelung aus.

Diesen staatlichen Angriffen hält der Personalrat folgende demokratische Forderungen entgegen:

Ersatzlose Streichung der Bespitzelungsbestimmungen! Abschaffung des besonderen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst! Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst!

Der Personalrat fordert alle Kollegen auf, die von ihm vertretenen Forderungen zu unterstützen. Er fordert sie außerdem auf, das Formblatt nicht zu unterschreiben, da die Unterschrift unter das Formblatt weniger die „Unterrichtung" bestätigt als vielmehr eine Form der Anerkennung der staatlichen Kontrolle und des Spitzelwesens beinhaltet.

Sofern sie die Unterschrift unter das Formblatt des Kanzleramtes bereits geleistet haben, sollten sie ihre Unterschrift mit anliegendem Formular zurückziehen. Der Personalrat wird beim Präsidenten darauf hinwirken, die schon unterschriebenen Formulare zurückzugeben. Der Personalrat wird Verbindung mit anderen Personalräten aufnehmen, um zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Der Personalrat wird diese Erklärung zum Tagesordnungspunkt der nächsten Personalversammlung am 19. Oktober machen, um allen Kollegen Gelegenheit zu Fragen und Stellungnahmen zu geben.

Delmenhorst: Streik der Busfahrer für 1,50 DM mehr für alle

Erster Erfolg durch selbständigen Streik

Delmenhorst. Am letzten Donnerstag um 9.15 Uhr traten die Busfahrer der Delmenhorster Firma Sager in einen spontanen und selbständigen Streik. Sager hat hier das Monopol im öffentlichen Verkehr. Die 48 Kollegen ließen die Busse am Busbahnhof stehen und forderten höheren Lohn, mindestens 1,50 DM für alle gleich.

Die letzte Lohnerhöhung war vor etwa zwei Jahren. Die Fahrer haben einen Stundenlohn von 6,80 DM brutto, der kaum zum Leben reicht. Die Kollegen sind gezwungen, 50 Stunden in der Woche zu fahren, machen also 10 Überstunden.

Von dem Kapitalisten wurde bereits das Weihnachtsgeld und die zusätzliche Altersversorgung gestrichen.

Die Stadtverwaltung wurde gezwungen, mit den Fahrern in Verhandlungen zu treten, denn die Sager-Kapitalisten rührten sich nicht. Die Verhandlungen wurden im großen Sitzungssaal des Rathauses geführt, wo sonst der Stadtrat tagt.

Die Kollegen haben diesen Streik selbständig ohne Unterstützung der ÖTV geführt. Sie haben sich aus ihrer Mitte einen Sprecher gewählt, der ihre Forderungen auf den Tisch legte.

Hat der Staat die letzten Fahrpreiserhöhungen der Firma Sager (zwei Erhöhungen seit Februar 1975 um insgesamt 30 bis 40 %) klammheimlich genehmigt, so wurde das bei den Forderungen der Fahrer anders gehandhabt. Zuerst wollte Oberbürgermeister Groth die Forderung drücken, indem er 1 DM anbot. Doch einstimmig wiesen die Fahrer, die alle im Rathaus waren, dieses Vorhaben zurück. Sie beharrten auf 1,50 DM mehr für alle gleich.

Dann versuchte er, die Kollegen zu spalten, indem er sagte, die Bevölkerung hätte unter dem Streik zu leiden und er selbst käme im Stadtrat in eine unangenehme Situation. Doch auch das wiesen die Kollegen zurück: „Wir haben lange genug stillgehalten. Jetzt ist Schluß. Für uns sind die 6,80 DM unangenehm, darum geht es."

Durch diese große Einheit der Belegschaft wurde ein erster Erfolg errungen. Die Stadt zahlt für 14 Tage 1,50 DM an jeden Busfahrer, zusätzlich zu dem Lohn bei Sager. In dieser Zeit tritt der Stadtrat zusammen, um über eine längerfristige Subventionierung der Sager-Kapitalisten zu entscheiden. Die Kollegen ließen sich die Zahlung durch die Stadt schriftlich geben, bevor sie ab 16 Uhr die Busse wieder starteten. Denn sie trauen den Herren der Stadt nicht. Sie machten Groth klar: „Wenn wir in vierzehn Tagen die 1,50 DM nicht weiter kriegen, egal ob von Sager oder von der Stadt, dann wird sich kein Rad bewegen."



Delmenhorst. Die streikenden Busfahrer trauten den Stadtherren nicht und ließen den Oberbürgermeister die Zusage unterschreiben, 1,50 DM pro Stunde mehr für alle in den nächsten 14 Tagen zu zahlen.

Freiburg: Gegen Lehrerarbeitslosigkeit. Etwa 20 abgelehnte Referendare haben sich in einem Arbeitskreis zusammengeschlossen, um sich gegen eine Anordnung des Kultusministeriums vom 15. Juni 1976 zu wehren, die zur Folge hat, daß zum Einstellungstermin August über ein Drittel der Bewerber (425 von 1204) für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien und beruflichen Schulen auf der Straße stehen. Eine Resolution, die sie auf dem Vereidigungstermin der eingestellten Referendare am 18. August am Studienseminar Freiburg vortrugen, wurde bei nur zwei Enthaltungen von 86 Anwesenden unterstützt. In der Resolution erklären die Lehrer: Das Land hat nicht das Recht, Bewerbern mit bestandenem Examen das Recht auf Ausbildung streitig zu machen, indem den Bewerbern die Weiterführung der Ausbildung als Studienreferendar verweigert wird. Ebensowenig hat das Land das Recht, Bewerber aufgrund ihrer politischen Ansichten arbeitslos zu machen. Gefordert wird die Aufhebung dieser Anordnung und die Einstellung aller arbeitslosen Lehrer. Die abgewiesenen Bewerber müssen das Recht haben, an den jetzt begonnenen Ausbildungskursen teilzunehmen.

Norden (Aurich) / Öffentliche Anhörung verlangt. Zu dem Anhörungsverfahren, das gegen die Lehrerin S.Laub wegen „Tätigkeit für den KBW" eingeleitet werden sollte, hatte die Lehrerin in einem Flugblatt Stellung genommen. Sie forderte den Regierungspräsidenten in Aurich auf, die Anhörung öffentlich zu machen und lud die Eltern, Schüler und die anderen Lehrer zur Teilnahme an der Anhörung ein. Rund 50 fuhren mit dem Bus nach Aurich. Sie hielten die Anhörung für keine „private Angelegenheit", wovon ein Vertreter der Bezirksregierung vor dem Regierungspräsidium faselte. Die Anhörung, die die Bezirksregierung eingesetzt ahtte, war damit geplatzt. Daraufhin zogen die, die zur Anhörung gekommen waren, in einer Demonstration zum Marktplatz und forderten in Sprechchören und auf Transparenten: „Susanne Laub muß Lehrerin bleiben! Weg mit dem Berufsverbot! Weg mit dem KPD-Verbot!" Auf dem Marktplatz hielt S.Laub eine Rede, in der sie erklärte, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. „Um diese Ziele der Arbeiterklasse und des Volkes durchzusetzen, benötigt die Arbeiterklasse eine Partei, die ihre Interessen vertritt. Diese Partei aufzubauen, hat sich der KBW zum Ziel gesetzt. Ich halte diese Ziele für richtig und unumgänglich, deshalb bin ich dort organisiert." Die Eltern und Schüler, die an den Aktionen teilnahmen, haben einstimmig auf der Rückfahrt im Bus bekräftigt: Susanne Laub muß Lehrerin bleiben!

Die Lehrerin Laub arbeitet weiter an der Schule. Die Bezirksregierung Aurich dementierte, daß von einer Entlassung die Rede gewesen sei.

Das Gerede von der „Privatisierung der Postdienste": ein Manöver der Bourgeoisie. Mit der Parole „Privatisierung der Postdienste steht bevor" droht die Bourgeoisie derzeit den Beschäftigten bei der Post. Erklärt wird: Um die Privatisierung und damit den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern, müßte verstärkt rationalisiert und die Leistung der Beschäftigten gesteigert werden. Das Gerede von der Privatisierung der Post ist nur ein Manöver der Bourgeoisie, über das es ihr gelingen soll, die Arbeitskraft der Lohnabhängigen verstärkt auszupressen. In ihren Untersuchungen, die sie über die Post anstellt, macht sie klar, was von diesem Manöver zu halten ist. So schreibt der Verkehrsexperte des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft, Dr. Hermann Frings, in dem Kapitalistenorgan „Blick durch die Wirtschaft" vom August 1976 unter der Überschrift „Postpaketdienst – Strukturaufgabe des Bundes": „... der Postdienst und mit ihm der Päckchen- und Paketdienst (ist) Strukturaufgabe nicht nur der öffentlichen Hand ‚schlechthin', sondern sachnotwendig – bezogen auf die Optimierung des Gemeinwohls – Infrastrukturaufgabe des Bundes."

Kapitalistische Rationalisierung bei der Post. Für 1976 plant die Postleitung, 883 Millionen DM beim „Personalaufwand" gegenüber früheren Planungen zu streichen. Das gab der Chef der Postfinanzverwaltung in der „Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen" 2/76 bekannt. Aus immer weniger Lohnabhängigen versucht die Postleitung immer mehr Leistung herauszuholen. Bei der Arbeitszeitverkürzung zum 1.10.1974 auf 40 Stunden in der Woche wurden keine Arbeitskräfte neu eingestellt. Den Beschäftigten wurde so zusätzlich die Arbeit von 23000 aufgebürdet. Der Personalbestand lag Anfang 1976 um rund 7000 unter dem von 1974. Bis 1974 sollen weitere 50000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Im Fernmeldewesen ist das Verkehrsvolumen von 1962 bis 1974 um das 6,6-fache gesteigert worden, die Zahl der Beschäftigten wurde in diesem Postbereich lediglich um das 1,7-fache erhöht.

Oberpostdirektion Düsseldorf vernichtet 300 Ausbildungsplätze. Im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen vernichtet die Oberpostdirektion Düsseldorf 300 Ausbildungsplätze für Fernmeldehandwerker. Die Ausbildung in den Fernmeldeämtern II und IV wird zusammengelegt. Eine Ausbildungsstelle, Werkstätten und Unterrichtsräume werden aufgelöst.

Oberverwaltungsgericht: Unterdrückung einheitlich und per Gesetz

Während des ganzen letzten Schuljahres ist es immer wieder zu Massenbewegungen gegen die Schulpolitik des bürgerlichen Staates gekommen. In Hessen sind in den verschiedensten Städten die Schüler auf die Straße gegangen gegen die politische Knebelung ihrer Vertretungsorgane durch Rechtsverordnung. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurde demonstriert gegen Unterrichtsausfall und Mittelkürzungen, für Einstellung von Lehrern, welche die Landesregierung verweigerte. In Baden-Württemberg, in der Pfalz fanden Kämpfe statt, die sich an der Kürzung der Fahrtkostenzuschüsse entzündeten. Auf kaum einem anderen Feld ist die Tätigkeit des bürgerlichen Staates so heftigen und breiten Angriffen durch die Volksmassen ausgesetzt wie in der Schulpolitik. Und im neuen Schuljahr setzen die Landesregierungen mehr noch als in den Jahren vorher auf polizeimäßige Organisierung des Schulbetriebes, um jeden Widerstand gegen ihre Schulpolitik zu unterdrücken. Für Zugeständnisse, um den Widerstand zu dämpfen, bleibt kein Raum mehr.

In dieser Lage hat der Verwaltungsgerichtshof des Landes Hessen in Kassel eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Er hat entschieden, daß die 1972 von der Kultusministerkonferenz beschlossene „Oberstufenreform“ ohne Rechtsgrundlage sei und deshalb so nicht eingeführt werden dürfe. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich nicht gegen die Oberstufenreform ausgesprochen, deren Inhalt darin besteht, die Klassenverbände in der Oberstufe aufzulösen und die einzelnen Schüler in Kursen um so heftiger gegeneinander konkurrieren zu lassen. Er hat lediglich gefordert, daß eine solche Änderung des Schulbetriebes nicht durch Verwaltungserlasse der Kultusminister vorgenommen werden dürfte, sondern von den Parlamenten beschlossen werden müsse.

Die Einführung der sogenannten reformierten Oberstufe enthält „Zündstoff“, der zu einem „Dauertatbestand der Unruhe“ führen müsse, zu dem „zwangsläufig weitere“ Gründe für Unruhe treten werden, warnte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 26. August. Die Schüler wehren sich gegen Verschärfung des Konkurrenzdrucks, gegen politische Entrechtung. Unter den Lehrern gärt es nicht nur: In Hessen wird ein Streik vorbereitet gegen die drastische Senkung des Lohns für die sogenannten 2/3-Lehrer, für die Einstellung aller Lehrer zu gleichen Bedingungen und gegen die verschärfte Aufsicht über alle Lehrer.

Das ist eine Lage, in welcher Unterdrückung unabweisbar wird und mit dem stärksten Mandat ausgestattet werden muß. Das hat das hessische Verwaltungsgericht im Auge, wenn es Parlamentsbeschlüsse und Gesetze für Schulverfassung und Lehrinhalte fordert. Eine gesetzliche Festlegung im beratenden Ausschuß der Bourgeoisie, im Parlament, soll hergestellt werden, die dann geschlossen gegen das Volk durchgesetzt wird. Der Verwaltungsgerichtshof befand darum: Die Einführung des Oberstufenmodells der Kultusministerkonferenz“ ist ohne gesetzliche Grundlage nicht möglich, die hessische Verfassung und das Grundgesetz zwingen den Gesetzgeber, die wesentlichen Merkmale der reformierten Oberstufe selbst festzulegen. Und: „Der Auftrag an den Gesetzgeber erstreckt sich somit sowohl auf die Unterrichtsinhalte und -ziele als auch auf die Organisation der Schulen. Für eine eigenständige Ausgestaltung der Schulen durch die Verwaltung bleibt mithin kein Raum.“

Das Gericht gibt unzweideutig zu verstehen: Die Unterdrückung muß verstärkt werden. Die Politiker in den Parlamenten bekommen den direkten Auftrag, das durchzusetzen, einheitlich und per Gesetz.

den Parlamenten beschlossen werden müsse. Auftrag, das durchzusetzen, einheitlich und per Gesetz.

Kampf um Jugendzentrum in Gettorf (Schleswig-Holstein)

Der Bürgermeister bleibt auf seiner Versammlung in der Minderheit

Gettorf. Wie berichtet (KVZ Nr. 32), existiert in der Gemeinde Gettorf in Schleswig-Holstein ein Gemeinderatsbeschluß, nach dem Kommunisten nicht Mitglieder in der Jugendzentrumsinitiative sein dürfen. Dieser Beschluß wurde schnell entlarvt als das, was er in Wirklichkeit ist, nämlich der Versuch, kein selbstverwaltetes Jugendzentrum zuzulassen. Der Bürgermeister tat nun das Dümmste, was er machen konnte: Er ging mit diesem Beschluß unters Volk. Er lud alle „willigen“ Jugendlichen zu einer öffentlichen Versammlung, wo er einen „Kompromiß“ vorlegen wolle. Die Jugendlichen in Gettorf verstanden diesen „Kompromiß“ genauso, wie er gemeint war: der Bürgermeister wollte die Bewegung spalten. Also ließ man die Reaktionäre nicht unter sich.

60 bis 70 Jugendliche kamen denn auch, und dem Bürgermeister gingen die Augen über. Was blieb ihm übrig, er mußte die Flucht nach vorn antreten. „Es ist klar, daß wir uns in die Angelegenheiten der Initiative einmischen, wenn wir mit der Initiative zusammenarbeiten wollen“, erläuterte er gleich zu Anfang seine Vorstellungen von einem selbstverwalteten Jugendzentrum. Die Jugendlichen lachten ihn aus.

Der Bürgermeister zog einen neuen Satzungsvorschlag aus der Tasche. § 1 (2): „Der Verein arbeitet auf der Grundlage des Grundgesetzes und achtet die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Verfassung.“ § 1 (6): „Niemand darf aus politischen oder konfessionellen Gründen ausgeschlossen werden, es sei denn, er ist nicht bereit, § 1 (2) dieser Satzung anzuerkennen.“ § 2 (1): „Personen ..., deren Ziel es ist, die wesentliche Grundordnung, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorgibt, zu ändern oder die revolutionäre Ziele verfolgen, können nicht Mitglied des Vereins werden.“

Praktisch wurde so demonstriert, daß sich Selbstverwaltung nicht mehr im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt. Die Versammlung machte dem Bürgermeister daraufhin unmißverständlich klar, daß sein „Kompromiß“ eine glatte Erpressung sei, auf die man nicht eingehen werde. Dem Bürgermeister gingen die Argumente aus, somit mußte die „Kommunistengefahr“ wieder aufs Tapet. „Die Gettorfer sind viel zu dumm und zu naiv, um solch geschulten Agitatoren das Wasser reichen zu können. Die Gemeinde muß sie davor bewahren.“ Die Jugendlichen verstanden dies richtig: Sie seien zu dumm, um ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Es nützte also alles nichts, und der Bürgermeister flüchtete sich in das Letzte, was ihm noch blieb: er ließ eine Abstimmung durchführen. „Kommunisten dürfen keine Mitglieder sein.“ Gegenantrag: „Die Initiative entscheidet allein, wer Mitglied sein kann.“ Der Bürgermeister mochte es nicht glauben, neben den zwölf Mitgliedern der Jungen Union gab es nur noch zwei Stimmen für ihn. Sofort erklärte er, an diese prokommunistische Mehrheit würde er sich nicht halten, eine neue Versammlung müsse her. Dort würde er alle, die seinen Vorschlag nicht akzeptieren, herauswerfen lassen. Das war dann auch der Jungen Union zuviel: Zwei traten auf der Stelle aus.

Die Initiative beschloß noch am selben Abend, die offene Drohung des Bürgermeisters mit dem Polizeiknüppel nicht hinzunehmen. Am nächsten Tag wurde mit der Mobilisierung zur nächsten Versammlung des Bürgermeisters begonnen, ein Theaterstück wird ausgearbeitet, in dem die Vorstellungen der Gemeinde und die der Jugendlichen über das Jugendzentrum gegenübergestellt werden sollen. Die Jugendlichen sind zuversichtlich: Sie werden die Selbstverwaltung durchsetzen! – (is., Zelle Eckernförde)

Ziele verfolgen, können nicht Mitglied des Vereins werden.“
Praktisch wurde so demonstriert, Jugendlichen sind zuversichtlich: Sie werden die Selbstverwaltung durchsetzen! – (is., Zelle Eckernförde)

Prüfungs- und Zensurenmühle für Kinder

In den ersten beiden Grundschuljahren fallen schon 25 Prozent aller Kinder den schulischen Prüfungen und Aussiebungen zum Opfer. Auf einer Tagung der internationalen Akademie für präventive Medizin in Bad Nauheim, berichtete das ehemalige Mitglied des Bildungsrates Muth, jedes zwölfte Kind werde bereits bei den Schulreifetests hinausgeprüft, im ersten Schuljahr bleiben rund sieben Prozent, im zweiten Schuljahr nochmals 6 Prozent der Kinder sitzen. Außerdem werden bis zum Ende des zweiten Schuljahres etwa vier Prozent der Schüler in Sonderschulen überwiesen. (Nach: Frankfurter Rundschau, 19. August)

12 Stunden Berufsschule an zwei Tagen

Kassel. 646 von 746 befragten Schülern der Hecker-Schule in Kassel stimmten für mehr Berufsschulunterricht. Gegenwärtig werden sie an einem Tag in der Woche bis zu 10 Stunden in der Schule gehalten. Die Klassensprecherkonferenz stellte daraufhin am 24.8. einstimmig die Forderung auf: 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen.

Aufhebung der allgemeinen Schulpflicht

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen, die weder eine Lehrstelle bekommen noch eine weiterführende Schule besuchen, allgemein abgeschafft. Nach Schuljahresende 1975/76 ist obligatorisch ein Berufsvorbereitungsjahr eingeführt worden für alle Schüler, die nach neunjährigem Schulbesuch nicht in eine, weiterführende Vollzeitschule, Berufsausbildung, Fördermaßnahmen der Arbeitsverwaltung oder in ein längerfristiges Arbeitsverhältnis eintreten. Nach Abschluß dieser obligatorischen Berufsvorbereitungsjahres ist die Berufsschulpflicht aufgehoben. Die jugendliche Arbeitskraft steht ohne weitere Einschränkung zur Ausbeutung durch die Kapitalisten zur Verfügung. Bislang sind 22 000 Jugendliche für dieses Berufsvorbereitungsjahrim Schuljahr 1976/77 in Nordrhein-Westfalen erfaßt. (Nach: Handelsblatt, 27. August)

„Lückenlose Aufsicht“ über die Raucherecke zurückgeschlagen

„Lückenlose Aufsicht“ über die Raucherecke zurückgeschlagen

Hildesheim. Die Leitung der Scharnhorst-Schule unternahm nach den Ferien den Versuch, die Raucherecke, die bislang vor dem Schulgebäude eingerichtet war, nach hinten auf den Schulhof zu verlegen. Begründung: Eine lückenlose Aufsicht über die Schüler müsse aus versicherungsrechtlichen Gründen gewährleistet sein. – Die Schülermitverwaltung der Scharnhorst-Schule beschloß, daß diese Regelung nicht eingehalten würde, und forderte alle Schüler auf, weiterhin nach vorne zu gehen und nicht den Lehrern Folge zu leisten, die teilweise gewaltsam versuchten, die Schüler auf den Schulhof unter ihre lückenlose Aufsicht zu bringen. Die Direktion verbot eine Wandzeitung der Schülermitverwaltung, konnte aber nicht verhindern, daß sie von den Schülern gelesen wurde und daß die meisten der rauchenden Schüler in der Pause auf Aufforderung der Schülermitverwaltung sich wie gewohnt vor das Schulgebäude begaben und sich der lückenlosen Aufsicht entzogen. – (Ortsbeilage Hildesheim) –

Streik und Demonstration an der Ranke-Schule

Westberlin. Vom 12. bis 14. August streikten die Schüler des Ranke-Gymnasiums im Wedding gegen die erneute Versetzung ihrer Lehrerin Frau Winter. 70 Schüler zogen zum Schulrat Grabisch, um die Rücknahme der Versetzung zu fordern. Der mußte zusagen, vor einer Vollversammlung zu erscheinen. Die Gesamtelternvertretung solidarisierte sich mit dem Streik. Die Vollversammlung der Schüler am 16. August pfiff den Schulrat aus. Und eine Elternversammlung am selben Abend wandte sich mit 150 Eltern gegen die angedrohten Strafen für die Schüler und unterstützte die für den 18. August beschlossene Demonstration zum Rathaus, wo der Schulausschuß tagt. 450 Schüler, Eltern und Lehrer zogen gegen das Rathaus mit dem Spruch: „Winter an die Ranke, Garbisch an die Panke, Wenzel an den Galgen, dann wollen wir ihn salben!“ (Wenzel ist Stadtrat für Volksbildungswesen.) Wie üblich war das Rathaus durch Polizei abgeriegelt. In einer anschließenden Versammlung, die über das weitere Vorgehen beraten sollte, konnten die Revisionisten von der SEW an der Spitze der bürgerlichen Kräfte sich in der Abstimmung durchsetzen und die Wiederaufnahme des Streiks zunächst verhindern.

Sechs von sieben Kündigungen zurückgenommen

Westberlin. Die Geschäftsleitung der Berliner Elektrizitätswerke AG hat gegenüber dem Betriebsrat erklärt, daß sie die Kündigung von sechs der insgesamt sieben gekündigten Lehrlinge zurücknimmt. Wir berichteten über die Aktion der Lehrlinge zur Durchsetzung ihrer Forderungen in der letzten Nummer.

Emmendingen (Südbaden):

140 Schüler und Lehrlinge demonstrieren gegen Rauswurf kommunistischer Berufsschulsprecher

Emmendingen. Am Samstag demonstrierten 140 Lehrlinge und Schüler in Emmendingen gegen die Schulverweise von Kneer, Ludwig und Franki. Der Schulsprecher Franki und die Vertrauenslehrerin Blumentritt hielten Ansprachen. Dargelegt wurde, wie sich die Solidarität in der letzten Woche entwickelt hat und warum deshalb die Reaktionäre verstärkt aktiv wurden.

Im Gymnasium Kenzingen wurde ein Schüler zum Klassensprecher gewählt, der Flugblätter verteilt hat gegen den Rausschmiß der Schulsprecher an der Gewerbeschule. Der Klassenlehrer bezeichnete die Wahl als illegal und droht mit Repressalien, wenn die Klasse an der Wahl festhalten würde. In einer Lehrlingsklasse in Freiburg schrieb ein Lehrer einen Bericht ans Oberschulamt und die Direktion, weil ein Lehrling ein Plakat gegen die Schulverweise aufhängte und die Klasse das unterstützte. Wenn er so weitermache, könne er bald ein Plakat mit seinem Namen aufhängen, meinte der Lehrer.

Der stellvertretende Direktor der Emmendinger Berufsschule Reibold und der CDU-Lehrer Kosche lügen Schüler, die sich über die Gründe des Schulverweises erkundigen, an. So wurde von Kosche im Jugendzentrum behauptet, die Schüler stünden nicht hinter der SMV. Gleichzeitig wurde die Einberufung einer SMV-Sitzung verhindert. Das spricht für sich. Auf der Kundgebung wurde das Trüpplein von zuschauenden Mitgliedern der Jungen Union aufgefordert, Stellung zu nehmen. Es kam aber keiner ans Mikrofon.

Daß die Reaktionäre aktiv werden, ist unvermeidlich. Wenn ihre finsteren Absichten enthüllt werden, können sie isoliert werden. Im Jugendzentrum Waldkirch wurde bei drei Enthaltungen beschlossen, den Kampf gegen die Schulverweise zu unterstützen. In einem Betrieb unterschrieben von dreizehn Arbeitern zehn die Resolution gegen die Schulverweise. Vorbereitet wird vom Aktionsausschuß ein Jugendtribunal, wo über die Lage und die Kämpfe der Arbeiterjugend berichtet wird und wozu die Direktion der Schule sowie die bürgerlichen Parteien eingeladen werden.



Lehrlinge und Schüler aus Emmendingen, Waldkirch, Herbolzheim und Kenzingen sowie einige Vertreter von Freiburger Schülern beteiligten sich an der Demonstration gegen den Rauswurf kommunistischer Schulsprecher aus der Berufsschule Emmendingen.

Schulbeginn:

Goldene Zeiten für Schreibwarenkapitalisten und Verleger

Der Schulanfang bedeutet für die Kapitalisten, die Schulbedarf herstellen, Riesenprofite. Für die Arbeiter bedeutet es, daß sie und ihre Familien in solchen Monaten „etwas kürzer treten“ müssen. Die Kapitalisten versuchen sich dabei der Lehrer zu bedienen.

So heißt es in der Zeitschrift „Dialog“ (Pelikan-Information für den Fachhandel): „Ein Fachhändler nimmt z.B. im Mai oder Juni Kontakt mit den einzelnen Schulen auf. Er will erfahren, wieviel erste Klassen nach den Sommerferien mit dem Unterricht beginnen. Hat er das ermittelt, spricht er mit den zukünftigen Klassenlehrerinnen und -lehrern und präsentiert eine Zeichenblock-Tragetasche gefüllt mit den Mal- und Zeichenprodukten, die das ‚i-Männchen‘ zum Schulanfang benötigt. Der Witz (!) hierbei: Die Lehrerin zeigt den Eltern der Erstklässler diese Zeichenblock-Tragetasche und sagt: ‚Ihr Kind braucht das, was in dieser Tasche ist: Fasermaler, Hefte, Lineal, Anspitzer usw.‘ Der nächste Schritt: Dieser Fachhändler bereitet dann rechtzeitig für die Eltern der Schulanfänger Zeichenblock-Tragetaschen mit dem entsprechenden Material vor. Wenn die Eltern dann kommen und fragen ‚Mein Kind ist in der Klasse von Frau X‘, erhalten sie die Zeichenblock-Tragetasche gefüllt mit dem gewünschten Material. Für den besagten Fachhändler bedeutet das Rationalisierung beim Verkauf, zufriedene Kunden, einen guten Umsatz und damit einen entsprechenden Gewinn.“

Resultat eines solchen Kontakts mit den Lehrern ist dann häufig: Die Schulkinder bekommen eine vervielfältigte Liste in die Hand, auf der dann zum Beispiel steht:

„Bitte besorgen Sie für Ihr Kind in den nächsten Tagen:

1 Pelikan-Tuschkasten (12 Farben)	7,50 DM
Wachsstifte (10 Farben)	6,00 DM
Filzstifte (10 Farben)	7,00 DM
Buntstifte (10 Farben)	9,00 DM
Schnellhefter, Pinsel Hefte, Bleistifte, Zeichenblock, Radiergummi etc.	15–22 DM
	44,50–54,50 DM

Und dies ist nur ein Teil der benötigten Sachen. Hinzu kommen Bücher, Schultasche usw. Der Kapitalist dagegen, bei dem ich arbeite, und der Hersteller-Kapitalist machen dabei Riesenprofite. Liegt gewöhnlich der Umsatz bei dem Laden, in dem ich arbeite, bei 1000 bis 1200 DM täglich, so ist er in der Woche des Schulanfangs auf etwa 3000 DM pro Tag. Dazu muß man wissen, daß die „Handelsspanne“, also der Teil des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts, der für den Handelskapitalisten reserviert ist, zwischen 80 und 100 Prozent liegt. Zwei Beispiele: Ein Pelikan-Schulfüller Einkauf 6,39 DM, Verkauf 11,00 DM. Oder Pelikan Fasermaler extra-dick, Einkauf 3,90 DM, Verkauf 6,20 DM.

Die Arbeiterklasse hat keinerlei Interesse daran, daß die notwendige Ausbildung ihrer Jugend zur Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen führt. Sie hat keinerlei Interesse daran, daß ihre Jugend auf Grund der hohen Kosten noch nicht einmal die notwendigste Ausbildung erfahren kann. Sie tritt deshalb ein für die unentgeltliche Einheitsschule und für die Versorgung der Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten. – (pm, Westberlin)

Frankfurt

Kundgebung gegen § 218 in der Beratungsstelle

Frankfurt. Seit Eröffnung der Pro Familia „Musterberatungsstelle" sind dort über 250 „Beratungen" durchgeführt worden. Weniger als ein Drittel der Anträge auf eine Indikation sind genehmigt worden. Knapp 15 % erhalten nur eine Bescheinigung über die Beratung. Diese Bescheinigung ist der Beleg dafür, daß man sich bis zu 2 Stunden hat ausquetschen lassen müssen. Alle Aussagen werden auf Karteikarten festgehalten, jeder Besucher erhält eine Registriernummer. Erfaßt wird – ganz im Sinne des Gesetzgebers „umfassend" – die persönliche Situation. Auf 2 DIN-A-4-Seiten steht dann: Name, Adresse, Alter, Wohnort, Kinder, Beruf, Einkommen, Schulden, sexuelle Gewohnheiten, Krankheiten usw.

Am 26.8. gab es in diesem Geschäftsgang der Beratungsstelle eine Unterbrechung. Das Frankfurter Komitee gegen den § 218 führte vor und in der Beratungsstelle eine Kundgebung durch gegen den Strafparagrafen und gegen die Beraterstelle, als ein Mittel, ihn durchzusetzen. Gefordert wurde: Keine Registrierungen! Herausgabe und Vernichtung der Kartei!

Im Wartezimmer, in dem etwa 25 Frauen und einige Männer saßen, stießen die Komiteemitglieder mit der Leiterin der Beratungsstelle und einem weiteren Arzt zusammen. Die Leiterin verlangte, daß die Komiteemitglieder sofort die Räume verlassen sollen. Ihr Helfer ergänzt: Die Komiteemitglieder litten ja wohl unter Verfolgungswahn. Sie, die Ärzte, seien da, um zu helfen. Die Leiterin läßt eine Karteikarte in ihrer Hand hinter dem Rücken verschwinden, was bemerkt wird und die frommen Sprüche Lügen straft.

Eine der wartenden Frauen mischt sich ein: „Man muß hier aber auch mal sagen, wie man hier behandelt wird. Ich habe schon ein Kind und war wieder schwanger. Meine wirtschaftlichen Verhältnisse ließen es wirklich nicht zu, ein zweites Kind zu bekommen. Da hat man mir hier vorgehalten: ‚Ihr Kind hat doch schon so kleine Händchen und Füßchen, wollen Sie das töten?' Lange Vorträge hat man mir hier gehalten."

Während die Leiterin und ihr Helfer mit Polizei drohen, wird ein Transparent zum Fenster herausgehängt: „Weg mit dem § 218!" Auf der Straße bildet sich eine Menschenansammlung. Vom Wartezimmerfenster aus wird die Aktion erläutert. Die Leiterin der Beratungsstelle macht sich eigenhändig daran, das Transparent zu entfernen. Ihr Helfer will den Stand des Komitees vor dem Haus umwerfen und die Wandzeitungen abreißen.

Währenddessen rücken zwei Streifenwagen mit Polizei an. Die Kartei kann nicht mehr erobert werden.

Auf der Straße ist die Ansammlung zu groß und die Stimmung zu eindeutig, als daß sie es riskierte, etwas zu unternehmen. Sie können nichts ausrichten und ziehen wieder ab. Die Komiteemitglieder sammeln eine Reihe von Unterschriften unter die vier Forderungen der Komitees und verkaufen Litratur gegen den Unterdrückungsparagrafen. – (Red. nach Bericht aus Frankfurt)

Friedberg (Hessen) ... Frankfurt)

Friedberg (Hessen)

Den Sohn im Gefängnis zu Tode gebracht, die Eltern eingesperrt

Frankfurt. Im Januar 1975 war der Sohn der Familie Brunkhardt in der Jugendvollzugsanstalt Butzbach an akutem Leberversagen gestorben. Der Gefängnisarzt Dr. Maykemper hatte ihn mit Grippetabletten behandelt. Die Eltern hatten damals Strafanzeige gegen den Anstaltsleiter Künkeler und Dr. Maykemper gestellt und sich an den Frankfurter Gefangenenrat gewandt.

Anfang Juli wurde das Ehepaar Brunkhardt in Friedberg nach einem Überfall von Sicherheitsgruppe, Sicherheitskommando und Kriminalpolizei in seiner Wohnung festgenommen. Seitdem werden beide in verschiedenen Justizvollzugsanstalten gefangengehalten. Die Staatsanwaltschaft wirft Alfred und Walpurga Brunkhardt die „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", dem Frankfurter Gefangenenrat, vor sowie die gemeinschaftliche Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags gegen den Butzbacher Gefängnisarzt Maykemper.

Die Inhaftierung der Eheleute Brunkhardt ist der vorläufige Abschluß einer Verhaftungswelle

– Im Dezember 1975, 7 Tage nachdem das Verfahren gegen Dr. Maykemper wegen fahrlässiger Tötung eingestellt worden war, wurden 4 Angehörige des Gefangenenrates verhaftet.

– Im Juni, nach dem Tod des Anstaltsleiters von Butzbach, Künkeler, folgten drei weitere Verhaftungen.

Die Staatsanwaltschaft „ermittelt" gegen den Gefangenenrat wegen der Bildung einer „kriminellen Vereinigung", die „gewaltsame Revolten in den Gefängnissen plane" (aus dem Haftbefehl).

Tatsächlich hat der Frankfurter Gefangenenrat durch seine Enthüllungen den „modernen Strafvollzug" empfindlich gestört.

Schaffen bereits die „normalen" Haftbedingungen lebensbedrohliche Zustände, so sind die Gefangenen des Frankfurter Gefangenenrates und das Ehepaar Brunkhardt seit dem 13.7.76 den Maßnahmen der Isolationshaft ausgesetzt, das heißt

– 23 1/2-stündiger Aufenthalt in der Zelle,
– 30 Minuten Einzelhofgang mit einem Sicherheitsbeamten,
– keinerlei Kontakt zu anderen Mitgefangenen,
– keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen,
– vor 2 Wochen wurden in einer Zellenrazzia sämtliche Verteidigerunterlagen und persönliche Bilder und Briefe bei den Frauen beschlagnahmt,
– vor und nach Besuchen müssen sich die Gefangenen vollständig entkleiden,
– Besuche finden nur im Beisein von Beamten des Landeskriminalamtes statt, und werden nur von diesem (gewöhnlich durch das Gericht oder Staatsanwaltschaft) genehmigt,
– in der letzten Woche hat das Amtsgericht Frankfurt den Beschluß verkündet, daß nur noch 2 Briefe à 2 DIN A 4 Seiten in der Woche von den Gefangenen geschrieben und auch nur 2 Briefe empfangen werden dürfen. Die Auswahl bei mehreren Briefen trifft die Anstaltsleitung, dieselbe Regelung gilt für Bücher,
– den Verteidigern wird keine Akteneinsicht gewährt, über Beschwerden gegen diese Haftbedingungen hat bis jetzt noch kein Gericht entschieden.

– (i., Frankfurt)

Referentenentwurf zum Niedersächsischen Polizeigesetz

Maschinengewehre und Granatwerfer gegen „Menschenmengen"

Die niedersächsische Landesregierung bereitet ein Polizeigesetz vor auf der Grundlage des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder, den die Innenministerkonferenz ausgebrütet hat. Der Referentenentwurf ist mit Datum vom 1. März 1976 an die Ressortchefs der Ministerien, die kommunalen Spitzenverbände und an Verbandsvorstände mit der Aufforderung um Stellungnahme versandt worden. Der Redaktion der KVZ liegen Text und Kommentar des Referentenentwurfs vor.

„Aus rechtsstaatlichen Gründen scheint es geboten", so begründet die Landesregierung ihren Entwurf, „künftig die Art und Weise der Anwendung unmittelbaren Zwangs nicht mehr in einer Verordnung, sondern im Gesetz selber zu regeln. Besonders hat der Bürger einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Waffen die Polizei gegen ihn anwenden kann."

Es handelt sich dabei um die folgenden: „Fesseln, Wasserwerfer, technische Sperren, Diensthunde, Dienstpferde, Dienstfahrzeuge, Reiz- und Betäubungsstoffe und Sprengmittel". Das sind nach § 46, 2 die Hilfsmittel der Polizei bei der Anwendung „unmittelbaren Zwangs". Und dann die Waffen (§ 46, 3): „Schlagstock, Pistole, Revolver, Gewehr, Maschinenpistole, Maschinengewehr und Handgranate" sind angeführt als „Waffen, welche die Polizei gegen ihn (den Bürger) anwenden kann". „Andere Waffen dürfen nur zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben dürfen nur zur Abwehr einer gegen- wärtigen Gefahr für Leib und Leben angewendet werden." (§ 46, 3) Im Kommentar zum § 56 ist zu erfahren, daß zu den „anderen Waffen" auch „Granatwerfer" zu zählen sind.

Zur Begründung für diese Ausrüstung der Polizei mit allen Infanteriegefechtswaffen verweist der Kommentar der niedersächsischen Landesregierung auf das Programm der Bundesregierung: „Das ‚Sicherheitsprogramm' sieht die Ausrüstung der Polizei mit den genannten besonderen Waffen vor und verlangt insbesondere, daß die Ländergesetze die Rechtsgrundlagen für ihre Anwendung enthalten müssen." Die Formierung der Reaktion und die Bewaffnung der Konterrevolution ist zentral geplant.

Die Rechtsgrundlagen für den Einsatz der besonderen Waffen gegen das Volk legt der Gesetzentwurf in zweifacher Hinsicht fest: Indem er das Ziel freigibt und indem er die Polizisten verpflichtet, auf Kommando auch drauf zu schießen. § 51, 3 bestimmt: „Gegenüber einer Menschenmenge ist der Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten stets anzudrohen. (...) Die Androhung soll möglichst (!) so rechtzeitig vorgenommen werden, daß sich Unbeteiligte noch entfernen können." Und § 55: „Schußwaffen dürfen gegen eine Menschenmenge nur gebracht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne keinen Erfolg versprechen, § 53 Abs. 4 Satz 1 findet keine Anwendung." Dieser Absatz, der für Schußwaffeneinsatz gegen eine Menschenmenge außer Kraft gesetzt wird, lautet: „Der Schußwaffengebrauch ist unzulässig, wenn für den Beamten erkennbar Unbeteiligten mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet werden."

Die bisherigen niedersächsischen Polizeigesetze bestimmten, daß gegen eine Menschenmenge Schußwaffen eingesetzt werden durften, wenn „von der Menge Verbrechen begangen werden". Das hält das neue Polizeigesetz für „zu eng, da die Möglichkeit berücksichtigt werden muß, daß auch Vergehen ... von der Menschenmenge oder aus ihr heraus begangen werden können". – Die Kapitalisten treten niemals als „Menschenmenge" auf. Dazu sind sie zu wenige. Sie unterhalten einen staatlichen Unterdrückungsapparat, den sie für sich auftreten lassen. Die Drohung mit den Maschinengewehren und Granatwerfern dieses Unterdrückungsapparates richtet sich gegen die breiten arbeitenden Massen.

Überfallartige Durchsuchungen

Weiter legt das Gesetz fest, daß die Polizei jederzeit überfallartige Durchsuchungen auch ohne jede nachprüfbare Begründung vornehmen kann. § 21, 3: „Wohnungen, in denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung treffen oder Straftäter sich verstecken, oder Wohnungen, die der Prostitution dienen, dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr jederzeit betreten werden." Der Kommentar der Landesregierung erläutert: „Es genügt, daß die Maßnahme dem Zweck der Gefahrenabwehr im Sinne des § 1, Nr. 5 dient; eine konkrete Gefahr nach § 1, 1 braucht nicht vorzuliegen."

Der § 1, 5 bezeichnet als „Gefahrenabwehr" auch das „hoheitliche Handeln" gegen die sogenannte „abstrakte Gefahr", „eine Gefahr, die nach allgemeiner Lebenserfahrung oder den anerkannten Erkenntnissen nach allgemeiner Lebenserfahrung oder den anerkannten Erkenntnissen sachverständiger Stellen mit Wahrscheinlichkeit zu Schäden für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung führen könnte". „Dabei kann die Erfahrung, daß bestimmte Lebenssachverhalte gefährlich sind, allgemein, also für jeden Laien, erkennbar sein, sie kann aber auch auf den Erkenntnissen spezieller sachverständiger Stellen beruhen." Die allgemeine Lebenserfahrung von Polizeioffizieren und die „anerkannten Erkenntnisse" ihrer Schnüffler von der politischen Polizei bis zum Verfassungsschutz werden mit Sicherheit jedes Streiklokal von Arbeitern als Herd einer „abstrakten Gefahr" ansehen. Zum Zweck der „Gefahrenabwehr" ist jederzeit eine Durchsuchung möglich. Einschließlich der „Identitätsfeststellung" nach § 12, der „eine eindeutige Rechtsgrundlage für die sogenannte Razzia bilden soll, bei der ... ein konkreter Verdacht gegen die zu überprüfenden Personen nicht vorzuliegen braucht".

Im Zusammenhang mit dieser Ausweitung der Durchsuchungs- und Überprüfungswillkür der Polizei wird auch gleich das bisherige bedingte Verbot der überfallartigen nächtlichen Wohnungsdurchsuchung aufgehoben: „... ist auf eine weitere Einschränkung (der Eingriffsvoraussetzungen) für die Nachtzeit verzichtet worden".

Nicht jeder, der sich für die Polizei hat werben lassen, ist davon ausgegangen, daß Terrorisierung der arbeitenden Bevölkerung und Schießen auf demonstrierende Arbeiter zu seinen Dienstpflichten gehören könnte. Auch der Punkt muß also im Gesetz eindeutig klargestellt werden. § 49, 1: „Die zur Anwendung unmittelbaren Zwangs befugten Personen sind verpflichtet, unmittelbaren Zwang anzuwenden, der von einem Weisungsberechtigten angeordnet wird."

Wer der Meinung sein sollte, bei der Aufrüstung des Polizeiapparates und der Erweiterung seiner Befugnisse gegen die arbeitenden Massen, handle es sich um eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, der ist im Irrtum. Diese Polizei mit ihren Maschinengewehren und Granatwerfern mit nächt- Diese Polizei mit ihren Maschinengewehren und Granatwerfern, mit nächt- lichen Durchsuchungen und Razzien, ist ein Instrument, das zur Sicherung des bürgerlichen Rechtsstaates, des Privateigentums und der kapitalistischen Ausbeutung unentbehrlich ist. Wie peinlich die Grundsätze des freiheitlich-sozialen Rechtsstaates auch in diesem Polizeigesetz gewahrt sind, mag man aus seinem § 59 ersehen: „Im Falle der Tötung sind ... die Kosten der Bestattung demjenigen auszugleichen, dem die Verpflichtung obliegt, diese Kosten zu tragen." – (wm)



Heidelberg. Am 2.9. will der Oberbürgermeister Zundel (SPD) den Ausschluß der Kommunistin Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat beschließen lassen. Der KBW-Stadträtin soll wegen ihrer gezielten Angriffe auf die Bourgeoisie in Heidelberg und ihre politischen Lakaien im Rathaus das Heidelberger Bürgerrecht aberkannt werden. Als Antwort hat Helga Rosenbaum eine Erklärung abgegeben, in der sie betont, daß sie gewählt wurde mit dem Auftrag, gegen die Bourgeoisie vorzugehen und nicht mit ihr zusammenzuarbeiten. Die Erklärung wurde in der ganzen Stadt plakatiert und in Aktionen an mehreren Punkten der Stadt verlesen. (vgl. Bild)

Demonstration gegen Polizeirazzia und Maulkorbgesetze

Bochum. Am 25. August demonstrierten in Bochum 350 für die sofortige Freilassung von Thomas Kram, dem Geschäftsführer des „Politischen Buchladens", und gegen die Maulkorbparagraphen 88 a und 130 a. Kram war im Rahmen des Überfalls von Staatsschutzkommandos auf zehn Buchhandlungen festgenommen und in Karlsruhe inhaftiert worden, weil in der Buchhandlung Literatur vertrieben wurde, die gegen die Maulkorbparagraphen verstoßen habe. Eingeleitet war die ganze Aktion durch den Generalbundesanwalt Buback. Überall, wo der Überfall in der Stadt bekannt gemacht wurde, wurde er verstanden als erster Versuch, die neu geschaffenen Maulkorbparagraphen anzuwenden. Das ist der Grund, warum es gelang, in der kurzen Zeit über 300 gegen den Angriff der Reaktion zusammenzuschließen. Buback, der die Aktion nicht zufällig in die Urlaubszeit gelegt hat, hatte sich verrechnet. Während es noch am Mittwoch hieß, die Inhaftierung Krams werde noch einige Wochen andauern, war damit nach der Demonstration Schluß. Am Donnerstag mußte Kram entlassen werden. Unter der Forderung „Sofortige Freilassung von T. Kram!", „Weg mit den Maulkorbparagraphen!" und „Weg mit dem KPD-Verbot!", unter denen der KBW zu der Demonstration – neben AStA und Buchladenkollektiv – aufgerufen hatte, demonstrierten 150.

Focke: Keine Klage gegen generelles Abtreibungsverbot

Die Beschlüsse verschiedener Kreistage in Baden-Württemberg, Schwangerschaftsabbrüche in öffentlichen Krankenhäusern wegen „sozialer Indikation" generell zu verbieten, sind durch das neue Strafgesetz 218 gedeckt, das die Volksmassen wegen Schwangerschaftsabbruch mit Strafe bedroht, während es dem Staat die willkürliche Befugnis zum Schwangerschaftsabbruch einräumt. Jetzt hat auch die Bundesgesundheitsministerin Focke zugestanden, daß das generelle Verbot der Abtreibung durch das von SPD und FDP verabschiedete neue Strafgesetz 218 gedeckt ist: Im „Hamburger Abendblatt" vom 14.8. erklärte sie: „Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, verfassungsrechtlich prüfen zu lassen, ob etwas verboten werden kann, was das Gesetz erlaubt." Auf die gerichtliche Feststellung wird verzichtet, damit der Betrug mit der Reform des § 218 nicht allzu schnell auffliegt.

Aus der polizeilichen Kriminalstatistik

Im Jahre 1975 registrierte die Polizei fast 3 Millionen Verstöße gegen die Strafgesetze der bürgerlichen Klasse. Dabei haben die Eigentumsdelikte mit fortschreitender Verelendung breiter Massen weiter rasch zugenommen. Fast 70 Prozent der registrierten Straftaten sind Diebstähle. Zugleich wird zersetzt die Autorität des Staates. Mit einer Steigerung von 20 Prozent gegenüber 1974 sind die Delikte „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Straftaten gegen die öffentliche Ordnung" rascher angestiegen als anderen Delikte. Auf der anderen Seite drückt sich in der Kriminalstatistik die direkt geförderte Zügellosigkeit des Staatsapparates gegen die Volksmassen aus. Die „Straftaten im Amt" sind am stärksten gesunken von allen Delikten. Der Staat deckt seine Funktionäre immer besser, wenn diese auf die Volksmassen losgehen und sich mit den ihnen gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten der Unterdrückung nicht zufriedengeben. (Nach: Neue Juristische Wochenschrift, 18. Juni)

Einen Vermieter als Ausplünderer zu bezeichnen verstößt gegen die verfassungsmäßige Ordnung

Hannover. Am 18.8. hat das Landgericht Hannover die Verurteilung von Gerhard Held, Bundestagskandidat des KBW in Hannover, durch das Amtsgericht wegen Beleidigung bestätigt. Danach wird wegen Beleidigung bestraft, wer über einen Vermieter schreibt, er sei ein Ausplünderer. Oder – wie hier – RCDS-Mitglied und CDU-Stadtratskandidat Apel lebe von der Häuserverwaltung und damit von der Ausplünderung anderer. Das Gericht erklärte, die Bezeichnung als Ausplünderer sei eine persönliche Herabsetzung. Sie bedeute, daß jemand einem anderen etwas unrechtmäßig und gewaltsam raubt. – Dem hat Gerhard Held zugestimmt und darauf hingewiesen, daß das heutige Privateigentum an Grund und Boden durch gewaltsame Enteignung ursprünglich entstanden ist und nur unter dem Schutz der staatlichen Gewalt fortbestehen und Mietzins von der arbeitenden Bevölkerung erheben kann. Man müsse diese Eigentümer herabsetzen und mehr, man müsse auf ihre Enteignung hinarbeiten und dazu den bürgerlichen Staat, der sie schützt, zerschlagen. Den Gebrauch solcher Begriffe erklärte das Gericht für verboten. Wörtlich: „Das verstoße gegen die verfassungsmäßig garantierte Ordnung", wobei das Gericht sich auf das KPD-Verbotsurteil bezog.

Richtlinie zum Studentenwerk:

Unverhüllte Reaktion

Durch das Studentenwerksgesetz hat sich die baden-württembergische Landesregierung 1974 die unbeschränkte Verfügungsgewalt über die studentischen Sozialeinrichtungen genommen und zu diesem Zweck die Studentenwerke in Anstalten des öffentlichen Rechts „umgewandelt", was so viel heißt wie in Anstalten des bürgerlichen Staates. Diese Einrichtungen (Räume, Mensen, Wohnheime, Kindergärten) werden von den Studenten, die auf sie angewiesen sind und auch für sie aufkommen, benutzt, während der Staat die Verfügungsgewalt über die studentischen Sozialeinrichtungen dazu verwendet, um die Studenten auszuplündern und den Zwecken der bürgerlichen Klasse zu unterwerfen. Der Gegensatz zwischen der Masse der besitzlosen Studenten und dem bürgerlichen Staat als Vertreter der Kapitalistenklasse kennzeichnet die Situation in den studentischen Sozialeinrichtungen. Die Studenten sind in vielen Aktionen und Streiks für ihre Interessen gegen die Preiserhöhungen und gegen die Unterdrückung der politischen Freiheiten in den studentischen Sozialeinrichtungen durch den bürgerlichen Staat eingetreten. Das baden-württembergische Kultusministerium hat jetzt in einem Referentenentwurf Benutzungsrichtlinien für die studentischen Sozialeinrichtungen ausgearbeitet, die bezwecken, diese Einrichtungen endgültig in staatliche Kasernen zu verwandeln, und aus jeder einzelnen Richtlinie kann man das Interesse des bürgerlichen Staates an der Ausplünderung und Unterdrückung der Studentenmassen ungehindert herausschmecken. Die Hochschulen sollen bis zum 15. September Stellungnahmen zu dem Entwurf verabschieden, der offensichtlich zu Beginn des Wintersemesters in Kraft treten soll. Im folgenden zitieren wir die wichtigsten Paragraphen dieses Entwurfs.

Einschränkung der politischen Freiheiten in den Räumen des Studentenwerks:

§ 2 Abs. 2: *„Für politische Veranstaltungen dürfen Räume nur überlassen werden, wenn die Veranstaltungen hochschulbezogen sind. Hochschulbezogen sind Veranstaltungen, die von Mitgliedern einer Hochschule oder von der Studentenschaft im Rahmen des § 60 Abs. 2 Hochschulgesetz bzw. § 36 Kunst-Hochschulgesetz getragen werden und zu denen ausschließlich Mitglieder von Hochschulen Zutritt haben."*

Für die bürgerlichen Parteien und ihre Studentenzöglinge kann der staatlich bestallte Geschäftsführer freilich Ausnahmen bewirken:

stallte Geschäftsführer freilich Ausnahmen bewirken:

Abs. 3: *„Für nicht hochschulbezogene politische Veranstaltungen dürfen Räume nur in besonderen Ausnahmefällen überlassen werden. Für derartige Veranstaltungen hat der Geschäftsführer die Verantwortung zu übernehmen."*

Grundsätzlich werden alle Veranstaltungen und Versammlungen der Studenten auf die Verfassung des kapitalistischen Privateigentums festgelegt:

Abs. 4: *„Räume dürfen nicht überlassen werden, wenn damit zu rechnen ist, daß die Veranstaltung rechtswidrigen oder verfassungsfeindlichen Zielen dient. Dasselbe gilt, wenn in Zusammenhang mit der Veranstaltung mit strafbaren oder ordnungswidrigen Handlungen zu rechnen ist."*

Prüfung von Veranstaltungen auf Verfassungsmäßigkeit:

Abs. 5: *„Den Anträgen zur Überlassung von Räumen für politische Veranstaltungen sind hinreichend konkrete Angaben über Träger, Thema und Hauptredner der Veranstaltung beizufügen. Die Anträge sind spätestens 1 Woche vor Ankündigung der Veranstaltung dem Studentenwerk bzw. dem Kultusministerium vorzulegen."*

Die Polizei bestimmt das Maß der Meinungsfreiheit in Mensa und Studentenwohnheim:

§ 5 Abs. 1: *„Der Aushang von schriftlichen Informationen ist im Rahmen der strafrechtlichen und polizeirechtlichen Vorschriften auf den vom Studentenwerk besonders ausgewiesenen Anzeigeflächen zulässig.*

Abs. 2: *„Die Verteilung von Schriften, das Sammeln von Unterschriften, Bestellungen usw. sowie Lautsprecherdurchsagen sind im Rahmen der strafrechtlichen und polizeirechtlichen Vorschriften an besonders ausgewiesenen Standorten mit Zustimmung des Studentenwerks zulässig."*

Der bürgerliche Staat kann politisch mißliebige Studenten von der Benutzung der studentischen Sozialeinrichtungen aussperren:

§ 8: *„Bei wiederholten Verstößen gegen die Benutzungsordnung kann das Studentenwerk gegen den Störer nach Androhung ein Hausverbot aussprechen."*

Jede Kontrolle der Studentenschaft über ihre Wohnheime wird für rechtswidrig erklärt:

§ 12 Abs. 2: *„Die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des Studentenwerks zum Betrieb des Wohnheims werden durch solche Einrichtungen (Wohnheimgremien) nicht berührt. Insbesondere ist das Studentenwerk an deren Beschlüsse nicht gebunden."*

§ 18: *„Bei wiederholten schwerwiegenden Verstößen eines Heimbewohners gegen die Richtlinien oder gegen die Benutzungsordnung ist unverzüglich vom Kündigungsrecht Gebrauch zu machen."*

Ausbildungsförderung:

Dann mußte ich zum Sozialamt

Celle. „In der Rezession ist Hochkonjunktur im Sozialamt" – schreibt die „Cellesche Zeitung" (24. Juli). Insgesamt 1260 Personen hängen inzwischen in Celle von der Sozialhilfe ab.

Stadtrat Grüner (SPD) meint dazu: „Es wären noch viel, viel mehr, wenn wirklich jeder zu uns käme, der nach dem Gesetz Anspruch auf Unterstützung hat. Mancher öffentliche Etat geriete ins Wanken." Das ist dreist. Der Herr Stadtrat gibt den bürgerlichen Staat als Märchenkönig aus, der seinem Volk soviel gibt, daß er selbst in Lumpen gehen muß. Das folgende Interview mit einem Arbeiter, der nach Abschluß seiner Lehre als Plakatmaler die Fachoberschule besuchte, zeigt, was es tatsächlich mit der Ausbildungsförderung und der Sozialhilfe auf sich hat.

Aus was für einer finanziellen Situation heraus mußtest Du einen Antrag auf Sozialhilfe stellen?

Ich bekam 380 DM BAFöG. An Miete mit Heizung mußte ich im Monat 233,75 DM aufbringen. Von den 136,25 DM, die ich im Monat frei zur Verfügung hatte, mußte ich Schulbücher, Kleider, Reinigungsmaterial und Lebensmittel kaufen. Geld für ein Bier oder Zigaretten waren kaum drin. So ist es nicht selten vorgekommen, daß ich mir Haferflocken, die Packung für 49 Pfennig, holte und mit ein wenig Wasser oder Milch und etwas Zucker verrührte. So habe ich oft am Monatsende gelebt. Es ging mir so, daß ich 150 DM in der Tasche hatte und mich umschaute, was ich im Laden dafür bekam.

Was für Unterlagen mußtest Du alles ausfüllen, um Geld vom Sozialamt zu bekommen?

Einen Antrag auf Sozialhilfe, in dem war unter anderem die Frage, was denn meine Verwandten alles verdienen. Dann: einen handgeschriebenen Lebenslauf, BAFöG-Bescheinigung, Geburtsurkunde, Abgangszeugnis der Volksschule, Zeugnis von der Berufsschule, den Gesellenbrief und den Mietvertrag. Das war so, glaube ich, das Wesentliche. Es wurde von einem praktisch gefordert, das Innerste nach außen zu kehren.

Was für Zeit verstrich, ehe Du über-

Was für Zeit verstrich, ehe Du überhaupt Geld vom Sozialamt bekommen hast? Wie bist Du zwischenzeitlich über die Runden gekommen?

Ich bin hingegangen und habe den Antrag gestellt, das war so August 75. Dann fehlte da irgend was und ich mußte nochmal hin. Da ich aber jetzt total pleite war und total kaputte Schuhe hatte, brauchte ich unbedingt Geld. Da haben sie mir 200 DM gegeben. Da konnte ich mir Schuhe und mal was Vernünftiges zu essen kaufen. Später habe ich dann nochmal nachgefragt. Im November war ich dann gezwungen, mit der Schule aufzuhören. Ewig dieses lange Warten auf dem Sozialamt – und mittlerweile hatte ich auch noch Mietschulden. Da versuchte ich dann, eine Arbeit zu finden. In meinem Beruf war nichts. Da bin ich dann ans Band gegangen bei Schallschluck. Das war aber schon im März. Im März bekam ich dann auch meine Unterlagen zurück: Der Antrag hätte sich ja nun selbst erledigt. Ich habe später erfahren, daß mein Antrag in einen Schrank gelegt wurde. – (Aus: Regionalbeilage Hannover der KVZ Nr. 33/76)



Tübingen. Wie in der letzten KVZ berichtet, haben die Tübinger Studenten, die einen Rückmeldeboykott gegen die Koppelung der Bezahlung der Ersatzgelder an die Rückmeldung durchführen, durch Einsendung von über 2700 Rückmeldeunterlagen beim Ersatzgeldkomitee, das den Boykott organisiert, entschieden, den Rückmeldeboykott fortzuführen. Die Universitätsverwaltung hat daraufhin das BAFöG-Amt verpflichtet, den boykottierenden Studenten die Bezahlung der Ausbildungsförderung ab Oktober zu verweigern. Dagegen haben die Studenten jetzt die Forderung nach Anerkennung der vom Ersatzgeldkomitee ausgestellten Rückmeldebescheinigungen durch das BAFöG-Amt erhoben.

Der „bestimmte Mindestbedarf"

690 DM monatlich braucht nach dem Jahresbericht 75 des Deutschen Studentenwerks ein Student im Zeitraum 1976/77 als Mindestsatz zur Finanzierung der Kosten seines Studiums. 550 Mark ist dagegen der Satz, von welchem bei der Förderung nach dem BAFöG in diesem Zeitraum ausgegangen wird. Weiterhin hat das Deutsche Studentenwerk errechnet, daß infolge des Abbaus der Ausbildungsförderung durch das Haushaltssicherungsgesetz im Bewilligungszeitraum 76/77 rund 10 bis 15 % der bisherigen teilgeförderten BAFöG-Bezieher aus der Förderung herausfallen und daß bei rund zwei Dritteln der BAFöG-Bezieher Kürzungen zwischen 50 und 100 DM eintreten. Gefragt, was sie von diesen Berechnungen des Deutschen Studentenwerks halte, erklärte die Bundesregierung: „Das Deutsche Studentenwerk hat nach Kenntnis der Bundesregierung nicht einen bestimmten Mindestbedarf ermittelt, sondern aufgrund der von den Studenten gemachten Angaben die durchschnittlichen tatsächlichen Ausgaben der Studenten festgestellt und diesen Satz auf das Jahr 1976 hochgerechnet", der aber sei zu hoch, um als Mindestbedarf zu gelten. Daß der bürgerliche Staat die „tatsächlichen Ausgaben" der Studenten für zu hoch hält, um daran die Ausbildungsförderung auszurichten, wirft ein Schlaglicht auf das, was er „Mindestbedarf" nennt. Denn sind zum einen die tatsächlichen Ausgaben der Studenten im Verhältnis zum Mindestbedarf höchstens zu niedrig, keineswegs aber zu hoch, weil man bloß ausgeben kann, was man hat, nicht aber, was man braucht, so sind ihm auch noch diese tatsächlichen Ausgaben zu viel. Offensichtlich ist der bestimmte „Mindestbedarf", der für den Zeitraum 76/77 550 Mark beträgt, so berechnet, daß er hinten und vorne nicht zur Bestreitung der Kosten des Studiums und Lebensunterhalts reicht. 1974 betrug der durchschnittliche BAFöG-Satz der Studenten 151,83 Mark. Man weiß also, was man davon zu halten hat, wenn die Bundesregierung in derselben Erklärung zum besten gibt: „Die Sorge um die soziale Lage der Auszubildenden hat für die Bundesregierung unverändert eine besondere Priorität." (Bundesdrucksache 7/5687) Sie bemißt die Ausbildungsförderung so, daß die besitzlosen Studentenmassen dadurch in eine Zwangslage gebracht werden, die der bürgerliche Staat für ihre verschärfte Unterdrückung ausnutzen will.

Rationalisierung beim Studentenwerk Tübingen

„Bloß eine Formalität"

Tübingen. Im Studentenwerk Tübingen arbeiten etwa 300 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Gegen den Widerstand der Studenten und Teile der Beschäftigten hat der Staat diesen Betrieb unter sein Kommando gebracht und von einem eingetragenen Verein umgewandelt in eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Begonnen hat er daraufhin auch die im gesamten öffentlichen Dienst eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen bei uns einzuleiten.

Vor einer Woche wurde uns ein Papier vorgelegt, auf dem unsere einzelnen Arbeitsabläufe bis ins kleinste zergliedert aufgezählt waren. Zu jedem Arbeitsgang war die dafür „durchschnittlich aufzuwendende Zeit" in Prozent bis auf 2 Stellen hinter dem Komma angegeben.

„Bloß eine Formalität" wurde uns dazu gesagt, und wir sollten das unterschreiben, das könnte zu einer höheren Eingruppierung und mehr Lohn führen.

Offensichtlich war aber, daß es sich hierbei um ein übles Manöver handelt. Vor 6 Wochen hatte der Geschäftsführer des Studentenwerks, Dr. W. Kralewski, auf einer Personalversammlung gedroht: *„Es hat zu hohe Eingruppierungen gegeben. Daraus sind Ungerechtigkeiten entstanden, die nun wieder in Ordnung gebracht werden müssen."* In unserer Arbeitsgruppe haben wir diskutiert, was die mit diesen Formularen „in Ordnung" bringen wollen, und wir haben uns geeinigt, die Formulare nicht zu unterschreiben.

Da wurde aus der „bloßen Formalität" plötzlich eine Existenzfrage. Der Personalchef Hauser ließ uns ausrichten, er werde schon eine Möglichkeit finden, jedem zu kündigen, der das Papier nicht unterschreibt.

Mit dem Argument, es handle sich um eine „bloße Formalität", und dem Köder, man werde höher eingruppiert, wenn man unterschreibt, ist es der Studentenwerksleitung gelungen, diesmal vom größten Teil der Belegschaft die Unterschrift zu erhalten. Nachdem aber klar geworden ist, welcher Köder da ausgelegt wird, um die Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen, ist ein erster Schritt gemacht, um diese Manöver aufzudecken und ihnen entgegenzutreten. Im Verlauf der Auseinandersetzung um die Unterschrift für das Formblatt hat eine Kollegin den Antrag auf Aufnahme in die ÖTV gestellt. Vier Kollegen konnten dafür gewonnen werden, die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. – (g., KSO Tübingen)

„Keine amerikanische Besonderheit"

In der KVZ Nr. 34 werden die Untersuchungen amerikanischer Wissenschaftler enthüllt, wonach Erdbebenvorhersagen vor allem dem Profit schaden und deshalb tunlichst zu unterlassen sind. Dieses Dokument der abgrundtiefen Verkommenheit der bürgerlichen Wissenschaft im Zeitalter des Imperialismus ist nun aber keineswegs eine amerikanische Besonderheit. Die westdeutschen Seismologen stehen ihren Kollegen in nichts nach. So kann man etwa auf der Seite 129 des Standardwerkes „Erdbeben. Entstehung – Ausbreitung – Wirkung" von Götz Schneider das folgende lesen: „Selbst wenn diese Möglichkeit (der Erdbebenvorhersage) heute bestünde, müßte die Frage gestellt werden, welche Konsequenzen man aus einer solchen Voraussage überhaupt zu ziehen gewillt wäre. Die Evakuierung von Großstädten z.B. dürfte Probleme aufwerfen, die nur schwer zu lösen sind. Hinzu kommen außerdem wirtschaftliche Verluste, durch Panik entstehende Katastrophen, die mit der Erdbebenwirkung selbst unter Umständen in keinem Zusammenhang mehr stehen."

Diese Sätze sind eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit der Aussage der chinesischen Kommunisten, daß es im Kampf um die Beherrschung der Natur entscheidend ist, welche Klasse die politische Macht in Händen hat. Solange die Kapitalistenklasse herrscht, wird die Furcht vor „wirtschaftlichem Verlust" der entscheidende Hemmschuh sein, der die planmäßige Erforschung und Beherrschung der Naturgewalten verhindert. – (m., Rödelheim)

„Heisenberg-Programm" für imperialistische Forscherelite

Die Präsidenten der 5 wichtigsten Forschungsorganisationen der westdeutschen Bourgeoisie haben sich jetzt für ein Sonderprogramm für „die Auswahl und gezielte Förderung junger qualifizierter Wissenschaftler auf den verschiedenen Stufen ihrer wissenschaftlichen Entwicklung" stark gemacht. In der 1. Stufe des Programms sollen jährlich „300 Inhaber von Forschungsstipendien oder Zeitverträgen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Großforschungseinrichtungen und der Hochschulen" ausgewählt werden zu „Heisenberg-Stipendiaten". Jeder bekommt 4000 DM Handgeld, die „er nach seiner Entscheidung für Reisekosten, Sachmittel oder Bücherkäufe verwenden kann". Die Stufe 2 des Programms sieht die Schaffung von jährlich 200 „Heisenberg-Professuren" vor. Die mit einer solchen Stelle auf 10 Jahre „Beliehenen" sollen dafür jährlich 62000 DM Gehalt und 6000 DM „Sachbeihilfe" kassieren.

Die Bourgeoispresse ist voll des Lobes: „Es wird ... allmählich zu einer Elitebildung und zur Entstehung neuer, leistungsfähiger Wissenschaftszentren in einzelnen Disziplinen führen. (...) Ein weiterer Vorteil", so preist die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das Programm an, „ist darin zu sehen, daß die Stipendiaten vorübergehend auch Aufgaben in der Industrie, in Organisationen und Behörden und im Ausland übernehmen können". Die Bourgeoispresse sieht in diesem Programm eine Neuauflage der „Notgemeinschaft der Deutschen Wirtschaft" aus den zwanziger Jahren und Mittel, um die Schlagkraft der Expansion des westdeutschen Imperialismus abzusichern: „Besagt er (der Grundgedanke des Programms) doch nicht mehr und nicht weniger, als daß eine Nation eine wissenschaftliche Elite heranbilden muß, wenn sie ihr Forschungspotential optimal entfalten will." (Die Welt) Die bürgerlichen Parteien haben dieses Programm entsprechend einhellig begrüßt. Der Bildungsminister der SPD/FDP-Regierung, Rohde, hat es bezeichnet als „konstruktive Grundlage": dieses Sonderprogramm zur Rekrutierung einer den Imperialisten bis aufs Blut ergebenen Forschergang ist die Kehrseite der Unterdrückung der besitzlosen Studentenmassen durch die Kapitalistenklasse.

„Die Studierenden der Medizin sind verpflichtet, die Hausordnung einzuhalten, den innerbetrieblichen Frieden und insbesondere bei Arbeitskämpfen Neutralität zu wahren", heißt es in einem Merkblatt des Berliner Senats für die Durchführung des Praktischen Jahres der Medizinstudenten. Billige und von der Belegschaft abgespaltene Arbeitskräfte erweisen sich hier als Zweck der Einführung des Praktischen Jahres für die Medizinstudenten.

schen Jahres für die Medizinstudenten.

Köln. Wie bereits in der letzten KVZ berichtet, hat das Rektorat mitten in den Semesterferien die Rückmeldefrist, die bis zum 21. Oktober dauerte, auf den 24. September vorverlegt. Wer sich nicht bis zum 24.9. zurückmeldet, soll exmatrikuliert werden. Inzwischen hat auf Initiative der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) der AStA gemeinsam mit den Sprecherräten eine Erklärung herausgegeben, in der gegen die schikanösen Maßnahmen protestiert wird und die Beibehaltung der alten Rückmeldefrist gefordert wird. Aufgerufen wird zu einer Versammlung Ende September, um geeignete Kampfmaßnahmen zu beschließen.

100000 Studienplätze sollen nach dem 6. Rahmenplan für den Hochschulausbau, der im Juli verabschiedet wurde, von 1977 bis 1980 neu gebaut werden. So trägt der Bund „seinen Teil zur Öffnung der Hochschulen bei", ließ Bildungsminister Rohde erklären (Informationen Bildung und Wissenschaft Nr. 7/1976). „Vorgesehen ist im Planungszeitraum von 1977 bis 1980 ein Flächenzuwachs von rund einer Million Quadratmeter Hauptnutzfläche", womit 100000 Studienplätze geschaffen würden. Der Flächenrichtwert pro Studienplatz beträgt damit 10 Quadratmeter. Tatsächlich handelt es sich bei diesen 100000 Studienplätzen um ein plumpes Betrugsmanöver. Nach Angaben Rohdes (Informationen Bildung und Wissenschaft Nr. 12/1975) waren Ende 1974 bei einer Hauptnutzfläche von 8,4 Millionen Quadratmeter „nach heutigem Flächenrichtwert fast 700000 Studienplätze vorhanden". Folglich betrug der Flächenrichtwert zu dieser Zeit mindestens 12 Quadratmeter pro Studienplatz und wurde jetzt in der 6. Rahmenplanung einfach auf 10 Quadratmeter gesenkt, um mehr Studienplätze vorweisen zu können.

Zu dem Artikel **„Bürgerliche Naturwissenschaft auf Zauberwegen"** in der KVZ Nr. 32, Seite 10, sind bei der Redaktion verschiedene Zuschriften und Stellungnahmen eingegangen. Diese Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Naturwissenschaft wird in der nächsten Ausgabe von „Kommunismus und Klassenkampf" dokumentiert und weitergeführt. Redaktionsschluß für diese Ausgabe von „Kommunismus und Klassenkampf", bis zu dem weitere Zuschriften zu dieser Auseinandersetzung aufgenommen werden können, ist der 12. September.

„Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit erstens der revolutionären nationalen Aufstände und Kriege, zweitens der Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens der Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen usw." (W.I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, September 1916. In: Gesammelte Werke, Band 23, Seite 72 – 83)



Zimbabwe – Befreiungskämpfer bereiten sich in einem Ausbildungslager in Mozambique auf den revolutionären Kampf gegen das rhodesische Siedlerregime und den Imperialismus vor, die Zimbabwe beherrschen.

Ruf zu den Waffen

Kommt, ihr Massen Zimbabwes!
Kommt Landsleute!
Kommt zum Chimurenga
Und schlagt die Weißen!

Die Feinde, die Weißen,
Nennen euch billige Arbeitskräfte
Sie nennen euch Diener.

Sie nennen euch „Kaffer", Holzfäller
Und Wasserträger
Sie nennen euch alles Mögliche.

Ihr seid unterdrückt und unterjocht
Ihr werdet ungerecht behandelt
Und zur Arbeit gezwungen.
Euch werden die Früchte eures Landes
Und eurer Arbeit geraubt.

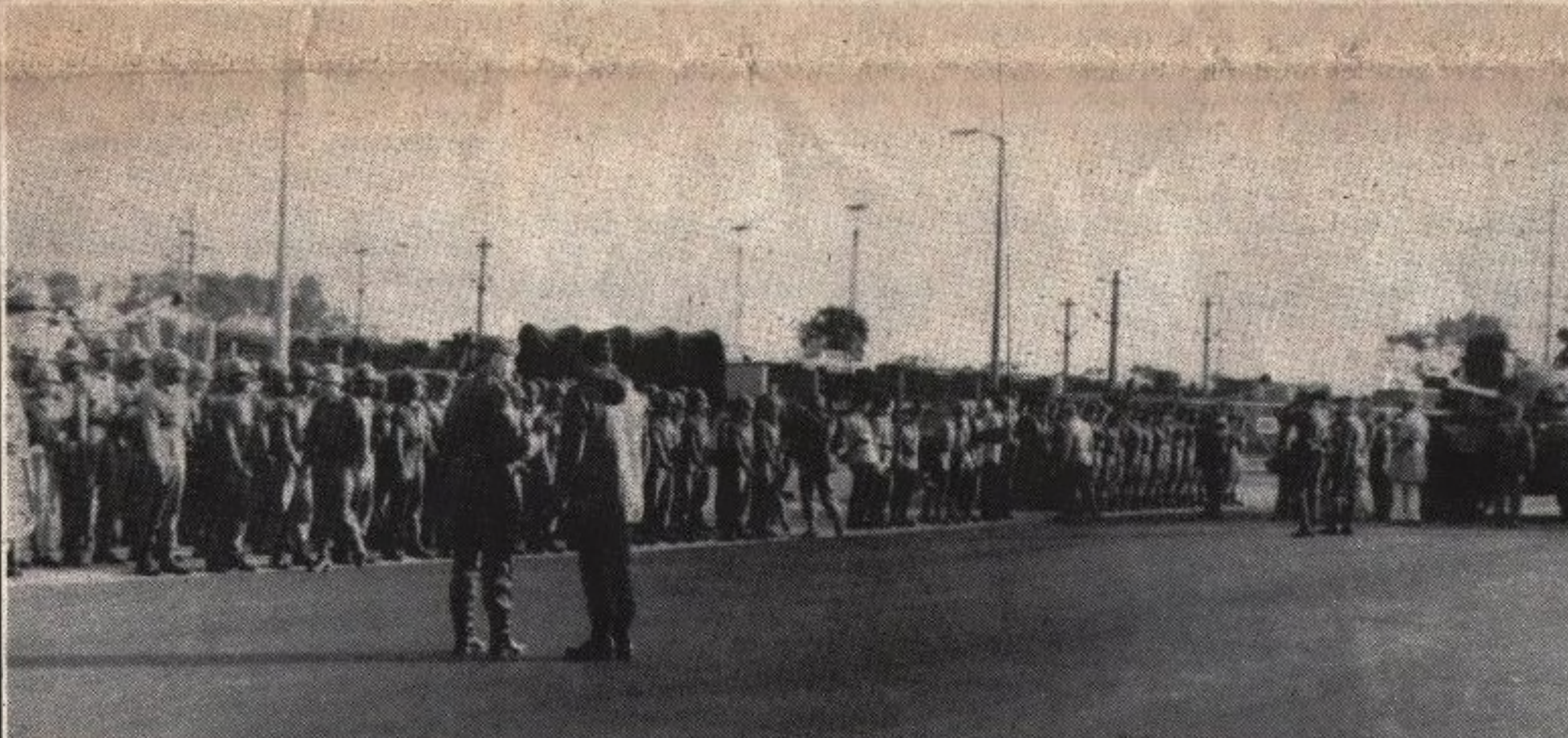
Kommt ihr Bauern, ihr Proletarier!
Kommt ihr Arbeiter und ihr Jungen!
Kommt alle jungen Menschen

Kommt, schließt euch der Revolution an!
Schließt euch dem Chimurenga an!
Schließt euch dem Kampf an
Für die nationale Befreiung!

Vereint euch unter der Fahne
Der ZANU und besiegt den Feind!
Unter das Banner der ZANU
kommt,
Kämpft für die nationale Befreiung!

Kommt ihr Volksmassen!
Kommt ihr Massen Zimbabwes!
Unsere Aufgabe ist,
Einen Volkskrieg zu führen. Kommt alle!

„Wir sind unsere eigenen Befreier"!
„Durch direkte Konfrontation"!
Kommt alle, denn das ist euer Krieg!



Vorbereitung auf den imperialistischen Aggressionskrieg: Im Oktober 1975 führte US-imperialistische Marineinfanterie gemeinsame Übungen mit den Truppen des westdeutschen Imperialismus durch. Bild: Empfang der „Ledernacken" durch Bundeswehreinheiten in Bremerhaven.

Ob's stürmt oder schneit (Panzerlied)

1. Ob's stürmt oder schneit, ob die Sonne uns lacht,
Der Tag glühend heiß oder eiskalt die Nacht,
bestaubt sind die Gesichter,
doch froh ist unser Sinn, ist unser Sinn,
es braust unser Panzer im Sturmwind dahin.
5. Und läßt uns im Stich einst das treulose Glück
und kehren wir nicht mehr zur Heimat zurück;
trifft uns die Todeskugel,
ruft uns das Schicksal ab, ja Schicksal ab,
dann wird uns der Panzer ein ehernes Grab.

Weit ist der Weg zurück

Weit ist der Weg zurück ins Heimatland,
ja weit, so weit.
Dort bei den Sternen überm Waldesrand
lacht die alte Zeit.
Jeder brave Grenadier
sehnt heimlich sich nach dir.
Ja, weit ist der Weg zurück ins Heimatland,
ja weit, so weit.

Wenn wir marschieren

Wenn wir marschieren, ziehn wir zum deutschen Tor hinaus,
schwarzbraunes Madel, du bleibst zu Haus.
Darum mein Madel, Madel, wink, wink, wink!
Unter einer grünen Lialind sitzt ein kleiner Fink, Fink, Fink,
singt nur immer: Madel, wink!

Aktion „Heiliger Geist" gegen Stabsunteroffizier

„Meuterei und tätlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten"

Hemer. Bei unserem letzten Übungsplatzaufenthalt in Bergen-Hohne kam es zu folgendem Vorfall: Einige Mannschaftsdienstgrade in der 4. Kompanie des Panzerbataillons 402 starteten eines Nachts heimlich eine Aktion „Heiliger Geist". Es ging darum, mit schwarzer Schuhcreme einem Stabsunteroffizier eins auszuwischen, weil er gegen die Mannschaften „gearbeitet" hatte. Er seilte sich bei Tätigkeiten ab, wo er anpacken hätte können, und drückte sich vor der Arbeit. Die Aktion flog auf, weil einer erkannt wurde.

Wenig später stürmte der Spieß in die Zimmer und weckte auch unbeteiligte Soldaten! Als die „Übeltäter" sich stellten, wurden sie die halbe Nacht verhört. Der Spieß drohte mit dem Truppendienstgericht bei einem solchen Fall von „Meuterei und tätlichem Angriff gegen einen Vorgesetzten", weil er Angst hatte, „ihm könne ja dasselbe passieren", wenn man nicht „einschreiten würde". Außerdem wurde ein absolutes Alkohol- und Kantinenverbot für den Rest der Übung für **alle** Mannschaftsdienstgrade ausgesprochen.

Am nächsten Tag war der Vorfall natürlich das einzige Gesprächsthema. Es wurde viel über die Hintergründe der Aktion diskutiert, sogar bei den Unterführern. Es wurde darüber gesprochen, daß zwar laut Vorschrift „die Unterführer nur die Aufgabe haben, die Mannschaften anzuleiten und bei den praktischen Tätigkeiten zu kontrollieren, **tunlichst** aber nicht selber anpacken sollen". Und das, obwohl es für uns alle die Lage doch erleichtern würde und die Unterführer im Gegensatz zu den Offizieren meistens in derselben Scheiße stecken wie wir.

Auf jeden Fall fanden es die meisten gut, daß man nicht mehr alles geschluckt hatte, sondern sich durch diesen „Streich" erst mal Luft geschaffen hatte. Es kamen dann auch noch andere Sachen zur Sprache. Der Stabsunteroffizier hatte sogar mal mit Schlägen und „Zusatzfick" gedroht, nur hatten die Leute vorher nicht gewagt, etwas zu sagen. Der Spieß hatte einige Wochen vorher „so unter der Hand" den Mannschaften empfohlen, den „Heiligen Geist" gegen einen Mannschaftsdienstgrad zu richten, der sich durch Krankmeldung vor einem Wochenende verpißte. Er als Spieß könne da nichts machen.

Mannschaftsversammlung beschließt Aktionen

Die doppeldeutige Auffassung des Spieß' über Gerechtigkeit (den „Heiligen Geist") wurde jedem klar: als Aktion innerhalb der Mannschaften erleichtert es ihm seine Aufgaben, weil es die Mannschaften spaltet; als Aktion gegen Vorgesetzte ist es gleich Meuterei.

Und schließlich war auch das Alkoholverbot für alle nur ein Versuch von ihm, die übrigen Mannschaften gegen einige „Terroristen" (so der Spieß wörtlich!) auszuspielen.

Doch hier zeigte sich unsere Solidarität. Spontan fand eine Versammlung der meisten Soldaten der Kompanie statt, auf der beratschlagt wurde, was zu tun sei. Man konnte ja geschlossen in die Kantine gehen, aber dies würde den Kameraden noch mehr Ärger bringen als schon ihre Aktion „Heiliger Geist". Also beschloß man, den Vertrauensmann zum Chef zu schicken, um ihm eine Sammelbeschwerde beim Kommandeur anzukündigen wegen einer unrechtmäßigen Kollektivstrafe. Es half – am nächsten Tag wurde das Verbot aufgehoben.

Außerdem wollte man gegen den Spieß und einige Unterführer etwas unternehmen. Wir boykottierten für den Rest der Woche den Kantinenwagen des Spieß' und sprachen einfach alle kein Wort mehr mit den Unteroffizieren, die nicht auf unserer Seite standen. Auch das half: Man sah den Spieß nur noch ganz selten, und bei den betroffenen Unterführern rief es beträchtliche Unsicherheit hervor, so daß sie in den nächsten Tagen mitrödelten. Wir fühlten uns enorm bestärkt.

Noch ein Schlußwort: Es ist natürlich kein Wunder, daß sich dies alles in jener Übung abspielte. Denn Vorfälle wie der, daß schon auf der Fahrt zum Bahnhof ein Panzer einen PKW geplättet hat, weil der Panzerfahrer gerade aus der Fahrschule kommt, oder der Unfall auf der Autobahn mit einem Verletzten, weil der übermüdete Fahrer des Jeeps eingeschlafen war, tragen bestimmt alle nicht dazu bei, daß wir uns wohl fühlen oder alles richtig finden.

Das gilt auch für die 300 000 DM, die wir in einer Woche an Munition mit den Panzern verschießen mußten. (Ein Schuß kostet zwischen 400 und 800 DM, immerhin das Zwei- bis Vierfache unseres Wehrsoldes, wo z.B. nur etwas Geld für besseres Essen und höheren Sold reichen würde.)

Man kann auf jeden Fall aber bei der ganzen Geschichte sehen, daß es uns nützt, wenn wir zusammenhalten und solidarisch beratschlagen und auch die Unterschiede der Standpunkte bei den Unterführern nutzen, um etwas zu erreichen. Auch die 10 Tage „verschärfte Ausgangssperre" für die vier Betroffenen werden wir nutzen, um weiter über unsere Erfahrungen zu reden.

Dieser Artikel wurde geschrieben mit Unterstützung und Zustimmung mehrerer Soldaten der Kompanie. Wir hoffen, daß andere Soldaten etwas daraus lernen können. – (Soldaten der 4./202, Blücherkaserne Hemer)

Freistellungserlaß

Auf Anweisung von Bundesverteidigungsminister Leber (SPD) **können** ab sofort wehrpflichtige Betriebs- und Personalratsmitglieder sowie gewählte Jugendvertreter auf deren Antrag vom Wehrdienst zurückgestellt werden. Mit dem „Freistellungserlaß" gibt sich Leber nun als Beschützer und Bewahrer der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Aus der Armee aber läßt er die lebendigsten Kräfte der Arbeiterjugend hinaussäubern. Denn bei diesen Wehrpflichtigen, die vorzeitig entlassen oder gar nicht erst einberufen werden, handelt es sich zum großen Teil um in den Betrieben gewählte Vertreter der Arbeiter und Angestellten, zumeist Jugendvertreter oder ehemalige Jugendvertreter. Weil diese Wehrpflichtigen die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten haben **gegen** die Kapitalisten, weil sie sich später in der Armee wiederum einsetzen für die Interessen der Mannschaften, häufig zum Vertrauensmann gewählt werden, deshalb werden sie oft disziplinarisch belangt und entlassen.

Kurse für Schwesternhelferinnen – Teil der Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus

Westberlin. Zur Zeit mache ich eine Ausbildung als Schwesternhelferin beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) – mit mir in einem Lehrgang sind ca. 35 weitere Frauen.

Die meisten Frauen machen das, weil sie sich versprechen, mit Hilfe dieses Kurses eine Arbeit zu finden.

Das erste, was uns erstaunte, war, daß an diesen Kursen nur Frauen teilnehmen dürfen. (Eine Bedingung vom Bund, der diese Kurse weitgehend finanziert:)

Nach dem Grund für den Ausschluß von Männern befragt, belehrt uns die Ausbilderin darüber, daß dies eine Ausbildung für den „K"- (Katastrophen-)Fall sei. Als Beispiele für Katastrophen wurden zunächst angeführt Erdbeben, Flutkatastrophen usw. Als es uns trotzdem noch nicht einleuchten wollte, warum nur Frauen zu der Ausbildung zugelassen sind, erklärte die Ausbilderin, daß unter Katastrophe auch der Kriegsfall verstanden wird, „wo die Männer die Aufgabe haben, das Vaterland zu verteidigen".

Nach dieser Belehrung bekamen wir einen Personalbogen vorgelegt, den wir ausfüllen und unterschreiben sollten. Da heißt es dann:

„Ich wurde darüber unterrichtet, daß mein freiwilliger Einsatz in einem etwaigen Verteidigungsfall im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt unter weitgehender Berücksichtigung meiner Einsatzwünsche sowie meiner persönlichen Verhältnisse geregelt wird, da dieses dann für die Sicherstellung des pflegerischen Personals verantwortlich ist. Mir ist bekannt, daß aus diesem Grund das Arbeitsamt ein Verzeichnis der Schwesternhelferinnen erhält. Ferner wurde ich davon in Kenntnis gesetzt, daß alle Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr im Verteidigungsfall in ein Arbeitsverhältnis im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen oder in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation verpflichtet werden können, eine Verpflichtung aber nur zulässig ist, wenn der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in diesen Bereichen nicht auf Grundlage der Freiwilligkeit gedeckt werden kann und persönliche Gründe für eine Befreiung nicht vorliegen."

Weiterhin muß in dem Bogen angegeben werden, wie es mit der persönlichen Einsatzfähigkeit aussieht. Ob man voll oder bedingt einsatzfähig ist. Die volle Einsatzfähigkeit muß vom Arzt bescheinigt werden.

Damit wurde uns dann auch klar, warum wir uns im Rahmen des Kurses einer umfangreichen körperlichen Untersuchung unterziehen mußten, an deren Ende der untersuchende Arzt eine Beurteilung über die Einsatzfähigkeit nach
- voll einsatzfähig
- bedingt einsatzfähig
- nicht einsatzfähig

abgeben mußte.

Uns gegenüber wurde diese Untersuchung damit begründet, daß wir für unsere vierzehntägige Arbeit im Krankenhaus gesund sein müßten. Das ist sicher richtig, aber eine Untersuchung zu diesem Zweck läuft nicht auf eine Angabe über die Einsatzfähigkeit (beim Bund nennt man das Tauglichkeit) hinaus.

Es kam anläßlich dieser Personalbögen zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Vertreterin des DRK; wobei enthüllt wurde, daß diese Schwesternhelferinnenkurse ein Teil der Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus sind (die Personalbögen sind auch direkt vom Bund ausgearbeitet) und daß das DRK hier keineswegs die – so viel gepriesene – „neutrale Rolle" spielt, sondern mit diesen Kursen direkt der imperialistischen Kriegsvorbereitung dient.

Die Mehrheit der Kursteilnehmerinnen war der Meinung, daß man diese Maßnahmen keineswegs unterstützen kann. Wir haben erreicht, daß alle Bögen ohne Angaben zur Einsatzfähigkeit und ohne Unterschrift zurückgegeben wurden. – (p., Westberlin)

Portugal

US-Offiziere und portugiesische Reaktionäre besetzen Kommandoposten in der Armee

Die Zeitung der Demokratischen Volksunion (UDP) „Voz do povo" erhielt von einer Gruppe revolutionärer Soldaten des Forts Alto do Duque (Militärregion Lissabon) folgenden Brief (in Auszügen), datiert vom 23. Juli 1976:

„Wie uns vor einigen Tagen während der Morgenparade durch den Kommandanten mitgeteilt wurde, werden sich sehr in Kürze, vielleicht schon in der nächste Woche, eine Reihe derjenigen 100 Offiziere und Unteroffiziere amerikanischer und deutscher Nationalität im Fort Alto do Duque einrichten, die bürokratische Verwaltungs- und Planungsaufgaben innerhalb der operativen Streitmacht von 2500 Soldaten einnehmen werden. Diese 2500 Männer sind durch Ramalho Eanes und seinen Komplizen der NATO zur Verfügung gestellt worden und kürzlich in Sta. Margarida aufgestellt worden.

Gleichzeitig mit dieser Darlegung ermahnte uns der Kommandant ‚feierlich', daß wir diesen Offizieren und Unteroffizieren unter dem Befehl der amerikanischen und europäischen Imperialisten gehörigen Respekt entgegenzubringen hätten. Wie er das sagte, ist deutlich: ‚Wenn sie täglich hundert Mal an euch vorbeigehen, dann müßt ihr ihnen ebensoviele Male die Ehrenbezeugung erteilen.'

Es ist klar, daß wir nicht bereit sind, den Drahtbürsten der ausländischen Militaristen zu dienen, so wie wir auch nicht das Joch der einheimischen Militaristen tragen wollen. Und weil sie wissen, daß die Soldaten, als Söhne des Volkes, die Nationale Unabhängigkeit lieben und für sie kämpfen, haben sie zur Einschüchterung gegen uns einen Unterdrückungsfeldzug eröffnet. So kommt es, daß vom 14. bis zum 22. Juni, allein in acht Tagen also, in unserer Kaserne Strafen gegen die Soldaten verhängt wurden, die insgesamt 56 Tage verschärften Bunker, 100 Tage Haft ausmachen, und daß verschiedene Verfahren gegen Soldaten angestrengt wurden... Alle diese Fakten sind ein weiteres konkretes Beispiel... dafür, was der 25. November in Wirklichkeit war. Zuvor war das Fort Alto do Duque der Sitz des COPCON, der unter dem Kommando von Otelo Saraiva de Carvalho eine Einheit im Dienst der Kämpfe der Arbeiter und des armen, ausgebeuteten Volkes war. Heute herrscht die militärische Unterdrückung über die Soldaten und wird die Kaserne den Militärs der NATO und des nordamerikanischen Imperialismus übertragen, die sich, natürlich, nicht auf ‚Verwaltungs'-Aufgaben beschränken werden...

Raus mit dem CIA, raus mit der NATO, es lebe die nationale Unabhängigkeit! Für eine Armee im Dienst des Volkes! Der Faschismus und der Imperialismus werden nicht durchkommen!
Lissabon, 23. Juli 1976
Eine Gruppe revolutionärer Soldaten des Forts Alto do Duque."

Die Zeitung „Bandeira vermelha", das Zentralogan der wiederaufgebauten Kommunistischen Partei (PCP/R), enthüllte am 29.7., daß der US-Botschafter Carlucci in Begleitung eines reaktionären Offiziers die Kaserne in Sta. Margarida, von der der Brief oben sprach, besuchte. Dies wirbelte einigen Staub auf. Denn der Kommandant der Heeresregion Mitte, Franco Charais, war über diesen Besuch nicht informiert worden, geschweige, daß er ihn genehmigt hatte. Der Botschafter der US-Imperialisten setzt sich über die Befehlshaber der portugiesischen Armee einfach hinweg und nimmt auf einem Panzerfahrzeug die Parade ab!

Der Oberkommandierende der Marine, der Reaktionär Souto Cruz, war kürzlich in den USA; zurückgekehrt, entließ er vier Offiziere aus dem Admiralstab der Marine, darunter den Vizekommandeur Leonel Cardoso. Wie die Zeitung der UDP hervorhebt, gehen diese Entlassungen auf Weisungen der NATO zurück und werden damit gerechtfertigt, daß nicht „jedermann" Zugang zu „gewissen Dokumenten" haben solle. Die US-Imperialisten sind bestrebt, die „Gruppe der Neun", d.h. die Offiziere um Melo Antunes und die PS, aus den Kommandostellen zu entfernen. Dies ist jetzt weitgehend gelungen.

Einer der ersten Schritte des neuen Präsidenten Eanes war es, im Revolutionsrat, in dem er den Vorsitz führt, durchzusetzen, daß nur die Oberbefehlshaber der drei Armeezweige (Heer, Marine, Luftwaffe) und der Oberbefehlshaber des gesamten Streitkräfte und sein Vize „politisch-militärische" Ämter sind. Den Kommandanten der Regionen Mitte, Süd und Lissabon, die allesamt der PS nahestehen, wurde die Alternative vorgelegt, entweder weiter im Revolutionsrat zu sitzen und ihre militärischen Ämter aufzugeben oder die Mitgliedschaft im Revolutionsrat niederzulegen.

Diese drei Offiziere gaben ihre militärischen Befehlsstellen auf. Diese wichtigen Kommandostellen in der Armee wurden jetzt mit „Operationellen" besetzt, d.h. mit Leuten, die den reaktionären Kräften um Spinola zugerechnet werden können. Es ist klar, daß für die Reaktionäre die Kommandostellen in der Armee wichtiger sind als Stellen im Revolutionsrat, der zwar „Garant der Verfassung" sein soll, aber dennoch von jedem direkten militärischen Einfluß abgeschnitten ist. Im Revolutionsrat bekleiden nur vier Leute militärische Positionen: Präsident Eanes (Oberbefehlshaber und Generalstabschef der Streitkräfte) und die Befehlshaber der Marine, des Heers und der Luftwaffe – alle vier ausgesprochene Reaktionäre; die PS-Regierung von Mario Soares hat heute keine wesentliche Stütze mehr in den Armeestäben.

Die faschistischen und reaktionären Mitglieder des Revolutionsrats wie Pires Velso (Region Nord) und Morais e Silva und Canto e Castro (Luftwaffe) sind aus dem Revolutionsrat abgetreten, um im Stab bleiben zu können. Sie messen offenbar der bewaffneten Macht eine andere Bedeutung zu, als die Reformisten um Melo Antunes...

Während die US-Imperialisten ungeheure Mengen an Material an die portugiesischen NATO-Abteilungen vergeben und gleichzeitig selber das Kommando in diesen Abteilungen übernehmen, so in der operativen Sonderstreitmacht ein US-Offizier, lassen die reaktionären Offiziere die Soldaten den Angriff auf Demonstranten und Streiks proben. So berichtet ein Soldat in der Zeitung der UDP, daß seine Truppe den Angriff auf eine fingierte Demonstration üben mußte, die unter Transparenten wie „Soldaten immer, immer auf der Seite des Volkes" von anderen Soldaten gespielt wurde.

In der Armee selber betreiben die Reaktionäre offen ihre Propaganda. Noch vor einigen Wochen wurde offen eine Unterschriftenliste herumgereicht, in der die Absetzung des Revolutionsrates gefordert wurde. Die Zeitung der UDP „Voz do Povo" darf dagegen von den Soldaten in den Kasernen nicht mehr gelesen werden, sie wird, kommt sie per Post, von den Kasernen wieder zurückgesandt.

Die Offiziere Spinolas werden jetzt rehabilitiert und in ihre alten Ämter gesetzt. Der Spinola-Vertraute Firmino Miguel ist sogar Verteidigungsminister in der neuen Regierung. Spinola selber, der zwei Putschversuche unternommen hatte und den Tod des Soldaten Luiz von der Ralis-Kaserne in Lissabon auf dem Gewissen hat, der als Führer der illegalen MDLP Waffen für diese Organisation besorgte, kehrt aus dem Exil über New York, wo er einige Gespräche hatte, nach Portugal zurück. Höchste Kommandostellen waren über seine bevorstehende Rückkehr unterrichtet. Er wird pro forma einige Tage festgehalten, Generalstabschef Eanes erklärt sodann, daß „nach dem Stand der heutigen Untersuchungen kein legaler Grund bestehe, den Bürger Antonio Spinola in Haft zu halten, weshalb er in die Freiheit entlassen werde". – (kkw)



„Deutsche Banken haben in ihrem Ehrgeiz, auf der Weltfinanzbühne eine bedeutende Rolle zu spielen, ein Etappenziel erreicht", berichtet am 25. August stolz das „Handelsblatt". „Sie sind an der Park Avenue in New York ebenso zu finden wie im Schatten des Kreml, in Ländern von A wie Argentinien bis Z wie Zaire." „Den Globus überziehen inzwischen in mehreren Lagen dichte Netze von Stützpunkten, die in allen Orten eingerichtet wurden, wo Geld zu machen ist." Das westdeutsche Finanzkapital ist dabei, sich zum Gläubiger von immer mehr Ländern in der Welt zu machen und an allen Plätzen Extraprofiten nachzujagen und seinen Einfluß auszudehnen. Mit Anzeigen wie der obigen werben die westdeutschen Großbanken unter der westdeutschen Bourgeoisie um Beteiligungen bei dem Geschäft, einen möglichst großen Teil der Erdkugel sich herauszuschneiden.

Streik der Arbeiter von Dubiet (Schweiz)

Seit dem 9. August streiken die Arbeiter der Strickmaschinenfabrik Dubiet S.A. in den Schweizer Städten Couvet, Marin und Pesseux. Die Streikenden fordern ein 13. Monatsgehalt von 2000 Franken für alle gleich, keine Entlassungen und keine Akkorderhöhungen bei Veränderungen im Betrieb, genaue Informationen über den Verkauf der Fabrik in Marin, keine Reallohneinbußen, keine Maßnahmen gegen die Streikenden sowie Bezahlung der Streiktage. Die Arbeiter der Strickwarenfabrik stehen in ihrem Betrieb nicht nur gegen die Kapitalisten der Strickmaschinenfabrik und gegen den Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller (ASM). Ihr Streik richtet sich zugleich gegen den Spruch der Schiedsstelle, die ihnen Kürzung des Weihnachtsgeldes verordnet hatte. Ihre Gewerkschaft, der Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV), erklärt, sie sei nicht vom Streikbeginn informiert worden. Der Streik verstoße gegen die Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrages. Ihr sei aber bewußt geworden, daß sie sich hinter die Arbeiter stellen müsse. – (Aus: Neue Zürcher Zeitung, verschiedene Nummern)

Westdeutsches Finanzkapital als Gläubiger Dänemarks

Das Vorstandsmitglied der Westdeutschen Landesbank, Walter Seipp, berichtete in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz, daß die letzte dänische 100 Millionen DM Anleihe vom Finanzkapital stark gekauft würde und schon mehrfach überzeichnet sei. In Anwesenheit des dänischen sozialdemokratischen Finanzministers Henesen, der für die Kreditwürdigkeit seiner Regierung beim westdeutschen Finanzkapital Reklame machen mußte, „wertete (Seipp) die lebhafte Nachfrage auch als Echo auf die – in ihrer Wirksamkeit allerdings umstrittenen – wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung Jörgensen". (Neue Zürcher Zeitung, 25.8.76) Die Regierung Jörgensen hatte ein Maßnahmepaket im Parlament durchgebracht, das auf eine jährliche Senkung des Reallohns von etwa 10 Prozent hinausläuft. (Vergleiche KVZ Nr. 34/76) Über die Streiks von 20000 bis 30000 dänischen Arbeitern gegen das Regierungsprogramm erklärte der Finanzminister Henesen den Vertretern des internationalen Finanzkapitals: „Der Widerstand der dänischen Arbeit- Widerstand der dänischen Arbeitnehmer, der in den letzten Wochen mit spontanen Arbeitsniederlegungen zum Ausdruck gekommen war, sollte nach Henesens Ansicht nicht überbewertet werden, zumal es sich nur um rund 20000 bis 30000 Beschäftigte gehandelt habe." Das „Handelsblatt" glaubt zwar nicht den Bekundungen des Ministers über die Bereitschaft der dänischen Arbeiterklasse, sich in aller Friedfertigkeit das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Aber es gibt zu verstehen, daß der sozialdemokratische Minister Garantien für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung vorgetragen habe: „Diese Äußerung des Ministers legt somit die Vermutung nahe, daß das Krisenprogramm entgegen den offiziellen Aussagen in Kopenhagen sehr wohl vorher mit den dänischen Gewerkschaften zumindest in groben Zügen abgestimmt worden ist."

Diktat der Bundesregierung gegen Italien

Der 2 Millionen Dollar Kredit der Deutschen Bundesbank an Italien wird verlängert gegen Erhöhung des Goldpfandes. „Rund 25 statt bisher 20% der italienischen Goldreserven (müssen) für die Erneuerung des deutschen Kredites in Bürgschaft gegeben werden." Jetzt schon endgültig das italienische Reservegold einzustreichen durch Nichtverlängerung des Kredits erschien voreilig: „Rom bleibt noch lange auf Auslandskredite angewiesen", schreibt das „Handelsblatt" am 27. August. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, daß die Verlängerung des Kredits nur gegen politische Auflagen erfolgt: Sie erinnerte an „die Einhaltung wirtschaftspolitischer Verpflichtungen, die Italien früher bei internationalen Kreditabmachungen eingegangen" sei, was sich offenbar auf abgesprochene Maßnahmen gegen die italienische Arbeiterklasse bezieht.

Spanien

Schulausbildung nur für die Kinder der Reichen / Kinderarbeit verbreitet

Die Vorschulerziehung liegt zu 100% in privater Hand. Nur wer viel Geld hat, kann sie bezahlen. Die Arbeiterfrau ist im Gegensatz zur Bourgeoisfrau nicht zu Hause und paßt auf die Kinder auf, sondern hat viele kleine (unterbezahlte) Beschäftigungen (Putzen, Hilfe im Haushalt, Heimarbeit etc.). Da sich die Arbeiterfamilien die Kosten für Kindergärten nicht leisten können, müssen sie mit ihren Kindern sehen, wie sie sich durchschlagen.

Die Grundschulerziehung liegt zum Teil in Staatshänden, zum Teil in Privathänden. Die Staatsschulen sind zwar gratis, die Bücher und anderen Lernmittel aber nicht. Bei den Privatschulen der 1. Etappe gibt es noch einmal 2 verschiedene Kategorien, die eine, wo die Schulgebühr zwischen 1000 und 5000 Pesetas (pts) im Monat schwankt und die andere, die vom Staat subventioniert ist und für die Material 500 pts im Monat verlangt.* Die Bücher müssen natürlich die Eltern bezahlen.

Daß es zu wenige kostenlose Schulen gibt, sieht man schon daran, daß zur Zeit 1 Million Kinder in Spanien ohne kontinuierliche Grundschulerziehung sind. Die Klassenstärke in den öffentlichen Schulen beträgt 50 Kinder, die Einrichtungen in diesen Schulen sind sehr schlecht. Die Privatschulen, die hauptsächlich in Händen der Kirche sind, betreiben die Erziehung als Geschäft. Die Schule allein vertreibt die Schulbücher, so daß sie große Gewinne einstreichen kann. Es werden jedes Jahr die Verlage der Bücher gewechselt, so daß eine Familie mit mehreren Kindern die Bücher nie mehr als einmal benutzen kann. Außerdem wird in manchen Schulen verlangt, daß man die Bücher aller Fächer eines Schuljahres kauft, auch wenn man das Buch für Chemie zum Beispiel schon hat und nur einige neue bestellen müßte. Es werden hauptsächlich Hefte und Bücher zum Ausfüllen und Eintragen benutzt, so daß es unmöglich ist, die Hefte weiterzugeben.

Eine Arbeiterfamilie, die ihr Kind in eine Staatsschule schickt, muß zu Beginn des Schuljahres mit 2000 pts für Bücher pro Kind rechnen. Da die Lehrer in den Staatsschulen bis vor kurzem unvorstellbar wenig verdienten, war ihre einzige Überlebenschance der Handel mit den Büchern, d.h. sie strichen den Prozentsatz ein, der für den Großeinkauf von den Verlagen gegeben wird. Außerdem gaben sie jeden Tag eine Stunde Zusatzunterricht (permanencia), der von den Eltern der Kinder, die bleiben sollten, bezahlt wurde. Diese Überstunde wurde aber so in den Unterricht eingebaut, daß es sich keine Familie „leisten" konnte, ihr Kind nicht dahin zu schicken. Für den Lehrer bedeuteten diese Überstunden ein paar Tausend Peseten mehr pro Monat.

Wie ich gehört habe, ist dieses Geschäft der Lehrer an den Staatsschulen durch die von ihnen erkämpften höheren Gehälter und ihr wachsendes politisches Bewußtsein zurückgegangen. (Bei den Nonnen der Privatschulen floriert das Geschäft nach wie vor.)

In der 2. Etappe der Schulerziehung ist die formación profesional gratis; das Gymnasium aber kostet sowohl auf Privat- als auf Staatsschulen mindestens 500 pts im Monat. Um ins Gymnasium eintreten zu können, braucht man also erstens Geld und zweitens gute Noten, über deren Vergabe Staat und Kirche entscheiden. Plätze in den Schulen der formación profesional gibt es sehr wenige. Viele Kinder der Mittelklassen, die ihren Besitz verlieren, drängen auf diesen Weg. Die Kinder der arbeitenden Klassen beginnen mit 14 Jahren zu arbeiten.

Und das ist noch der „Idealfall". Wie ist es zu erklären, daß die Bars, Restaurants, kleinen Betriebe usw. acht- und zehnjährige Kinder beschäftigen? Obwohl die Kinderarbeit offiziell verboten ist, gibt es eine schweigende Übereinkunft zwischen dem Staat und den Unternehmern auf diesem Gebiet. Was bleibt den Arbeiterfamilien anderes übrig, als ihre Kinder zum Arbeiten zu schicken, wenn sie nichts zum Essen haben und der Schulbesuch zu teuer ist?

In vielen Stadtteilen hat die Bevölkerung selbst Schulen und Kindergärten eingerichtet, indem sie zusammen ein Erdgeschoß gemietet haben (was normalerweise als Garage oder für kleine Betriebe benutzt wird und sehr dunkel und feucht ist), es notdürftig eingerichtet und Lehrer gesucht haben, die freiwillig Unterricht gaben. Wenn diese „Schulen" eine Zeitlang funktionierten, zwangen die Eltern des Stadtteils den Staat, diese Schulen anzuerkennen und die Lehrer zu bezahlen. Da diese Schulen meistens in Arbeiterstadtteilen entstehen, wo auch sonst viele politische Aktivitäten stattfinden, zahlt der Staat, um größre Konflikte zu vermeiden. – (mk, Valencia)

*1000 pts entsprechen 39 DM

Die Volksmassen in Nordirland kämpfen für ihre gerechte Sache

„In der verflossenen Woche wurden 147 Scharmützel zwischen IRA und britischer Armee gezählt.“ (Frankfurter Rundschau, 16.8.76) Durch die Stationierung seiner Besatzertruppen, die Entfesselung zügelloser Unterdrückung will sich der englische Imperialismus Nordirland als seine Kolonie erhalten. In all den Jahren ist der Haß auf die Ausbeuter und Besatzer bloß gewachsen, haben die Volksmassen den wirtschaftlichen, den politischen Kampf gegen die Kolonialmacht geführt und sind die bewaffneten Aktionen nicht unterbrochen worden.

Die bürgerliche Presse berichtet groß über „Friedensdemonstrationen“. Über die Ausbeutung der Arbeiter, die koloniale Unterdrückung der Volksmassen in Nordirland verliert sie selbstverständlich kein Wort. Bei diesen Demonstrationen handelt es sich um den betrügerischen Versuch bürgerlicher Kräfte, den Wunsch der Massen nach Freiheit, Frieden, ein Leben ohne beständigen Krieg auszunutzen, um den Kampf gegen die Herrschaft des englischen Imperialismus abzustumpfen.

Der englische Imperialismus ist in Nordirland Kolonialmacht. Sowohl in der Republik Irland wie in der Provinz Nordirland hat sich das englische Kapital festgesetzt. Die englischen Truppen stehen in Nordirland, um die Ausbeutung eines Teils des irischen Volkes durch die englischen Kapitalisten zu garantieren. Sie sollen das Überleben der englischen Statthalter, die über Jahrhunderte hinweg von England nach Irland als Kolonisatoren verpflanzt wurden, als Degen der englischen Macht auf der benachbarten Insel, sichern. Sie stehen zugleich im Norden des Landes als ständige Drohung gegen die Republik Irland. Deren Wirtschaft ist vom imperialistischen Kapital, von England, den USA, der BRD beherrscht und abhängig.

All dies will die imperialistische Propaganda verdrehen, verzerren, unterdrücken. Es handle sich um einen Religionskrieg in Nordirland, die Minderheit ordne sich der Mehrheit nicht unter. Um dies zu durchschauen, muß man auf die Entstehung Nordirlands zurückgehen, ein gerissenes und hinterhältiges Spaltungsmanöver der imperialistischen englischen Bourgeoisie.

Im Jahr 1916 erhoben sich die irischen Arbeiter und Bauern gegen den englischen Imperialismus. Sie proklamierten die Irische Republik, „das Recht des Volkes von Irland auf den Besitz von Irland“. Die Arbeiterbewegung unter ihrem Führer James Connally hatte die Unabhängigkeit Irlands und die Befreiung von Ausbeutung auf ihre Fahnen geschrieben: „Wenn man die englische Armee morgen aus Irland vertreiben würde und die grüne Flagge über Dublin Castle hissen würde, wäre doch alles vergebens, wenn man nicht gleichzeitig die sozialistische Republik aufbauen würde. England würde Irland sonst weiter beherrschen. Es würde Irland weiter beherrschen durch seine Kapitalisten, durch seine Landbesitzer, durch seine Finanziers, durch den ganzen Apparat ökonomischer und persönlicher Unterdrückung, den es in unserem Land aufgebaut und mit den Tränen unserer Mütter und dem Blut unserer Märtyrer genährt hat.“ (James Connally)

Der Aufstand der Arbeiter und Bauern 1916 konnte noch niedergeschlagen werden, der Kampf für Unabhängigkeit und Befreiung vom englischen Joch wurde fortgesetzt. Der englische Imperialismus mußte nachgeben; dies machte er aber in einer Form, wodurch sein Zugriff auf Irland erhalten, ein Brückenkopf seiner Herrschaft gesichert und Komplikationen geschaffen wurden, in denen er im Trüben fischen konnte.

Am 6. Dezember 1921 wurde der Freistaat Irland geschaffen. Wie frei war dieser Staat? „Die Mitglieder des irischen Parlaments sollten dem König von England den Treueid leisten; Großbritannien sollte das Recht zur Kontrolle der irischen Wasserwege und in bestimmten Häfen Flottenstützpunkte zugestanden werden; Nordirland sollte die Möglichkeit gegeben werden, auch weiterhin ein Teil Großbritanniens zu bleiben und somit dem Freistaat Irland nicht anzugehören.“ (Aberg, Irland) Die „Möglichkeit gegeben“? Nordirland wurde als Provinz Englands abgespalten, damit die Kolonialherrschaft über einen Teil des irischen Volkes aufrechterhalten, ein imperialistischer Brückenkopf geschaffen wurde. Zudem: Diese Spaltung war exakt darauf berechnet, den Norden, wo Industrie entstanden war, vom Süden, der weitgehend noch Agrarland war, abzutrennen. Im Norden hausten die protestantischen Großgrundbesitzer, Siedler, Kapitalisten – von England nach Irland geschickt. Die Provinz Ulster besteht aus neun Grafschaften. Jedoch nur sechs wurden zur Provinz Nordirland erklärt. Den Grund nannten die englischen Imperialisten selber: „In den drei ausgeschlossenen Counties gibt es etwa 70000 Unionisten (Verfechter der Kolonialherrschaft) und 260000 Sinn Feiners (irische Befreiunsorganisation) und Nationalisten. Wenn man diesen großen Block von Sinn Feiners und Nationalisten hinzunehmen würde, würde unsere Mehrheit auf eine solche Marke schrumpfen, daß kein halbwegs erfahrener Politiker versuchen würde, damit ein Parlament zu bilden. Wir erklären ganz offen, daß wir die neun Counties nicht halten können.“ (Captain Craig, Premierminister der Unterdrücker in Nordirland, 1920) So wurde die „Mehrheit“ geschaffen.

Was die Lage also angeblich so verwirrend und undurchsichtig macht, ist vom Imperialismus selber in die Welt gesetzt worden, um sich alle Möglichkeiten zur Spaltung, zum Betrug und zur Täuschung zu verschaffen. Er hat die Lage kompliziert gemacht, um seine Herrschaft über Irland zu erhalten. Die Imperialisten reden dauernd von einer „explosiven Lage“. Sicher ist die Lage explosiv. Weshalb sollen sich die Arbeiter in Nordirland damit abfinden, von den Kapitalisten ausgebeutet zu werden, Hungerlöhne zu bekommen, in der Arbeitslosigkeit zu verrotten? Weshalb sollen sich die Kleinbauern mit ihrem Ruin abfinden? Weshalb sollen sich die Volksmassen mit Ausplünderung durch Steuern, Mieten usw. abfinden? Wie soll sich ein unterdrücktes Volk mit der Herrschaft des Imperialismus abfinden? Nichts von alledem ist eingetreten und wird nicht eintreten. – (hjh)



Irische Jugendliche kämpfen gegen die englischen Besatzertruppen; ein Steinhagel geht auf diese nieder.

Der Imperialismus beherrscht Irland

Eine Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat 1975 einen Bericht über Irland veröffentlicht und gibt bekannt, daß sich über 70 % der neuaufgebauten Industrie in Irland fest in der Hand ausländischen Kapitals befinden. Sie stellt fest, daß die irische Wirtschaft von „exportorientierten ausländischen Unternehmen“ abhängig ist, daß die meisten das „Meiste an ihrem Rohmaterial importieren und wenig Verbindungen mit der einheimischen Industrie“ haben. Kurzum, das imperialistische Kapital beherrscht Irland. Vorreiter ist der englische Imperialismus, ihm folgen die USA, die BRD, Japan und Kananda. Diese Entwicklung ist von den Imperialisten zielstrebig betrieben worden. 1957 mußte die irische Regierung die Bestimmung, daß sich 51 % des Kapitals von Aktiengesellschaften in irischen Händen befinden müssen, aufheben. Gleich darauf mußte sie Bestimmungen erlassen, wonach das eindringende imperialistische Kapital staatliche Zuschüsse, Steuervergünstigungen erhält, freie Hand und Unterstützung erhält in seiner Jagd nach billiger Arbeitskraft, Grund und Boden, Fabriken. Der erzielte Profit ist auf 20 Jahre von Einkommen- und Körperschaftssteuern frei. Waren diese Bedingungen erpreßt, so strömten die Kapitalisten auch nach Irland: zwischen 1960 und 1970 wurden 350 Firmen angesiedelt, davon 150 vom englischen Kapital und 60 vom westdeutschen Kapital. Zufrieden schreibt das „Handelsblatt“ am 6.11.1969: „Die finanziellen und fiskalischen Anreize, mit denen die IDA („staatliche Entwicklungsbehörde“) solche ausländische Direktinvestitionen anlockt und fördert, sind ... die großzügigsten in der ganzen Welt.“ Ab 1960 zog das westdeutsche Kapital in Nordirland ein. Grundig machte den Anfang, Olympia Wilhelmshaven, Hoechst folgten.

Freier Zugriff auf billige Arbeitskraft, ungehinderter Raub des von den irischen Arbeitern geschaffenen Reichtums, Finanzierung dieses Raubzugs auch noch durch die Staatseinnahmen der irischen Republik – diese Maßnahmen diktiert das imperialistische Kapital. 1975 heißt es im Bericht der irischen Regierung: „Geschäftsmöglichkeiten in der Irischen Republik:“ „1. Vollständige Steuerfreiheit auf die Profite, die durch Export geschaffen werden, auf 15 Jahre bis 1990; 2. Investitionszuschüsse hinsichtlich der Kapitalkosten für Projekte bis zu 50 % der Gesamtsumme; 3. Zuschüsse für die Ausbildung von Arbeitern und Verwaltung; 4. Krediterleichterungen, inbegriffen sind Zinszuschüsse in besonderen Fällen; 5. Zuschüsse für Forschung und Entwicklung.“

Wird so das Land ausgenommen, in die Verschuldung getrieben, so wird diese zur weiteren Ausplünderung benutzt. Im westdeutschen „Bundesanzeiger“ vom 13. Juli muß die Republik Irland eine Anzeige veröffentlichen, daß sie eine Anleihe von 100 Millionen DM zu 8 1/4 % Zinsen aufnimmt. Bei den westdeutschen Blutsaugern muß sie sich verpflichten, die Anleihe insgesamt am 1. Januar 1981 zurückzuzahlen. Alle Rechte der Anleihegläubiger werden „ausschließlich von der Commerzbank Aktiengesellschaft als Treuhänderin wahrgenommen und verwaltet“, die damit faktisch einen Teil der irischen Republik erwirbt und Rechte auf deren Steuereinkünfte erhält: „Form und Inhalt der Teilschuldverschreibung und alle sich aus ihnen ergebenden Rechte und Pflichten bestimmen sich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Hinsicht unterwirft sich Irland der deutschen Gerichtsbarkeit. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.“

Geschichte der Kolonialisierung Irlands

Goldwin Smith, Professor der Geschichte in Oxford, stellt 1861 fest: „Irlands natürlicher Weg zu kommerzieller Prosperität scheint der zu sein, mit den Produkten seiner Weiden, mit Vieh, Butter usw. die Bevölkerung Englands zu versorgen.“

Der Geschichtsprofessor hat so die handfesten Interessen der englischen Kapitalistenklasse und der Aristokratie flugs in einen „natürlichen Weg“ verkleidet: das Interesse, Irland sich als Agrarland zu erhalten und zu schröpfen, die ruinierten irischen Bauern in die englischen Fabriken zu treiben und dort die vorteilhafte Spaltung der Arbeiterklasse in einen englischen und irischen Teil als Resultat zu erhalten. Schon im 12. Jahrhundert hat der englische Feudalismus auf Einverleibung Irlands gesonnen und seine Armee über das Meer geschickt. Seit diesem Jahrhundert ist die Geschichte Irlands eine Geschichte der Kolonisierung und des nie nachlassenden Kampfes der irischen Volksmassen gegen die englischen Unterdrücker. Karl Marx hat dies in einem Vortrag zur irischen Frage, den er im Deutschen Bildungsverein für Arbeiter am 16. Dezember 1867 in London hielt, untersucht. (Marx-Engels-Werke, Band 16)

Kolonisationspläne im 16. und 17. Jahrhundert

„Elisabeth. Der Plan war, Iren auszurotten, wenigstens bis zum Flusse Shannon, und an ihre Stelle englische Kolonisten zu setzen, ihnen das Land abzunehmen etc. In den Kämpfen, gegen die Elisabeth fochten die katholisch gebliebenen Anglo-Iren mit den Einheimischen gegen die Engländer. Der eingestandene Plan der letzteren: die Insel von den Einheimischen zu säubern und sie mit untertänigen Engländern zu besiedeln. Es gelang ihnen nur, eine Grundbesitzeraristokratie anzusiedeln. Englische protestantische ‚Abenteurer‘ (Kaufleute, Wucherer), welche die konfizierten Ländereien von der englischen Krone erhielten, und ‚unternehmende Edelleute‘, welche die ihnen abgetretenen Besitzungen mit gebürtigen englischen Familien besiedeln sollten.“

Die irischen Bauern kämpfen gegen die englischen Kolonialisten. Der erste nationale Aufstand Irlands wird schließlich durch Cromwells Truppen 1652 niedergeschlagen: „Blutvergießen, Verwüstung, Entvölkerung ganzer Grafschaften, Versetzung ihrer Bewohner in andere Gegenden, Verkauf vieler Iren als Sklaven nach den Westindischen Inseln.“ In den Hort des irischen Widerstands, Ulster im Norden, werden schottische Siedler verpflanzt (sie sind protestantischer Religion). Gegenüber den irischen Bauern (katholischer Religionszugehörigkeit) sind sie nicht anders aufgetreten als die Kolonialisten in Amerika den Indianern gegenüber. Die Bauern organisierten sich in geheimen Gesellschaften und wehren sich im Norden wie im Süden durch Terror gegen die Kolonialisten.

Ende des 16. Jahrhunderts und zu Beginn des 17. Jahrhunderts wird der sich entwickelnden Industrie per Gesetz verboten, irische Wollwaren nach fremden Ländern zu verkaufen, der Import irischer Manufakturerzeugnisse nach England und Wales mit hoher Steuer belegt, der Export nach anderen Ländern vollständig verboten. Zweck war, die Entwicklung einer selbständigen Industrie Irlands vollständig zu verhindern sowie die Irländer zu zwingen, ihre Rohprodukte an keinen anderen als England zu verkaufen. Innerhalb der irischen Kolonie wird die Religion (der Anglikanismus) zum Rechtstitel auf Eigentum gemacht – die Enteignung der irischen Bevölkerung von ihrem Land also unter dem Mantel der Religion vollzogen:

„Die katholische Religion zu lehren, war ein schweres, mit Deportation zu bestrafendes Verbrechen, einen Protestanten zum Katholiken zu bekehren, war ein Akt des Verrats. Ein katholischer Erzbischof zu sein, bedeutete Verbannung, Rückkehr aus der Verbannung Hochverrat; er wurde erhängt, bei lebendigem Leib ausgeweidet und danach gevierteilt. Versuch, der Masse der irischen Nation die anglikanische Religion aufzuzwingen. Die Katholiken waren des Rechtes beraubt, an der Wahl der Parlamentsmitglieder teilzunehmen. Dieser Strafkodex verstärkte die Macht der katholischen Priesterschaft über das irische Volk.“

„Sooft Irland also auf dem Punkt, sich industriell zu entwickeln, wurde es niedergeworfen und in bloß agrikoles Land zurückverwandelt.“ Der irische Revolutionär Meagher beschreibt die Folgen 1847 so:

„Die Baumwollmanufaktur von Dublin, die 14000 Arbeiter beschäftigte, ist zerstört worden; die 3400 Seidenwebstühle sind zerstört worden; die Produktion von Serge, in der 1491 Arbeiter beschäftigt waren, ist zerstört worden; die Flanellproduktion von Rathdrum, die Wolldeckenproduktion von Kilkenny, das Kamelottgewerbe von Bandon, die Kammgarnmanufaktur von Waterford, die Ratin- und die Friesmanufaktur von Carrick on Souir sind zerstört worden. Ein einziges Gewerbe nur ist übriggeblieben! ... Dieses glückliche Gewerbe, das durch das Gesetz über die Union nicht zerschlagen ward, dieses begünstigte, privilegierte und geförderte Gewerbe ist das des irischen Sargmachers.“

Deshalb mußte „Land zum großen Ziel allen Strebens“ werden. „Das Volk hatte jetzt die Wahl, das Land zu jeder beliebigen Rente zu nehmen oder den Hungertod zu sterben.“ Die Landbesitzer waren in der Lage, jede denkbare Bedingung zu diktieren. Zum guten Teil waren es „Absentees“, englische Landbesitzer, die ihre Rente in London, Paris oder Florenz verprassen. Ein Bericht schildert dies:

„Enorm hohe Renten, niedrige Löhne, riesige Pachten, die von habgierigen und indolenten (stinkfaulen) Besitzern an monopolisierende Bodenspekulanten verpachtet werden, damit diese unterdrückenden Zwischenpächter das Land für das Fünffache seines Wertes weiter verpachten an die Unglücklichen, die bei Kartoffeln und Wasser Hungers sterben.“

Die Folgen: Emigration, Hungersnot und Hungertod und Unsummen an Pacht an die „Absentees“. In den neuen Jahren 1847 bis 1855 wanderten 1656044 Iren aus. „Krepiert über eine Million, teils direkt am Hungertod, teils infolge von Krankheiten etc., durch den Hunger.“ „Summe der Pacht, die an Absentees zu zahlen ist, und Hypothekenzinsen (1834) über 30 Millionen Dollar (etwa 7 Millionen Pfund Sterling).“

Irland – englischer Agrikulturdistrikt

Aufgrund der Abschaffung der Korngesetze verlor Irland das Monopol des englischen Markts, die Getreidepreise fallen, die Pacht kann nicht mehr bezahlt werden, die kleinen Bauern werden vertrieben und ruiniert. Gleichzeitig stiegen die Fleischpreise, also wurde das Ackerland in Viehweide umgewandelt. Das Fazit: Die kleinen Pachten nahmen im Zeitraum von 1851 bis 1861 um 120000 ab. Von 1855 bis 1866:

„1032694 Irländer ersetzt durch 996877 Stück Vieh (Hornvieh, Schafe und Schweine).“ „Der Arbeitslohn ist seit der Kartoffel-Hungersnot nicht mehr als um 20 % gestiegen. Die Kartoffelpreise sind um fast 200 % gestiegen; durchschnittlich um 100 % der Anstieg der Preise der nötigen Lebensmittel, Kohle etc.“ Wirkung auf die Bevölkerung: „1806 überstieg bei einer Gesamtbevölkerung von 5574107 die Zahl der Männer die der Frauen um 50469, während 1867 bei einer Gesamtbevölkerung von 5557196 die Zahl der Frauen die der Männer überstieg. Zugleich nicht nur relativer, sondern absoluter Zuwachs von Taubstummen, Blinden, Geisteskranken, Schwachsinnigen und Invaliden.“

So sind die englische Bourgeoisie und die englische Grundaristokratie verantwortlich für das irische Elend. Beide halten sich Irland als Agrarland, der Großgrundbesitz, weil darauf sein Reichtum beruht, die englische Bourgeoisie, weil so Fleisch und Wolle billig geliefert werden. Die englischen Bourgeois nutzen zugleich den Zwang von Abertausenden von Iren, ihr Land zu verlassen und in die englischen Fabriken als Lohnsklaven zu gehen, aus, um die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei feindliche Lager, ein englisches und ein irisches, zu betreiben: „Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Lohnhöhe und den standard of life (Lebensstandard) herabdrückt.“ (Konfidentielle Mitteilung, Marx-Engels-Werke Band 16) Marx und Engels haben deshalb den Kampf des irischen Volkes gegen die englische Bourgeoisie und Großgrundbesitz unbedingt unterstützt: um die proletarische Revolution in England zu beschleunigen und:

„Weil in Irland die Landfrage bis jetzt die ausschließliche Form der sozialen Frage ist, weil sie eine Existenzfrage ist, eine Frage von Leben und Tod für die immense Majorität des irischen Volkes ist, weil sie zugleich untrennbar von der nationalen Frage ist, ist die Vernichtung der englischen Grundaristokratie in Irland eine unendlich leichtere Operation als in England selbst.“ (Marx, Brief über die irische Frage)

Diese Aufgaben sind noch nicht gelöst. Mit dem Festsetzen des imperialistischen Kapitals in Irland ist die Arbeiterklasse stark angewachsen, weshalb es darauf ankommt, daß unter ihrer Führung die Volksmassen die Herrschaft des Imperialismus brechen.

Fortgesetzte Provokationen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea

Zu dem schweren Akt der Provokation der Aggressionstruppen des US-Imperialismus gegen die Demokratische Volksrepublik Korea heißt es u.a. in einer Erklärung der Nachrichtenagentur KCNA, der Nachrichtenagentur der Demokratischen Volksrepublik Korea:

„Am Morgen des 18. August gegen 10.45 Uhr schickten US-imperialistische Aggressionstruppen 14 mit Äxten bewaffnete Schurken, um in der gemeinsamen Sicherheitszone Bäume zu fällen. Vier unserer Vertreter gingen auf diesen Akt des Feindes hin zu ihnen und erklärten ihnen wiederholt, daß Bäume nicht willkürlich gefällt werden könnten, sondern daß vorher ein Einverständnis beider Seiten erreicht werden müßte, weil die Bäume in der gemeinsamen Sicherheitszone unter unserer Kontrolle stünden. Jedoch weit entfernt, unserer gerechten Aufforderung nachzukommen, stürzten sich die Schurken mit den drohend geschwungenen tödlichen Waffen auf unser Sicherheitspersonal und führten den gewaltigen, provokativen Akt aus, unser Personal zusammenzuschlagen. Dabei setzten sie auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit. Dieser rücksichtslosen Provokation der Schurken mußte unser Personal mit Selbstverteidigungsmaßnahmen begegnen."

Dieses provokatorische Vorgehen haben die US-Aggressoren vorsätzlich vom Zaun gebrochen, um die Spannung in der gegenwärtigen Situation noch zu erhöhen. Das beweisen ihre weiteren Aktionen: Sie halten ihre Invasionsarmee im südlichen Teil Koreas sowie die Truppen ihres Park Chung Hee Marionettenregimes in Alarmbereitschaft. Atomar bewaffnete Bomber B52 sowie Jagdbomber F-111 Phantom führen Bombenzielübungen entlang der Waffenstillstandslinie am 38. Breitengrad aus. Ein Flottenverband kreuzt bereits vor der Küste der Demokratischen Volksrepublik Korea. Auch in der entmilitarisierten Zone haben die US-imperialistischen Aggressionstruppen neue Provokationen unternommen. Vom Hubschrauber aus kommandiert, sind 300 bewaffnete Soldaten am 21.8. in die entmilitarisierte Zone eingefallen, um den Baum zu fällen. 400 weitere Soldaten waren kampfbereit aufgestellt, und noch mehr Soldaten standen in Bereitschaft. Angesichts dieser fortgesetzten Provokationen erklärt KCNA:

„Wir wollen andere nicht als erste provozieren, aber wir werden dem Feind überhaupt nicht erlauben, uns zu provozieren. Der amerikanische Imperialismus muß die Realitäten anerkennen und sich Zurückhaltung auferlegen."
vozieren, aber wir werden dem Feind überhaupt nicht erlauben, uns zu provozieren. Der amerikanische Imperialismus muß die Realitäten anerkennen und sich Zurückhaltung auferlegen."

Todesurteile gegen acht Zimbabwer

In Salisbury, der Hauptstadt der Rassisten, wurden am 30. August acht Zimbabwer zum Tode verurteilt. Sie waren angeklagt, weil sie mehrere Eisenbahnlinien, ein Restaurant und einen Nachtclub der Siedler angegriffen hätten. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.) Wie das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen bestätigt, hat das rhodesische Siedlerregime bei seinem Überfall Mitte August auf ein Flüchtlingslager in Mozambique unbewaffnete Flüchtlinge, Männer, Frauen, Kinder und alte Menschen kaltblütig abgeschlachtet. Da sie die Menschen täuschen konnten, gelang ihnen die Ermordung von 675, eventuell seien es an die 1000 gewesen.

Neues Treffen Kissinger–Vorster

Der US-Imperialismus hat seinen Statthalter im südlichen Afrika, Vorster, den Chef des südafrikanischen Siedlerregimes, erneut zur Berichterstattung befohlen. Nach den Gesprächen Kissinger–Schmidt–Vorster im Juni in der BRD ist dieses Mal das Treffen Kissinger–Vorster in Zürich vom 4. bis 6. September.

Im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens Wiederaufnahme der Eisen- und Stahlproduktion

Die Arbeiter des Eisen- und Stahlkomplexes von Tangschan haben am Dienstag, den 25.8., teilweise die Eisen- und Stahlproduktion wieder aufgenommen. „Wir werden unbeugsam bleiben, selbst wenn das Taischan-Gebirge auf uns herabfällt", erklärten die Arbeiter, die unterstützt von Mitgliedern der Volksbefreiungsarmee und den Volksmassen in allen Teilen des Landes, unzählige Schwierigkeiten überwanden, um die Produktion wieder aufzunehmen. (Nach Hsinhua, 26.8.76)

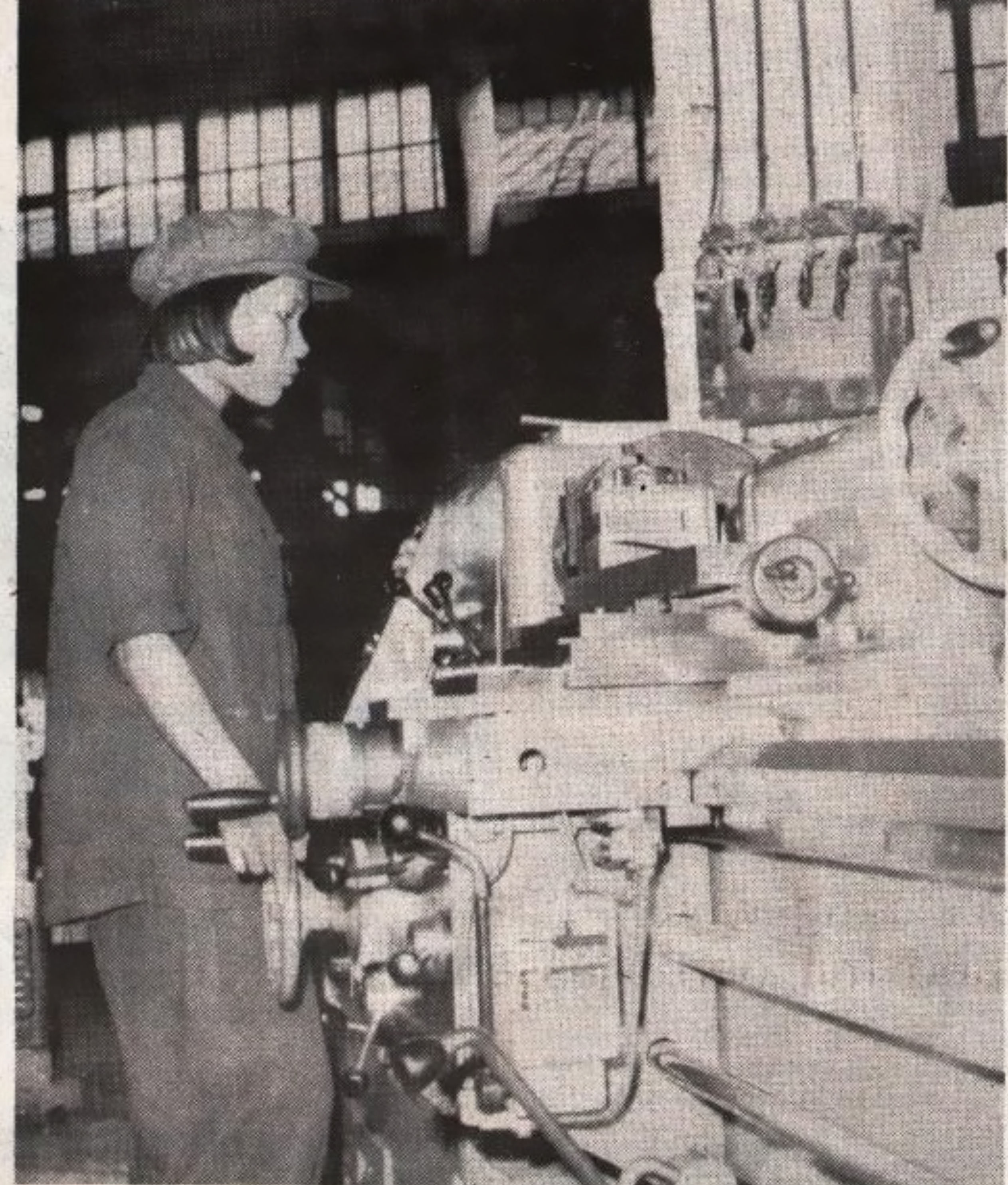
Demokratisches Kampuchea

Die Arbeiter steigern die Produktion und bauen das Land auf

Ihre Berichterstattung über die Konferenz der blockfreien Staaten benutzten die bürgerlichen Journalisten in den imperialistischen Ländern, um ihre Lügen über die revolutionäre Volksmacht im Demokratischen Kampuchea wieder aufzuwärmen. „Das Gespenst, das aus dem Flugzeug steigt, macht einen recht menschlichen Eindruck", so Carlos Widmann von der „Süddeutschen Zeitung" am 17. August über Khieu Samphan, den Staatspräsidenten des Demokratischen Kampuchea. In Wirklichkeit sei er alles andere als menschlich. „Seit dem 17. April letzten Jahres ... steht dieses Phantom einem Revolutionsregime vor, das als das rätselhafteste, rigoroseste und blutrünstigste der Welt gilt."

Rätselhaft ist überhaupt nichts. Die US-Imperialisten und ihre Marionettenclique haben einen imperialistischen Aggressionskrieg gegen das Volk von Kampuchea geführt, der 800 000 Kambodschanern das Leben gekostet hat, fast 200 000 wurden verwundet und zu Krüppeln, 80 Prozent der Fabriken und Plantagen, der Reisfelder, der Gärten und der Wälder und 90 bis 100 Prozent der Dörfer im Kampfgebiet wurden zerstört. Die Siege des Volkes von Kampuchea im Aufbau zerschlagen diese Lügen Zug um Zug. An ihnen ist ebensowenig Rätselhaftes, die revolutionären Massen entfalten ihre Kraft unter Führung ihrer revolutionären Organisation.

„Die Arbeiter, gestählt im revolutionären Krieg", berichtet Radio Demokratisches Kampuchea, „machen große Anstrengungen, um die Produktion zu steigern und ihr Land aufzubauen." Fast 10 000 Säcke produzieren die Arbeiter der Jutesackfabrik in Battambang täglich. Dazu benutzen sie Maschinen, die sie seit der Wiedereröffnung der Fabrik im letzten August repariert oder selbst neu gebaut haben. Während der Herrschaft der Lon-Nol-Clique betrug die höchste Tagesproduktion 6 000 Säcke. Die Arbeitsproduktivität wurde durch die Einrichtung automatischer Nähmaschinen erhöht. Diese haben die Arbeiter selber konstruiert und gebaut.



Eine neue Generation revolutionärer Arbeiter im Demokratischen Kampuchea. Unter Führung der Arbeiterklasse entwickeln die Volksmassen das Land.

Die Arbeiter der Kbal Thal Maschinenfabrik stellen zur Unterstützung der Landwirtschaft und zur Freude der landwirtschaftlichen Kooperativen eine große Zahl Pumpen her. Um den Wohlstand des Landes zu erhöhen, produzieren sie außerdem Ersatzteile, die bisher eingeführt werden mußten.

Die Reismühle in Phnom Penh, die die Lon-Nol-Clique weitgehend zerstört hatte, funktioniert wieder nach ausgedehnten Reparaturarbeiten der Arbeiter, die durch Kämpfer der Revolutionären Armee unterstützt wurden. Junge Arbeiter der Fabrik meisterten die Technik zum Bau von Reismühlen, die eine Mahlkapazität von nahezu 40 Säcken pro Tag haben.

Auf dem Lande hat im Norden und Südwesten Kampucheas die Frühreisernte begonnen, die verbunden wird mit dem Umsetzen des Spätreises.

In Ang Snoul, wo der Boden karg und Wasser knapp ist, bauten die Kooperativebauern mit großer Energie während der vergangenen Trockenperiode Sammelbecken für Wasser. In diesem Jahr planen sie die Bebauung von 12 000 Hektar mit Spätreis, das Setzen hat bereits begonnen. Die Kooperativen in Thmar Puok in Battambang planen, 44 000 Hektar mit Spätreis zu bebauen. – (Nach: Hsinhua, 23. August)

Libanon: Die Falangisten setzen ihre Angriffe fort

Die Imperialisten und Reaktionäre wollen

Libanon: Die Falangisten setzen ihre Angriffe fort

Die Imperialisten und Reaktionäre wollen die PLO in die Zange nehmen

Nach dem Fall des Lagers Tel-Al-Zaatar begannen die Truppen der reichen Christen mit Terrorbombardements auf die westlichen Stadtviertel von Beirut, die von der libanesischen nationalen Bewegung und der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO verwaltet werden. In der letzten Woche konnten die verbündeten libanesischen und palästinensischen Verbände zwei Versuche der christlichen Phalange, in die westlichen Stadtviertel einzudringen, erfolgreich zurückschlagen.

Die christlichen Reaktionäre wollen mit diesen Angriffen zum internationalen Flughafen von Beirut vorstoßen und ihn in die Hand bekommen. Die Kämpfe um das Gebirge und die Gebirgsdörfer westlich von Beirut und um die Hafenstadt Tripoli im Norden des Libanon werden fortgesetzt. Tripoli wird vom Süden von den christlichen Reaktionären und im Nordosten von syrischen Truppen mit schwerem Geschütz angegriffen.

Die Imperialisten und ihre Handlanger, die christlichen Reaktionäre, wollen nicht nur die Teilung des Landes, um einen imperialistischen Brückenkopf wie Israel zu errichten, um die Palästinenser in die Zange zu nehmen. Sie wollen mehr. Gemayel, der Führer der Phalange, erklärte am Sonntag erneut, sie wollten die PLO vernichten und die Palästinenser aus dem Libanon vertreiben.

Syrien hält einen großen Teil des Landes besetzt, aber es konnte nicht das ganze Land unter seine Kontrolle bringen. Von Beginn seiner Intervention an stieß Syrien auf den hartnäckigen Widerstand der libanesischen und palästinensischen Volksmassen und hatte mit wachsenden Widersprüchen in seiner Armee zu tun. In Syrien selbst regt sich Widerstand und zeigen die Massen ihre Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsorganisation

Aus Beirut und Sidon mußten sich die syrischen Truppen schon im Juni wieder zurückziehen. Am 14. Juni hatte ein Armeebataillon in Damaskus gegen den Befehl rebelliert, in den Libanon zu marschieren. Präsident Assad ließ das Bataillon bombardieren und befahl seinem Bruder, Oberstleutnant Rifat Al-Assad, das Bataillon mit den Verteidigungsflugstaffeln anzugreifen, meldete der Sender der PLO am gleichen Tage. Der Sender Radio Damaskus hatte dagegen von einem erfolgreichen Manöver der Luftwaffe berichtet.

Im Libanon setzte Syrien die syrisch orientierte palästinensische Widerstandsorganisation Al Saika gegen die Palästinenser und die libanesischen Massen ein. Al Saika wurde von der PLO ausgeschlossen, große Teile der Mitglieder schlossen sich der PLO an. Der ehemalige Generalsekretär der Al Saika, Hanna Bathisch, erklärte auf einer Pressekonferenz in Beirut, das syrische Regime habe die Al Saika auf einen Kurs gesteuert, der ihren ursprünglichen Zielen nicht entspreche und zur Liquidierung der palästinensischen Präsenz im Libanon führen sollte. Er gab die Neugründung einer Organisation bekannt, die keine Verbindung mit dem herrschenden Regime in Syrien habe und mit der palästinensischen Widerstandsbewegung verbunden sei. (Nach Radio Bagdad, 2. August)

In Syrien ist es nach dem Fall des Lagers Tel-Al-Zaatar zu Bombenanschlägen gekommen. In Damaskus, Aleppo, Homs und Hama kam es zu Massendemonstrationen gegen das syrische Regime, die von Polizei und Militär angegriffen wurden. (afp, 15. August) Das syrische Regime ging gegen Einrichtungen der palästinensischen Organisationen in Syrien vor. Am 14. August wurde das Büro der DFLP angegriffen, die Mitglieder des Büros verhaftet und gefoltert; dabei wurde ein Mitglied der DFLP getötet. (PLO-Sender, 14. August)

Im israelisch besetzten Westjordanland sind die Häuser mit großen Parolen bemalt, die die Solidarität mit den heldenhaften Kämpfern von Tel-Al-Zaatar und Protest gegen die syrische Politik zum Ausdruck bringen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. August)

Die syrische Invasion hat im Libanon die christlichen Reaktionäre gestärkt und schafft mit der Teilung des Landes den imperialistischen Supermächten neue Möglichkeiten für Intervention und Subversion gegen die arabische Nation und die arabischen Volksmassen. Das syrische Regime setzt jetzt darauf, den Libanon unter dem Präsidenten Sarkis unter seine Kontrolle bringen zu können. Sarkis, vormals Präsident der libanesischen Nationalbank, war Anfang Mai zum Präsidenten gewählt worden und soll am 23. September sein Amt antreten. Am Dienstag traf er zu einem offiziellen Besuch bei Präsident Assad in Damaskus ein.

Zugleich bemüht sich das syrische Regime, mit der konservativen moslemischen Bourgeoisie außerhalb der nationalen libanesischen Bewegung ins Geschäft zu komen. Gegen eine Teilung des Libanon, gegen die Errichtung eines imperialistischen Brückenkopfes durch die christlichen Reaktionäre und gegen die Unterdrückung der libanesischen und palästinensischen Bewegung durch die syrische Invasion leisten die arabischen Volksmassen Widerstand. Tatsächlich hat die Politik Syriens nur zu einer Stärkung der Reaktion geführt und öffnet den imperialistischen Supermächten Tür und Tor. Ungestraft kann Israel die Seefahrt vor den Küsten des Libanon blockieren, so daß nur Nachschub für die Phalange durchkommt. Das syrische Regime hat sich, ob gewollt oder ungewollt, zum Handlanger dieser imperialistischen Verschwörung gemacht. Nur die Einheit der arabischen Volksmassen und der arabischen Nation kann erfolgreich den Imperialisten entgegentreten. – (bb)

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des palästinensischen Volkes

Heidelberg. Etwa 400 Menschen, darunter eine große Anzahl Palästinenser, nahmen am 27.8. an einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des palästinensischen Volkes teil. Ein Vertreter der PLO von der Informationsstelle Palästina in Bonn berichtete auf der Veranstaltung über die gegenwärtige Lage im Libanon und über die Versuche der Imperialisten, Zionisten und Reaktionäre, den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu liquidieren. Die Unterstützung der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten für den Kampf des palästinensischen Volkes fand ihren Ausdruck in einer einstimmig beschlossenen Solidaritätsresolution sowie in der Spendensammlung, die 2427 DM erbrachte. (b, Mitglied im Nahostkomitee Heidelberg)

Frankfurt. Etwa 180 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen an einer Solidaritäts- und Informationsveranstaltung zum Kampf des libanesischen und palästinensischen Volkes in der Universität am 27.8. teil. Die Veranstaltung, auf der der Vertreter der PLO bei der Arabischen Liga in Bonn, A. Frangi, sprach, war eine erste Zusammenfassung der Geld- und Medikamentensammlung, die in Frankfurt auf der Grundlage des „Aufrufs an alle demokratischen Kräfte in der Welt" der PLO und der libanesischen fortschrittlichen und nationalen Bewegung durchgeführt wird. Ein libanesischer Arzt berichtete u.a. über die Tätigkeit des Palästinensischen Halbmondes und der libanesischen Volkshilfe sowie über die medizinische Versorgung. Auf der Veranstaltung wurden 1275 DM gesammelt. Die Medikamentensammlung hat bis dahin mehrere Zentner Medikamente sowie einige medizinische Geräte erbracht. Ein Soldat der Bundeswehr übergab auf der Veranstaltung eine mit Medikamenten gefüllte Tasche, die er bei der Bundeswehr gesammelt hatte. – (h., Frankfurt)

Aachen. Am 28.8. veranstaltete das Aachener Nahost-Komitee eine Spendenaktion in der Innenstadt zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes im Libanon. Dabei wurden innerhalb von 4 Stunden rund 1700 DM gesammelt.

Hamburg. Auf Einladung des
Dabei wurden innerhalb von 4 Stunden rund 1700 DM gesammelt.

Hamburg. Auf Einladung des Nahost-Komitees sprach der Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO bei der Arabischen Liga in Bonn, A. Frangi, vor etwa 320 Besuchern, darunter vielen arabischen und palästinensischen Arbeitern, über die augenblickliche Lage und die Aufgaben der palästinensischen Revolution im Libanon.

Auf der Veranstaltung wurde zu Spendenaktionen aufgerufen. Wie A. Frangi betonte, braucht das palästinensische Volk in seinem Kampf zur Rückeroberung seines nationalen Territoriums gegen Zionismus und Imperialismus jede Art von materieller Unterstützung, insbesondere Medikamente.

Auf der Veranstaltung wurden 1135 DM gesammelt. 50 Besucher trugen sich in Listen ein, um an einer Blutspendenaktion teilzunehmen, die das Komitee als nächsten Schritt plant. Die „Vereinigung Arabischer Arbeiter" in Hamburg hat aufgerufen zu einer Medikamentensammlung, mit der jetzt begonnen wird. – (j., Mitglied im Nahost-Komitee Hamburg)

Heidelberg. 1974 hatte die Stadtverwaltung Straßensammlungen des Nahost-, Chile- und des Indochina-Komitees zur Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker gegen den Imperialismus verboten. Die Komitees klagten dagegen. Mit seinem jetzt ergangenen Urteil gibt der Verwaltungsgerichtshof den ständigen Sammlungsverboten der Stadtvrwatung nun den höchstrichterlichen Segen.

Gegen das Sammlungsverbot des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg demonstrierten am letzten Freitag, 27.8., in Heidelberg zirka 150 Menschen, unter anderem unter den Losungen: Weg mit dem Sammlungsverbot! Unterstützt die Sammlung für vier LKW für die ZANU! Nieder mit dem rhodesischen Siedlerregime! Es wurden innerhalb einer Stunde über 100 DM gesammelt.

Im Kampf gegen die Reaktion, gegen Opportunismus und Revisionismus die Partei aufbauen!

Die Leitung der Ortsgruppe München schickt den folgenden Bericht über Erfahrungen der letzten Wochen. In München ist der Hauptort des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD", der früher „Arbeiterbasisgruppen" hieß. Diese Organisation betreibt immer offener die Versöhnung mit dem Revisionismus und versucht durch Einigung mit der DKP ihren politischen Bankrott aufzuhalten. In den Bundestagswahlen ruft sie erneut zur Wahl der SPD auf. Wie der KB Nord in Hamburg hat sich diese Organisation in München und Bayern als nützliches Werkzeug der Bourgeoisie erwiesen, um den Aufbau der Kommunistischen Partei zu behindern und Reformismus und Revisionismus in der revolutionären Bewegung Eingang zu verschaffen. Deshalb ist die revolutionäre Bewegung in München gespalten. Es ist ihr nicht gelungen, sich mit der spontanen Arbeiterbewegung zu verbinden. Marxistisch-leninistische Abrechnung mit Ideologie und Politik des „Arbeiterbundes" ist notwendig, wenn der Aufbau der Partei in München und Bayern vorankommen soll. In der Kritik von Ökonomismus und Reformismus müssen es die Kommunisten lernen, den wirtschaftlichen und den politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verbinden und die Arbeiterbewegung zu führen.

Es gibt die von der Bourgeoisie verbreitete Meinung, in Bayern seien die Massen und ihre Bewegung zurückgeblieben. Von seiten der Bourgeoisie ist das der Versuch bewußter Täuschung. In Wirklichkeit ist es so, daß in München und Bayern die Kommunisten besonders weit hinter der Lösung der Aufgaben herhinken, die ihnen durch die Entwicklung des Klassenkampfes und die Arbeiterbewegung gestellt sind. Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen, das ist eine Richtlinie des Marxismus-Leninismus. Die bürgerlichen Vorurteile über die angebliche Rückständigkeit der Massen führen dazu, daß die Revolutionäre diese Richtlinie nicht in die Praxis umsetzen. Im Kampf gegen den Rechtsopportunismus lernt es die Ortsgruppe bereits, den zweiten Teil der Richtlinie in die Praxis umzusetzen. Notwendig ist es, die ganze Richtlinie in die Praxis umzusetzen, damit der Kampf gegen den Rechtsopportunismus zum vollständigen Sieg führt.

Den Propagandafeldzug weiterführen, unsere Verbindung mit den Massen festigen und vertiefen, den Parteiaufbau vorantreiben!

Die Unterschriftensammlung zu den Bundestagswahlen ist abgeschlossen, die Ortsgruppe München hat ihr gestecktes Ziel nicht erreicht. Für die Landesliste Bayern hätten wir 2000 Unterschriften benötigt, in München haben wir dafür über 700 erhalten, in den drei Wahlkreisen in München haben wir zwar in zweien über die erforderliche Unterschriftenzahl gesammelt, so in Wahlkreis Nord 220 und in Wahlkreis West 240, aber abzusehen ist, daß der bürgerliche Staatsapparat mit Streichungen und Schikanen sie unter 200 drücken wird.

Obwohl wir die nötigen Unterschriften für die Wahlkandidatur nicht erreicht haben, das gesteckte Ziel nicht erreicht worden ist, waren die letzten Wochen doch ein Erfolg und ein Schritt vorwärts zum Aufbau der Kommunistischen Partei.

Entscheidend für das Nichterreichen des gesteckten Ziels war, daß die Ortsgruppe lange Zeit während des Propagandafeldzuges die alten Fehler mit sich fortschleppte, Sektierertum und Rechtsopportunismus nicht schonungslos angegriffen und aufgedeckt wurden, sondern in der Ortsgruppe mehr oder weniger friedlich ihr Dasein fristen und Hemmschuh für die Entfaltung der revolutionären Politik sein konnten. Verschiedene politische Strömungen konnten zum Teil in einzelnen Zellen koexistieren, ohne daß ein offener Kampf zweier Linien geführt wurde. Ob Genossen ihren Aufgaben nachkamen, wurde ihnen teilweise selbst überlassen.

Gekennzeichnet war unsere Agitation und Propaganda lange Zeit von mangelndem Angriffsgeist im öffentlichen Auftreten. Allzumeist sind wir in der Öffentlichkeit aufgetreten als Leute, die eine Meinung unter vielen anderen vertreten, statt mit dem Anspruch, den Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den „Meinungen" der Bourgeoisie zum revolutionären Durchbruch zu verhelfen, also als gegenüber der Bourgeoisie und ihrer Ideologie höchst intolerante Propagandisten der Diktatur des Proletariats. Der Rechtsopportunismus hat sich niedergeschlagen in den Monaten Juni/Juli in der Sabotage der Unterschriftensammlung an den Agitationszentren.

Als die Ortsgruppe ihre Fehler erkannte und daran ging, Aktionen und revolutionäre Tätigkeiten zu entfalten, die den Angriff auf die Bourgeoisie führten, traten die Abweichungen in der Ortsgruppe offen hervor und versuchten sich eine Plattform zu schaffen, mit der Ablehnung der Beteiligung an den Bundestagswahlen („es gelte, an der Basis zu arbeiten und nicht einfach mit dem Programm der Kommunisten der Bourgeoisie gegenüberzutreten") und mit der ähnlich begründeten Ablehnung der ZK-Resolution über die Lage und Aufgaben. Die bürgerliche Linie, die die Entfaltung revolutionärer Tätigkeiten der Ortsgruppe zersetzen und verhindern wollte, konnte in der offenen Auseinandersetzung geschlagen werden, so daß sie keinen Einfluß in der Ortsgruppe verschaffen.

Die Ortsgruppe insgesamt marschierte nach vorn, was nur möglich war, weil mit der Kritik des Rechtsopportunismus die Ausrichtung des Verbandes auf konkrete Kampfschritte im Parteiaufbau erfolgte.

Festgestellt hatten wir zu diesem Zeitpunkt, daß wir den Aufbau der Partei nicht als Kernpunkt unserer Politik aufwarfen und von dort aus auch nicht organisierende und zusammenschließende Tätigkeiten unter den Massen entfalteten und nicht den Angriff auf die herrschende Klasse in den einzelnen Aktivitäten führten.

Unsere Aktionen, Agitationstrupps zum Beispiel zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, wurden von der Aufgabe, den Aufbau der Partei voranzutreiben, losgelöst durchgeführt. So hatten wir zwar in einer einwöchigen Spendenkampagne mit der ZANU-Veranstaltung über 5000 DM gesammelt, bei den Tätigkeiten jedoch nur sehr wenig Unterschriften erhalten.

Im Tätigkeitsbereich einer Stadtteilzelle zum Beispiel hatten wir zu diesem Zeitpunkt in mehreren Wochen insgesamt sieben Unterschriften gesammelt.

Den Schritt vorwärts im Aufbau der Partei vollzog die Ortsgruppe, als sie im Rahmen des Propagandafeldzuges zahlreiche revolutionäre Aktionen zur Verbreitung des revolutionären Programms der Arbeiterklasse durchführte. Diese Aktionen waren vom Geist des Angriffs auf die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat beherrscht. Im Mittelpunkt stand die Propagierung des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei, der selbständigen politischen Partei der Arbeiterklasse, als notwendiger Voraussetzung, daß die Volksmassen im Kampf um Demokratie den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, das Privateigentum aufheben und den Sozialismus aufbauen.

Die Ortsgruppe führte täglich Agitationstrupps in Straßenzügen mit revolutionären Liedern, Kundgebungen und Hausbesuche durch, die Agitationszentren an verschiedenen Punkten der Stadt verband sie mit öffentlichen Aktionen. So wurden zahlreiche Plätze und Institutionen des staatlichen Unterdrückungsapparates mit den Parolen: „Weg mit dem KPD-Verbot! Vorwärts im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!" bemalt. Zum 18.8. mobilisierte die Ortsgruppe München zusammen mit der Gruppe Augsburger Kommunisten und dem Münchner Komitee gegen den § 218 zu einer Demonstration, an der sich 80 Menschen beteiligten. In der Abschlußkundgebung am Marienplatz nahmen über 300 Menschen teil und zeigten reges Interesse. Es wurden revolutionäre Lieder gesungen, der Marienplatz, das „Paradestück" der Münchner Bourgeoisie, mit den Hauptlosungen der Demonstration bemalt und lebhafte Debatten geführt. Die Münchner Polizei konnte trotz größeren Einsatzes von Zivilen und Uniformierten weder die Malaktionen verhindern noch die Kundgebung stören oder zersetzen.

Sie stießen auf den Widerstand nicht nur der Kommunisten, sondern vieler Menschen, und gaben ihr Vorhaben auf. Ein paar Polizisten zum Beispiel wurden handfest angegangen von drei älteren Frauen, worüber sie so verdattert waren, daß sie sofort abhauten.

Hatten wir in den Wochen davor sehr wenig Unterschriften erhalten, änderte sich das mit der Neuausrichtung der Ortsgruppe in der Entfaltung der revolutionären Politik schlagartig. In der Woche vom 20.8. bis 26.8. erhielten wir insgesamt 195 Unterschriften jeweils für die Landesliste und die Wahlkreise insgesamt, in dieser Woche verkauften wir 60 Programme. Zum Vergleich: Im April hatte die gesamte Ortsgruppe nur 10 Programme verkauft.

Dem zunehmenden Interesse des Volkes für die Politik der Kommunisten und der Unterstützung der Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen entspricht der verstärkte massive Einsatz der Spitzel und Polizei gegen die Agitationszentren, Kundgebungen und Demonstration. Es verging in den letzten zwei Wochen kaum ein Tag, wo es nicht zu Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staatsapparat kam. Erfolgreich konnten diese Angriffe immer abgewehrt werden, wo wir es verstanden, die bürgerlichen Parteien und die Herrschaft der Bourgeoisie umfassend anzugreifen und die proletarische Revolution zu propagieren, was den Widerstand gegen den Unterdrückungsapparat notwendig macht. Aktiv wehrten die Massen zusammen mit den Kommunisten die gewaltsamen Angriffe der Polizei ab, so bei der Kundgebung am Marienplatz oder aber auch bei einem Stand am Ostbahnhof, wo Arbeiter, vor allem ausländische, sich schützend mit vor unsere Stände stellten und die Polizei, obwohl sie mit fünf Mannschaftswagen aufgefahren war, sich nicht getraute, dagegen vorzugehen, weil die rund 100 Menschen, die sich an unserem Stand versammelt hatten, in ihrer großen Mehrheit gegen die Polizei Stellung bezogen.

Daraus hat der bürgerliche Staatsapparat Konsequenzen gezogen, er setzt jetzt alles daran, kommunistische Agitation und Propaganda von vornherein zu unterbinden, gar nicht auf die Straße, unter die Massen kommen zu lassen. Welch armseliges Unterfangen!

Vor 14 Tagen fand ein Prozeß in München gegen ein Mitglied des KBW wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" bei einer Kundgebung gegen den § 218 statt. Die Ortsgruppe und das Komitee gegen den § 218 hatten zur Teilnahme aufgerufen. Sprechparolen gegen den § 218 wurden gerufen, die Richterakten und das Kruzifix im Saal wurden mit den Forderungen beklebt, Transparente wurden enthüllt. Als der Richter die Öffentlichkeit ausschloß und dies mit einem massiven Polizeiaufgebot durchsetzen wollte, verließen alle den Saal, der Angeklagte ging gleich mit, und führten in der Fußgängerzone Kundgebungen durch, die die Polizei mit einem großen Aufgebot überfiel und auseinanderschlagen wollte, was ihr aber nicht gelang. Viele Menschen unterschrieben die Forderungen der § 218-Komitees und unterstützten die Kandidatur des KBW. Wir erhielten bei dieser Kundgebung 20 Unterschriften. An den Kundgebungen beteiligten sich bis zu 300, die Polizei biß sich die Zähne aus, es gelang ihr gerade, von vier Genossen die Personalien festzustellen, und erhielt insgesamt eine für sie schmerzliche Schlappe.

Letzten Freitag fand ebenfalls wieder ein 218-Prozeß statt. Der Richter ließ nach den ersten Sprechparolen gegen den § 218 das ganze Gerichtsgebäude von der Einsatzhundertschaft umstellen, die schon die ganze Zeit irgendwo gelauert haben mußte. Die höchsten Chargen der Bourgeoisie waren anwesend, die Gegner des § 218 wurden im Gerichtssaal eingesperrt und dann einzeln vor den Richter gezerrt und zu drei Tagen Ordnungshaft verurteilt und sofort in die Gefängnisse gefahren. Insgesamt wurden 24 Mitglieder des KBW und Freunde und Mitglieder des § 218-Komitees in Haft genommen.

Nach der Schlappe vor 14 Tagen wollte der bürgerliche Staatsapparat mit allen Mitteln verhindern, daß die Frage des § 218 und des Parteiaufbaus wieder so massiv unter den Massen aufgeworfen wurde. Er konnte zwar 24 § 218-Gegner und Kommunisten drei Tage festsetzen, aber nicht die revolutionäre Agitation und Propaganda verhindern. Die Ortsgruppe führte am Samstag in der Fußgängerzone die Agitation und Propaganda und eine kleine Kundgebung durch und sie führte auch vor dem Gefängnis Neudeck Kundgebungen durch, die bei den Inhaftierten auf laute Zustimmung stießen. An den Mauern der Haftanstalten wurden Forderungen gegen den § 218 und das KPD-Verbot angemalt.

All diese Aktionen sind Fortschritte im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei, die im Kampf gegen die Reaktion und die kapitalistische Ausbeuterordnung aufgebaut werden kann.

Diese Erfolge schlagen sich nicht nur in der Zunahme des Verkaufs der revolutionären Literatur, sondern auch in der Zunahme des Interesses an den Wahlveranstaltungen des KBW nieder, in dem Interesse an offenen Schulungen des KBW, in dem Interesse von Arbeitern und Angestellten im Stadtteil und Betrieb, feste und regelmäßige Kontakte zu uns herzustellen. Die Ortsgruppe des KBW hat in den letzten Wochen die Voraussetzungen geschaffen, in drei Stadtgebieten neue KVZ-Leserkreise zu schaffen, den Aufbau einer „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" in München unmittelbar in Angriff zu nehmen.

Obwohl die erforderlichen Unterschriften nicht erreicht wurden und somit der KBW auch nicht mit Direktkandidaten in München kandidieren kann, ist der Propagandafeldzug ein Schritt nach vorn im Aufbau der Partei, der, wenn die Ortsgruppe der jetzt eingeschlagenenen Linie weiter folgt, bald zu handfesten Ergebnissen führen wird und den Weg öffnet, daß sich der KBW in München zur politischen Kraft entwickelt und seine Führungsrolle in der marxistisch-leninistischen Bewegung wahrnimmt. Auch hier hat die Ortsgruppe bereits entscheidende Schritte vorwärts getan, so auf den Veranstaltungen vom Arbeiterbund und der DKP, wo der Angriff gegen Opportunismus und Revisionismus geführt wurde.

Die Ortsgruppe München wird den Propagandafeldzug für den Kommunismus, für den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse und die proletarische Revolution während der Bundestagswahlen mit allen Anstrengungen und Kräften fortführen, im Geist des Angriffs auf die Herrschaft der Bourgeoisie, im Geist des Angriffs auf die bürgerlichen Parteien und ihre Betrugsmanövern und in unversöhnlichem Kampf um die richtige Linie im Parteiaufbau.

Stimmen der Revolution

Hört zu!
Hört die fernen, leisen Stimmen
Schluchzen im Busch
Durch den leichten Wind.

Die gestorben sind,
Haben uns nie verlassen.
Sie hören uns zu
Und sehen uns kämpfen.

Sie sind nicht unter der Erde.
Sie sind in den Hütten
Unter den Massen.
Sie sind mit uns.

Hört ihre Stimme überall verbreitet
Durch die Gewehre der ZANU.
Hört aufmerksamer hin, ja,
Hört, sie rufen uns
Zum Kampf für die Befreiung Zimbabwes,
Sie sagen: Folgt uns, folgt unseren
Fußstapfen zum Sieg!

Den Feind erschießen, der grad mich erschießen wollte

Ich bin auch dein Leben, weil ich
Das genauso machen kann wie du
Oh, mein lieber Genosse, komm,
Wir machen uns auf,
Den gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

Komm, mein Kampfgenosse, wir müssen
Uns im Kampf und beim Blutvergießen
Zusammenschließen
Für die Befreiung Zimbabwes.
Laß unsere Einheit sein
Wie die zwischen Mutter und Kind.
Komm Genosse, komm mein Bruder.
Ich bin dein Leben, du bist meins.

Du kannst sehen, daß ich müde bin.
Du kannst sehen, daß ich hungrig bin.
Du bist es,
Der alles bei mir erkennen kann.
Du kannst sehen, daß ich krank bin.
Ich brauche Hilfe, Genosse.

Ich kann sehen, daß du verwundet bist;
Ich werde dir helfen.
Ich kann sehen,
Daß du dem falschen Weg folgst;
Ich werde dich lehren,
Dem richtigen zu folgen.

Die Methode, die
Durch die ZANU angenommen wurde,
Durch die ZANU angenommen wurde,
Die politische Linie der Partei,
Das Programm der Partei, die Ideologie
Der Partei, das sind die einzigen
Methoden, Zimbabwe zu befreien.
Ich will nicht, daß du dich irrst;
Denn dann wird auch mein Leben
In die Irre gehen. Ich
Werde dich kritisieren und lehren.

Mein Genosse, du bist mein Leben.
Und genauso bin ich dein Leben.
Ich bin dein Leben, du bist mein Leben.
Das Gewehr ist unser Freund.
Das Gewehr,
Genosse, das Gewehr ist das einzige
Ding, das Zimbabwe befreien wird.

Du wirst meinem Gewehr ins Auge sehen!

Das Siedlerkind wurde zum Unterdrücker erzogen,
Das Kind der Siedler ist halsstarrig,
Aufgewachsen ohne Achtung und Angst.
Du wirst jetzt meinem Gewehr ins Auge sehen.
Wir werden Zimbabwe dir wieder entreißen!
Mit Bazookas werden wir Zimbabwe zurückholen!
Mit Mörsern werden wir Zimbabwe wieder holen!
Mit Kanonen werden wir Zimbabwe wieder holen!
Mit Luftabwehrgeschützen
werden wir Zimbabwe wieder holen!
Mit dem Gewehr werden wir Zimbabwe wieder holen!
Mit Chimurenga werden wir Zimbabwe wieder holen!

Das Siedlerkind wurde zum Unterdrücker erzogen,
Das Kind der Siedler ist halsstarrig,
Aufgewachsen ohne Achtung und Angst.
Du wirst jetzt meinem Gewehr ins Auge sehen!
Durch den Volkskrieg
Werden wir Zimbabwe wieder holen!
All ihr Genossen!
Zimbabwe werden wir uns wieder holen!
All ihr Genossinnen!
Zimbabwe werden wir uns wieder holen!
Mit den Gewehren werden wir Zimbabwe wieder holen!
Mit Chimurenga werden wir Zimbabwe wieder holen!

Das Siedlerkind wurde zum Unterdrücker erzogen,
Das Kind der Siedler ist halsstarrig,
Aufgewachsen ohne Achtung und Angst.
Du wirst jetzt meinem Gewehr ins Auge sehen!
Wir werden Zimbabwe dir wieder entreißen!


Das ganze Volk von Zimbabwe beteiligt sich am Befreiungskrieg

Kampflieder aus dem Befreiungskampf in Zimbabwe

Pamberi Ne Chimurenga!

Vorwärts mit der Revolution!

Nach Jahren wirkungsvoller Reorganisation und Neugestaltung unserer Strategie, begleitet von intensiver Arbeit unter den Massen und Politisierung der Massen, warf sich ZANU erneut in einem Überraschungsangriff auf den Feind durch die Eröffnung der nordöstlichen militärischen Front im Jahre 1972. Ein militärischer Sieg folgte darauf dem anderen, bis diese Operationszone zu dem Gebiet wurde, das am meisten von den feindlichen Siedlertruppen gefürchtet wird. Aber der Imperialist ist ein Meister an Verschlagenheit! Es wurde ihm klar, daß Rhodesien, wenn unsere Guerilla-Offensive ungeschlagen andauert, bald in Zimbabwe umgewandelt sei. Also ersann er eine tödliche Falle und taufte sie auf den Namen „Entspannung". Eine dritte Partei an unseren Grenzen wurde eingesetzt, um uns dafür zu ködern. Nachdem wir der Einladung dieser Partei gefolgt waren, fand sich ZANU umzingelt und vor eine merkwürdige Wahl gestellt: entweder Zustimmung zur Entspannung (und des Henkers Schlinge baumelte vor uns) oder die Zurückweisung der Entspannung (und die sofortige Guillotine). Da hat ZANU all ihren Verstand und Einfallsreichtum zusammengenommen und beschlossen, ihre Zustimmung zur Entspannung und zur Forderung nach Einheit mit ihren nicht revolutionären und gegenrevolutionären Gegnern vorzugeben, einzig als eine Taktik, um Zeit und Manövrierfähigkeit zu gewinnen. Zu gleicher Zeit spornte sie die ZANLA-Streitkräfte an, den Krieg zu intensivieren und die ständigen Aufrufe zur Feuereinstellung nicht zu beachten.

Als Kämpfer gegen den Entspannungsschwindel haben das ZANU-Zentralkomitee und der *Dare* (Revolutionsrat der ZANU, der 1964 nach der Verhaftung der ZK-Mitglieder gebildet wurde) gemeinsam eine doppelte Strategie angewandt. Erstens eine systematische verstärkte Rekrutierungskampagne in gebührender Eile durchzuführen, um die Armee aufzubauen und die Revolution zu retten. Zweitens die Volksmassen von Zimbabwe zielbewußt zu mobilisieren und darauf auszurichten, Chimurenga als ihre einzige Rettung anzuerkennen. Dies, ab Mitte Dezember 1974, war ZANUs Antwort auf die Entspannung. Die Ergebnisse dieser zweifach organisierten Kampagne waren überwältigend. Tausende unserer jungen Friedenskämpfer haben die Grenzen nach Mozambique überquert und Hunderte mehr strömen jeden Monat nach. In Mozambique kommen sie unmittelbar unter Kontrolle und Führung des ZANLA-Kommandos. In Zimbabwe selbst begrüßen die Massen Chimurenga als ihre Rettung und als einzig wirksames Mittel, ihr langersehntes Ziel der Unabhängigkeit zu erreichen. Kann Zimbabwe mehr bereit und reif zur Revolution sein als so? (Auszug aus einem Artikel von Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, in: The Zimbabwe News, Vol. 9, Nr. 2/1976)



Zimbabwer, fegt die Illusionen fort!

Zimbabwer, fegt die Illusionen fort!
Der Feind ist nicht vollständig zerstört
Behaltet den Finger am Abzug
Führt die Schlacht zu Ende,
Die ihr schon gewonnen habt.
Der Feind hat noch nicht aufgegeben,
So erledigt ihn mit dem Gewehr!

Zimbabwer, Koexistenz ist Betrug
Koexistenz zwischen Unterdrücker
Und Unterdrückten
Genau das ist echter Revisionismus
Revisionismus ist reaktionär
Laßt euch nicht täuschen,
Der Feind lebt noch.
Er versucht euch mit einem neuen
Rachen zu verschlingen!

Humanisten einen uns nicht
Vereint im Rachen des Monsters
Denn ihm sind neue Zähne gewachsen!
Zerstört die neuen Zähne mit Kugeln
Die alten Zähne habt ihr schon zerstört
Kämpft weiter bis zu Ende.

Zimbabwer, fegt die Illusionen fort!
Für uns gibt es keine friedliche Lösung!
Wir können nur verlieren dabei
In der Vergangenheit haben wir
Verloren. Friede mit dem Feind
Führt zu unserer Zerstörung
Krieg mit dem Feind
führt zu unserem Sieg!

Zimbabwer, fegt die Illusionen fort!
Kein Waffenstillstand,
Bevor die Mehrheit die Macht hat,
Entspannung ist Unterwerfung
Unter den zerrütteten Feind
Gebt dem Feind keine Chance
Seine Stärke, die er braucht,
Neu zu sammeln.
So verzweifelt ist seine billige Taktik!

Zimbabwer, ihr kennt eure Gegner!
Ihre Freunde und Taktiken kennt ihr
auch. Ihre Schwächen kennt ihr.
Ihren Charakter und ihre Erscheinung
Kennt ihr. Ihr kennt die Gebiete,
In denen sie operieren.
Ihr kennt ihre wachsende Zahl.

Zimbabwer, laßt euch nicht
Zur Handelsware machen!
Wir wurden früher viele Jahre lang
Als Sklaven verkauft. Diejenigen,
Die uns verkauften, bekamen Orden.
So kennt ihr auch ihren Ehrgeiz.
Einen Friedensnobelpreis wollen sie,
Indem sie unsere Existenz verkaufen!

Zimbabwer, ihr seid nicht alleine!
Ihr habt noch viele treue Freunde!
Wenn die Feinde der Freiheit sich
Zusammenschließen, dann vereinen
Sie sich unter einem falschen Schirm.
Freunde der Freiheit müssen sich
Stärker vereinen, und Einheit
Liegt nur in der wirklichen Revolution.

Den Kampf der Vorfahren fortsetzen!

Viele, viele Zimbabwer haben wir begraben,
Die Hügel und die Höhlen sind voll.
Mütter und Väter haben wir verloren.
Ihr Vorfahren, bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Wenn ich mich an alle meine Menschen erinnere,
Die unter der Erde begraben sind, dann strömen
Tränen über mein Gesicht. Wenn ich das alles
Ins Gedächtnis zurückrufe, bin ich ein anderer
Bescheidener Genosse, der den Kampf unserer
Vorfahren fortsetzt.
Ihr Vorfahren, bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Mit der Entschlossenheit, unser Land im Chimurenga
unserer Vorfahren zu befreien,
Bitten wir euch,
Ihr Vorfahren: Bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Prüfungen und Versuchungen kreuzen unseren Weg.
Volk von Zimbabwe, wir müssen den Auftrag
Derjenigen erfüllen, die schon lange gegangen sind.
Ihr Vorfahren, bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Alte Männer und alte Frauen, sie alle besaßen
Entschlossenheit, weil sie unser Land liebten
Das uns die Siedler geraubt hatten.
Ihr Vorfahren, bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Volk von Zimbabwe, laßt uns mit noch größerer
Entschlossenheit kämpfen,
Damit wir uns selber befreien können
Von Unterdrückung und den Auftrag derjenigen erfüllen,
Die schon lange gegangen sind.
Ihr Vorfahren, bitte helft dem Volk von Zimbabwe!

Zimbabwer, ihr kennt eure Führer!

Zimbabwer, ihr kennt eure Führer!
Zimbabwer brauchen keine fremde Führung!
Wir kennen unsere Probleme am besten
Wir wissen, wie unsere Probleme zu lösen sind
Und ZANU ist dabei, sie zu lösen
Nur ZANLA wird euch zur Wirklichkeit führen!

Zimbabwer, ihr habt eine Revolution!
Eine fortschreitende Revolution, ihr bezeugt es!
Die Revolution, die wir kämpfen, ist nicht nur unsere
Sie ist eine internationale Revolution für die Menschheit!
Ihr Arbeiter, Bauern,
Intellektuelle und Studenten der Welt steht auf
Und verteidigt eure Sache mit Waffen!

Zimbabwer, ihr habt die Macht
Die Macht, den Feind in Stücke zu hauen!
ZANU und ihr seid die Macht
In ZANU habt ihr sie demonstriert
Und ZANLA übt sie aus, die Macht
Warum dann eine andere Macht im Ausland suchen?

Zimbabwer, was sind unsere Probleme?
Zimbabwer, was sind unsere Probleme?
Unser Problem ist nicht Einheit
Die haben wir erreicht
Unser Problem ist, wie wir den Kampf führen
Und den wachsenden Feind fertig machen
Den Feind, den ZANU beschämen wird!

Zimbabwer werft die Illusionen fort!
Der Feind hat sich nicht ergeben
Er trachtet danach, daß ihr euch ergebt
Mit raffinierten Mitteln versucht er es
Und raffiniert wird er scheitern
Weil wir wie ein Fels in der ZANU vereint sind.

Revisionisten, Kapitalisten einen uns nicht!
Gemäßigte und Friedensnobelpreis-Sucher spalten uns!
Geschäftemacher verkaufen uns für ewig
Einmal, zweimal, dreimal versuchten sie es
Sie werden es wieder versuchen
Aber die ZANU kennt sie!

Vorster kennen wir!
Ist er unser Freund geworden?
Wurde er ein „Humanist" und „Realist"?
Seht sein zweischneidiges Schwert
Mit dem er uns auseinanderhauen will!
Er hat schon unseren alten Freund abgespalten!

Vorsters Schwert kennen wir!
Besudelt mit Blut unserer Brüder ist es und bedeckt
mit einer Scheide, auf der „Humanismus" steht
Zimbabwer seid auf der Hut!
Der Feind unternimmt seine letzten Verzweiflungstaten
Diese Anstrengungen wird ZANLA zerschmettern!

Zimbabwer wacht auf und seid klug!
Internationale Ränkeschmiede umgeben euch!
Schlagt euch auf den Weg ZANLAS
Der einzigen lebendigen Befreiungskraft
Die wirklichen Frieden für euch bringen wird
Friede durch ZANLA
Nach der Erringung der Macht durch die Mehrheit!

Die ausländische Macht, die uns
Zerstören will. Unsere Zerstörung droht nur, wenn wir
Uns in die Irre führen lassen.
Weshalb, wir brauchen nicht fürchten,
In die Irre zu gehen.
Die ZANU wird uns zu wahrhaftem
Frieden führen. Wahrhaften Frieden nur,
Nachdem die Mehrheit die Macht hat.